

Aus der  
Frauenklinik der Medizinischen Fakultät der Universität Rostock  
(Direktor: Prof. Dr. med. habil. B. Gerber)  
und dem  
Deutschen Zentrum für Wachstum, Entwicklung und Gesundheitsförderung  
im Kindes- und Jugendalter, Berlin  
(Leiter: Prof. Dr. med. habil. V. Hesse)

## **Zentrale Determinanten des Geburtenverhaltens**

Eine Gegenüberstellung familienpolitischer Maßnahmen in Staaten  
unterschiedlicher Wohlfahrtstypen

### **INAUGURAL – DISSERTATION**

zur Erlangung des akademischen Grades

doctor medicinae  
(Dr. med.)

der  
Medizinischen Fakultät der Universität Rostock

von

Hans-Peter Hagenah  
aus Langenhagen

Dekan: Prof. Dr. Emil Reisinger

- Gutachter:
1. Prof. Dr. Volker Briese  
Frauenklinik der Universität Rostock
  2. Prof. Dr. K. Wermke  
Zentrum für Sprachentwicklung  
und Sprachentwicklungsstörungen  
Universität Würzburg
  3. PD Dr. Renate Siegmund  
Institut für Human- und Gesundheitswissenschaften  
des Universitätsklinikums der Charité, Berlin

Tag der  
Verteidigung: 03. 08. 2010

	Abbildungsverzeichnis .....	3
	Tabellenverzeichnis .....	3
<b>1</b>	<b>Einleitung</b> .....	4
<b>2</b>	<b>Projektbeschreibung, Zielsetzung und Untersuchungsdesign</b> .....	9
<b>3</b>	<b>Ergebnisse</b> .....	10
3.1.	Ökonomische Erklärungen des Fertilitätsverhaltens .....	10
3.2.	Qualitäts-Quantitäts-Trade off .....	12
3.3	Elterliche Zeitaufwendung und Opportunitätskosten .....	13
3.4	Soziologische Erklärungsansätze .....	15
3.4.1	Wandel von Normen und Werten .....	15
3.4.2	'Value-of-Children'-Konzept .....	17
3.5	Die Geburtenentwicklung in ausgewählten Ländern .....	20
3.5.1	Wohlfahrtsstaatliche Differenzierung zwischen Ländern der OECD .....	22
3.5.2	<i>Frankreich</i> .....	24
3.5.2.1	Entwicklung des Fertilitätsverhaltens .....	24
3.5.2.2	Familienpolitische Rahmenbedingungen .....	26
3.5.2.3	Evaluation familienpolitischer Einflussfaktoren .....	29
3.5.3	<i>Schweden</i> .....	31
3.5.3.1	Entwicklung des Fertilitätsverhaltens .....	32
3.5.3.2	Familienpolitische Rahmenbedingungen .....	33
3.5.3.3	Evaluation familienpolitischer Einflussfaktoren .....	36
3.5.4	<i>USA</i> .....	39
3.5.4.1	Entwicklung des Fertilitätsverhaltens .....	39
3.5.4.2	Familienpolitische Rahmenbedingungen .....	42
3.5.4.3	Evaluation familienpolitischer Einflussfaktoren .....	45
3.5.5	Spanien .....	48
3.5.5.1	Entwicklung des Fertilitätsverhaltens .....	48
3.5.5.2	Familienpolitische Rahmenbedingungen .....	50
3.5.5.3	Evaluation familienpolitischer Einflussfaktoren .....	52

# Inhalt

---

---

3.5.6	<i>Deutschland</i> .....	55
3.5.6.1	Familien- und Sozialpolitik in der DDR .....	55
3.5.6.2	Familien- und Sozialpolitik in der Bundesrepublik .....	60
3.5.6.3	Entwicklung des Fertilitätsverhaltens in Deutschland .....	63
	• Kohortenfertilität .....	64
	• Kinderlosigkeit .....	66
	• Durchschnittsalter bei Geburt .....	67
3.5.6.4	Familienpolitische Rahmenbedingungen .....	68
3.5.6.5	Evaluation familienpolitischer Einflussfaktoren .....	73
<b>4</b>	<b>Diskussion und Zusammenfassung</b> .....	<b>77</b>
<b>5</b>	<b>Thesen</b> .....	<b>83</b>
<b>6</b>	<b>Literaturverzeichnis</b> .....	<b>86</b>
<b>7</b>	<b>Lebenslauf</b> .....	<b>99</b>
<b>8</b>	<b>Eidesstattliche Erklärung</b> .....	<b>101</b>
<b>9</b>	<b>Danksagung</b> .....	<b>102</b>

## Abbildungsverzeichnis

Abb. 1	Die zusammengefasste Geburtenziffer (total fertility rate, TFR) für ausgewählte Jahre und Länder .....	20
Abb. 2	Zusammengefasste Geburtenziffern pro 1.000 Frauen in West- und Ostdeutschland .....	64
Abb. 3	Zusammengefasste Geburtenziffern pro 1.000 Frauen in West- und Ostdeutschland in der Kohortenbetrachtung .....	65
Abb. 4	Kinderlosigkeit in Deutschland .....	66
Abb. 5	Alter zum Zeitpunkt der Erstgeburt für die Geburtenkohorten 1931 – 1990 .....	68

## Tabellenverzeichnis

Tab. 1	Demografische Entwicklungsphasen in den Industrieländern .....	7
Tab. 2	Wichtigste familienbezogene Unterstützungen in der ehemaligen DDR nach Art der Maßnahme .....	59
Tab. 3	Wichtigste familienbezogene Unterstützungen in Deutschland nach Art der Maßnahme .....	69
Tab. 4	Maßnahmen und Instrumente der Familienpolitik auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene .....	72

# 1 Einleitung

Die Geburtenentwicklung ist in den letzten Jahrzehnten zu einem viel beachteten Thema in Politik und Wissenschaft geworden. Meistens geht es dabei um die Einschätzung der Folgen der niedrigen Fertilität. In fast allen europäischen Ländern steigt zudem der Anteil der dauerhaft kinderlos bleibenden Männer und Frauen. Deutschland (West) befindet sich dabei in der Spitzengruppe. Experten aller Richtungen sind sich prinzipiell darüber einig, dass der Rückgang der Geburtenzahlen erhebliche Auswirkungen auf die verschiedenen gesellschaftlichen Subsysteme haben wird (DUMONT 2003, BAGAVOS *et al.* 2001). Weitgehende Unterschiede gibt es jedoch hinsichtlich der Bewertung der konkreten Ursachen für den Geburtenrückgang sowie die Notwendigkeit und Möglichkeit staatlich zu intervenieren. Innerhalb des Ursachenbündels befinden sich so unterschiedliche Faktoren wie die Unvereinbarkeit von Familie und Beruf; die hohen Kosten, die die Erziehung von Kindern verursacht; das steigende Alter bei der Erstgeburt und einiges mehr. Auch bei der Frage nach einer möglichen staatlichen Intervention, existieren differente Maßnahmenkataloge, die von einer institutionalisierten Kindererziehung, über monetäre Anreize bis zur bloßen Armutsabsicherung kinderreicher Familien reichen.

Die meisten Ansätze betreiben Ursachen- und Interventionsforschung aus dem Blickwinkel einer Disziplin (z.B. soziologisch, demografisch, ökonomisch, psychologisch) und beschränken sich entweder auf die Makro- oder die Mikroebene und suchen dort die Faktoren zur Entwicklung des Geburtenverhaltens zu bestimmen. Diese Ansätze, die sich logisch aus dem Blickwinkel der jeweiligen Disziplin ergeben und auch befriedigende Ergebnisse für einzelne Aspekte liefern, greifen aber häufig zu kurz. Wünschenswert wären interdisziplinäre Ansätze, die den Interdependenzen der Faktoren nachgehen und diese auf möglichst vielen Ebenen untersuchen (vgl. z.B. die neueren Arbeiten von HUININK/REICHARDT 2008, HUININK/FELDHAUS 2008, HUININK *et al.* 2008).

Nähert man sich dem Phänomen des Geburtenrückganges, so erscheint es sinnvoll, dieses zunächst in den weiteren Zusammenhang der Bevölkerungsentwicklung im Allgemeinen einzubetten: Betrachtet man die Bevölkerungsentwicklung, so lässt sie sich im Wesentlichen durch zwei große Trends kennzeichnen: Erstens dem Sinken der Bevölkerungszahlen und zweitens der Überalterung der Gesellschaften. Legt man einen Längsschnitt über die letzten drei Jahrhunderte zugrunde, kann man die Bevölkerungsentwicklung in mehrere Phasen einteilen: Am Ausgangspunkt des demografischen Übergangs im 18. Jahrhundert waren die Geburten- und Sterberaten noch hoch, schwankten jedoch stark. Die zweite Phase von 1800 bis 1900 beginnt mit einem Absinken der altersspezifischen Sterberaten. Insbesondere die Sterberaten bei Kleinkindern konnten von diesem Trend profitieren. Ausgelöst wurde die Entwicklung durch

die Industrialisierungsprozesse im 19. Jahrhundert. Neben den ökonomischen Faktoren spielten der medizinische Fortschritt, bessere hygienische Bedingungen sowie die Entwicklung eines privaten und öffentlichen Gesundheits- und Wohlfahrtssystems eine wesentliche Rolle beim Absinken der Sterberaten. In Deutschland wurde beispielsweise bereits 1883 eine begrenzte Krankenversicherung eingeführt, mit wenigen Jahren Abstand folgte die Unfall-, die Invaliditäts- und die Altersversicherung.

In der dritten Phase sinkt schließlich die Geburtenrate. Die Zahl von Kindern, die eine Frau im Durchschnitt zur Welt bringt, fällt zwischen 1800 und 1920 in allen Industrienationen von sechs auf weniger als drei Kinder pro Frau. Spätestens ab 1920 ist in allen Industrienationen der demografische Übergang von einem Zustand mit hohen Geburten- und Sterberaten zu einem Zustand mit niedrigen Geburten- und Sterberaten abgeschlossen (KAHN 1930). Nur in einer Zwischenphase – zwischen den 50er- und 60er-Jahren – kann sich die Geburtenrate in Folge des Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg noch einmal erholen („Baby-Boom“). Das erhöhte Geburtenniveau konnte aber trotz einem überdurchschnittlich starken wirtschaftlichen Wachstum nach Fortschritten bei der Verhütungstechnik während der 1960er-Jahre nicht gehalten werden („Pillenknick“).

Die vierte Phase fällt in die Neuzeit und beschreibt die Entwicklung seit den 1970er-Jahren: Während des ersten Jahrzehntes dieser Phase fällt die Geburtenrate bei anhaltend steigender Lebenserwartung deutlich unter das zur Bestandserhaltung der Bevölkerung erforderliche Niveau (OMRAN 1971, 1983). Dieser Geburtenrückgang muss langfristig (ohne entsprechende Migration) zu einem demografischen Alterungsprozess und einer Verringerung der Bevölkerungszahlen führen. Die Folgen des Bevölkerungsrückgangs sind vielfältig und betreffen sozioökonomische ebenso wie politische Bereiche der Gesellschaft. Exemplarisch genannt werden sollen an dieser Stelle nur die sozialen Sicherungssysteme (Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung), die in ihrer ursprünglichen Konzeption nur unter der Annahme stabiler Geburtenraten und wachsendem ökonomischen Wohlstand funktionieren können. Überlegungen, den sinkenden Bevölkerungszahlen staatlich entgegenzuwirken, haben gute Gründe: Eine zunehmende Anzahl zu versorgender älterer Menschen in der Altersgruppe der über 60-Jährigen und eine gleichzeitig schrumpfende Zahl der 20- bis 60-Jährigen führt zu einem Kollaps der sozialen Sicherungssysteme, wie wir sie heute kennen. Belastend ist dabei allerdings weniger die abnehmende Zahl der Kinder und Jugendlichen als die zunehmende Zahl der Älteren. Die schrumpfende Zahl der 20- bis 60-Jährigen macht sich dagegen besonders in der Abnahme der Erwerbspersonenzahl bemerkbar, was grundsätzlich (ohne technischen Fortschritt o.ä.) das Wachstum des Volkseinkommens und die Steuereinnahmen verringert. Ergebnisse auch

der Wirtschaftswissenschaften belegen, dass eine niedrige Wachstumsrate der Bevölkerung nur dann günstig ist, wenn ein hoher Anteil des Sozialprodukts für Wachstums- und produktivitätssteigernde Investitionen statt für Konsumzwecke verwendet wird. Angesichts der komplexen Probleme, die die neuere Bevölkerungsentwicklung mit sich bringt, ist es auch wenig verwunderlich, dass seit den 80er-Jahren eine politische Diskussion um ihre Folgen und um die Anpassungsmöglichkeiten einsetzte: die Fertilitätsentwicklung wurde zu einem der wichtigsten öffentlichen Themen.

Bereits im zweiten Jahrzehnt der letzten Phase kann jedoch auch ein Auseinandertreten der Fertilitätsentwicklung in den verschiedenen europäischen Ländern (bzw. in den Industrieländern im Allgemeinen) beobachtet werden (BONGAARTS 2001). Das Geburtenverhalten verändert sich: Während einige Länder einen leichten Wiederanstieg der Fertilität erlebten, stagnieren die Geburtenraten in anderen Ländern oder entfernten sich sogar noch weiter vom Reproduktionsniveau. Deutschland ist eines der Länder, in dem die Geburtenrate stark absinkt. Ende der 70er-Jahre besitzt Deutschland eine der niedrigsten Geburtenraten der Welt, die übrigen europäischen Staaten folgen diesem Trend zum Teil erst ein bis zwei Jahrzehnte später. Die meisten Industrieländer unterschritten allerdings schon in den 1970er-Jahren die „magische Schwelle“ von 2,1 Kindern pro Frau (Geburtenrate eines Kalenderjahres). In den 1960er-Jahren brachten Europäerinnen noch durchschnittlich 2,7 Kinder zur Welt, Mitte der 1980er-Jahre waren es noch 1,6 Kinder, heute sind es nur noch 1,4. Seit über 25 Jahren weist kaum noch ein Land der EU eine bestandserhaltende Geburtenrate auf. Durchschnittlich ersetzt sich die Bevölkerung nur zu 70%. Inzwischen verzeichnen auch die Länder im Süden und im Osten Europas, ebenso wie außereuropäische Staaten (vgl. beispielsweise Japan und Hongkong) ähnlich niedrige oder noch niedrigere Geburtenraten (BIRG 2004). In den südeuropäischen Ländern beginnt der Geburtenrückgang in den 1970er-Jahren, Ostmittel- und Osteuropa erlebt in den 1990er-Jahren den stärksten Fertilitätsrückgang. In Südeuropa und Ostmitteleuropa sowie in Russland ist die Fertilität sogar noch niedriger als in Europa und liegt unter 1,4 Prozent (vgl. die Ukraine, Lettland, Litauen mit 1,1 bzw. 1,2 Kindern pro gebärfähiger Frau). Die USA sind derzeit das einzige größere Industrieland mit einer Fertilität, die noch bei immerhin zwei Kindern pro Frau liegt.



**Tab. 1** Demografische Entwicklungsphasen in den Industrieländern

<b>Zeitraum</b>	<b>demografische Charakteristika</b>	<b>Ursachen</b>	<b>Folgen</b>
vor 1800	hohe Geburtenrate hohe Sterberate		moderates Bevölkerungswachstum
1800 - 1870	hohe Geburtenrate Rückgang der Sterberate	Industrialisierung medizinischer Fortschritt	Senkung der Säuglings- und Kindersterblichkeit Anstieg der Lebenserwartung starkes Bevölkerungswachstum erhöhter Migrationsdruck in Europa
1870 - 1914	Rückgang Geburtenrate Rückgang Sterberate	Industrialisierung Sozialgesetzgebungen	moderates Bevölkerungswachstum Anteil der Älteren steigt
1914 - 1945	niedrige Geburtenrate niedrige Sterberate	Weltkriege Wirtschaftskrisen	moderates Bevölkerungswachstum
1945 - 1970	Anstieg der Geburtenrate („Baby-Boom“) weiterer Rückgang der Sterberate	Ausbau der Wohlfahrtsstaats	moderates Bevölkerungswachstum
1970 - 1980	Rückgang der Geburtenrate unterhalb Bestanderhaltungsniveau Rückgang der Sterberate	Wertewandel erhöhte Ansprüche an Kindererziehung, Kindernutzen steigende Erwerbstätigkeit der Frauen	demografische Bevölkerungsalterung geringes Bevölkerungswachstum
1980 -	moderater Anstieg der Geburtenrate in ausgewählten Ländern	Familienpolitische Maßnahmen Veränderung/Akzeptanz der veränderten Rollen- und Normen in Bezug auf Familie	moderates Bevölkerungswachstum

In einigen westeuropäischen Ländern kam es zwischenzeitlich (seit 2003) zu einem geringfügigen Anstieg der Geburtenrate: In Deutschland kann dies auf die Annäherung der ostdeutschen Geburtenrate (nach dem Absinken auf 0,8 in 1995) an das westdeutsche Niveau zurückgeführt werden; in Frankreich haben zum einen die geburtenstarken Jahrgänge das gebärfähige Alter erreicht, zum anderen besitzen zumindest zugewanderte Schwarzafrikanerinnen eine höhere Geburtenrate. Betrachtet man auf der einen Seite die Kohortenfertilität in westeuropäischen Ländern, so haben alle Frauenjahrgänge, mit Ausnahme Schwedens und Dänemarks, bereits

seit 1963 deutlich weniger Kinder. Auf der anderen Seite zeigt ein Blick auf das Bestandserhaltungsniveau (notwendig sind hier 2,3 – 2,1 Geburten pro Frau), wie wenig sinnvoll diese Zielgröße ist: Bestandserhaltende Geburten gibt es beispielsweise in Deutschland seit Ende 1880 nicht mehr, selbst nicht bei den geburtenfreudigsten Jahrgängen (WAHL 2003). Der „ideale“ Fall einer auf Dauer konstanten Bevölkerung ist heute nur noch als Durchgangsstadium bis zum Übergang in die Bevölkerungsschrumpfung anzutreffen. Für den umgekehrten Fall – aus der Bevölkerungsschrumpfung in das Bevölkerungswachstums – gibt es gegenwärtig kein einziges größeres Land als Beispiel.

Welche Faktoren wirken nun auf das Geburtenverhalten ein? Ökonomische Rational-Choice-Theorien sehen vor allem wirtschaftliche Bedingungen als entscheidend an: Während Kinder in früheren Jahrhunderten eine Lebens- und Altersversicherung darstellten, wurden sie im Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft zunehmend von einem Nutzen- zum Kostenfaktor. Die Versorgung durch die Großfamilie wurde abgelöst von staatlichen Politiken zur Existenzsicherung; das Verbot der Kinderarbeit und eine allgemeine Schulpflicht erschwerten zudem den regulären Einsatz von Kindern in der Erwerbsarbeit (MÜNZ 2009). Damit einher gingen gesellschaftliche Veränderungen, wie eine Lockerung der lokalen Sozialkontrolle durch Prozesse der Verstädterung, die allgemeine Gleichstellung der Frau, der Zugang zu Verhütungsmitteln und später die Pluralisierung der Paar- und Familienbeziehungen. Gleichwohl bieten einfache ökonomische Parameter, wie das reale Pro-Kopf-Einkommen keine ausreichende Erklärung für das Geburtenverhalten, da zum Beispiel die Ansicht, welches Einkommen zur Erfüllung von Kinderwünschen zu niedrig oder ausreichend ist, nicht in erster Linie von dessen absoluter Höhe abhängt, sondern von der gewählten Vergleichsbasis (z.B. dem Abstand zum Einkommen anderer Menschen). Untersuchungen belegen denn auch, dass Geburtenrate und ökonomischer Status nur begrenzt korrelieren. Neben den ökonomischen Parametern spielt der historische Entwicklungspfad eines Landes (Kultur, Religion, rechtliche und politische Rahmenbedingungen), aktuelle familienpolitische Maßnahmen sowie das Bildungsniveau und die geschlechtsspezifische Benachteiligung eine entscheidende Rolle. Der Einfluss dieser indirekten Faktoren auf die Bevölkerungsentwicklung lässt sich im Hinblick auf ihre komplexe Interdependenz allerdings schwer quantifizieren.

Empirisch lässt sich zudem zeigen, dass sich der Anteil der kinderlosen Frauen seit den 1950er-Jahren in Europa kontinuierlich erhöhte, während sich der Anteil von Frauen mit zwei, drei oder vier Kindern kaum verändert hat. Besonders interessant sind dabei Untersuchungsergebnisse, dass die realisierte und gewünschte Kinderzahl weit auseinanderklafften: Einerseits hatten deutlich weniger Frauen kinderlos bleiben wollen, andererseits wurde die gewünschte

Anzahl an Kindern unterschritten. Besonders deutlich ist der Zusammenhang von Kinderlosigkeit und Bildung: Je höher die Ausbildung, desto höher die Kinderlosigkeit. Allerdings gibt es auch hier deutliche länderspezifische Unterschiede: In Deutschland und Großbritannien geben 70 %; in Italien nur gut 50 % und in Frankreich knapp 50 % der Akademikerinnen an, dass Kinder und Karriere nicht vereinbar seien (WAHL 2003). Vergleichende Studien zum allgemeinen Geburtenverhalten haben darüber hinaus gezeigt, dass neben vorhandenen Betreuungssystemen und staatlichen Familienleistungen insbesondere die Kultur des Landes (Einstellung gegenüber Kindern, Vorstellungen von einem erfüllten Leben, gesellschaftliche Anerkennung usw.) wichtig bei der Entscheidung für oder gegen Kinder sind (MÖNNINGER 2003).

Exemplarisch für die unterschiedlichen Verläufe des Geburtenverhaltens stehen die Entwicklungen in Deutschland, Schweden, USA, Frankreich und Spanien. Die Aufgabe dieser Arbeit wird es deshalb sein, die möglichen Determinanten des Fertilitätsverhaltens vergleichend herauszuarbeiten und Unterschiede zwischen den sozialpolitischen Ansätzen der einzelnen Länder aufzuzeigen.

## **2 Projektbeschreibung, Zielsetzung und Untersuchungsdesign**

Der folgende Abschnitt widmet sich der Projektbeschreibung, den Zielen und dem Design der Studie, dazu wird die Fragestellung expliziert und kurz auf die Vorgehensweise in den einzelnen Abschnitte eingegangen sowie ein Überblick über die gesamte Studie gegeben. In der Einleitung wurde bereits festgestellt, dass das Sinken der Geburtenzahlen nicht nur ein gesamteuropäischer Trend ist, sondern nahezu alle industrialisierten Länder der Welt betrifft. Gleichzeitig lassen sich innerhalb dieses Trends deutliche Differenzierungen ausmachen: In einem Teil steigen die Geburtenzahlen moderat (USA), in einem weiteren haben sie sich stabilisiert (Frankreich, Dänemark, skandinavische Länder), in einem dritten sinkt das Niveau weiter (Italien, Spanien, Deutschland, Österreich). Warum konnten einige Länder besser auf den allgemeinen Rückgang reagieren als andere? Wie lässt sich das generative Verhalten in den einzelnen Ländern empirisch erklären? Mit welchen theoretischen Ansätzen kann die Entwicklung am adäquatesten erfasst werden? Und welches sind adäquate Maßnahmen, um diesem Trend entgegen zu wirken?

Empirischer Ausgangspunkt ist die komparative Untersuchung der neuesten Entwicklungen in Deutschland, Schweden, USA, Frankreich und Spanien seit den 1990er-Jahren. Theoretischer Ausgangspunkt sind ökonomische und soziologische Ansätze zur Erklärung des individuellen

Geburtenverhaltens sowie gesellschaftspolitische Einflussfaktoren (z.B. die spezifische Ausprägung Wohlfahrts- und sozialstaatlicher Maßnahmen). Ziel der Studie ist es zu einem, die unterschiedlichen sozioökonomischen Einflussfaktoren nach Ländern zu identifizieren und das Gewicht ihrer Bedeutung zu analysieren. Zum anderen soll die Verallgemeinerungsfähigkeit der theoretischen Modelle über den Vergleich der Länderstudien überprüft werden. Die Studie ist in zwei große Bereiche untergliedert: Die theoretische Fundierung (Auswahl aussagekräftiger Modelle aus der Literatur) und die Fallstudien (qualitative und quantitative Auswertung der Länderdaten). Im Rahmen der Fallstudien werden jeweils die Entwicklung des Fertilitätsverhaltens und die familienpolitische Rahmenbedingungen erörtert. Abschließend wird ein zusammenfassender Vergleich der Ergebnisse aus den Einzelfallstudien vorgenommen.

### **3 Ergebnisse**

#### **3.1 Ökonomische Erklärungen des Fertilitätsverhaltens**

Die Frage, wie sich die skizzierte langfristige Entwicklung der Geburtenraten erklären lässt, hat schon früh wissenschaftliches Interesse geweckt. Den Grundstein zur ökonomischen Theorie der persönlichen Entscheidung für oder gegen Kinder legte bereits ADAM SMITH (1776). Seine Erklärung betont die Veränderungen des ökonomischen Rahmens als Grunddeterminante des Wandels im Geburtenverhalten: Im industrialisierten Umfeld verlieren Kinder den Charakter einer zusätzlichen Arbeitskraft bei der Feldarbeit. Sie bleiben länger von den Eltern wirtschaftlich abhängig und verdienen weniger eigenes Einkommen, verursachen also direkt höhere Kosten. Mit fortschreitender wirtschaftlicher Entwicklung sind es vor allem die steigenden Aufwendungen für Bildung und Gesundheitsversorgung, die die direkten Kosten von Kindern erhöhen. Gerade in den letzten Jahrzehnten sind die Kosten für Bildung und Gesundheit für die Familien tendenziell schneller gestiegen als die Einkommen, so dass es schwieriger ist, eine höhere Zahl von Kindern zu unterhalten.

Die Feststellung, dass die Kosten der Kindererziehung für die Haushalte eine zentrale Rolle bei der Erklärung der Geburtenentwicklung spielen, bildet nach wie vor die Basis der ökonomischen Theorie der Fertilität. Um die Kosten-Nutzen-Abwägung genauer betrachten zu können, insbesondere vor dem Hintergrund stark fallender Geburtenraten in den Industrieländern, stellt LEIBENSTEIN (1974) eine differenziertere Klassifikation der Nutzen- und Kostenkomponente von Kindern auf. In Abhängigkeit von der gesellschaftlichen Entwicklung können Kinder den Eltern folgende Arten von Nutzen verschaffen:

- einen *Konsumnutzen*: Nutzen 'an sich' in Form von Zuneigung, emotionale Bereicherung, persönlicher Erfüllung,
- einen *Einkommensnutzen*: Nutzen durch eigene produktive Tätigkeit, die einen Beitrag zum Familieneinkommen leistet,
- einen *Versicherungsnutzen*: Nutzen durch Absicherung gegen materielle Notsituationen infolge von Krankheit oder Alter.

Gleichzeitig würden Nachkommen nach LEIBENSTEIN (1974) primär zwei Arten von Kosten verursachen:

- *direkte Kosten*: Kosten, die unmittelbar mit der Kindererziehung zusammenhängen, wie beispielsweise Ausgaben für Nahrung, Kleidung und Bildung;
- *indirekte Kosten*: Opportunitätskosten, die mit der Kindererziehung zusammenhängen. Die wichtigste Alternative zur Kinderbetreuung wäre nämlich Arbeit am Markt anzubieten und diese kann nicht wahrgenommen werden. Durch das reduzierte Arbeitsangebot entstehen potenzielle Einkommensverluste, die den größten Teil der Opportunitätskosten der Kindererziehung ausmachen.

Die Entscheidung für die Geburt eines Kindes wird nun anhand eines rationalen Kosten-Nutzenkalküls abgewogen. Solange der (erwartete) Nutzen eines zusätzlichen Kindes die (erwarteten) Kosten übersteigt, werden Eltern versuchen, den Kinderwunsch zu realisieren. Der negative Zusammenhang zwischen Einkommen und Kinderzahl wird bei LEIBENSTEIN (1974) mit parallel zum Einkommen sinkendem Nutzen bei gleichzeitiger Zunahme der Kosten begründet. Hinzu kommt, wie THOMAS MALTHUS (1798) erkannte, der Einfluss der gemeinsamen Normen und Werte in der Bevölkerung. Bei gleichen wirtschaftlichen Kosten können Geburtenraten höher oder niedriger ausfallen, je nachdem, wie die gesellschaftlichen Präferenzen hinsichtlich Kinder und Familie ausfallen. Im Gegensatz zu ADAM SMITH stellt er die Hypothese auf, dass Fertilität nicht nur eine Entscheidung der einzelnen Individuen ist, sondern eine Konsequenz der sozialen Normen über die mindestens erforderlichen Mittel zur wirtschaftlichen Absicherung einer Familiengründung.<sup>1</sup> Diese Form von Geburtenkontrolle zeigt, dass mit dem Wandel des ökonomischen und sozialen Umfelds, der mit steigenden Pro-Kopf-Einkommen einhergeht, das natürliche Reproduktionsschema durch kontrollierte Fertilitätsentscheidungen der Familien abgelöst wird (COALE 1973).<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> Derselbe Mechanismus greift bei der sequenziellen Entscheidung für oder gegen (mehr) Kinder während der Ehe, die von den verfügbaren und erwarteten Mitteln der Familie zur Existenzsicherung der Kinder abhängig ist. Henry (1972) konnte den Zusammenhang zwischen ökonomischen Bedingungen und dem Geburtenabstand innerhalb der Familien bestätigen.

<sup>2</sup> Die zunehmend bessere Ausbildung von Frauen in den letzten Jahrzehnten lässt sich als Veränderung sozialer Normen verstehen, die diesen Wandel verstärkt.

### 3.2 Qualitäts-Quantitäts-Trade off

Während die direkten Kosten von Kindern als wichtige Determinante der Geburtenhäufigkeit bereits lange bekannt sind, betonen neuere ökonomische Modelle der Fertilitätsentscheidung im Lebenszyklus den Zielkonflikt zwischen der Anzahl der Kinder im Haushalt und deren Qualität, gemessen an den in jedes einzelne Kind investierten Ressourcen, etwa für Erziehung und Gesundheit (vgl. BECKER 1960, MINCER 1963). Bei konstanten relativen Kosten der Kinder würde ein einfaches ökonomisches Modell des Geburtenverhaltens zu dem Schluss führen, dass die optimale Zahl der Kinder wächst, wenn der Wohlstand der Eltern mit dem wirtschaftlichen Wachstum zunimmt.

Die tatsächlichen Ausgaben der Eltern für ihre Kinder sind jedoch nicht dasselbe wie die Kosten der Kinder. Tatsächlich sind die Ressourcen, die Eltern für ihre Kinder aufwenden, in Abhängigkeit von den gegebenen Preisen (etwa für Bildung und Gesundheitsgüter) auch Ergebnis des elterlichen Entscheidungsverhaltens. Für diese Ressourcen hat BECKER (1960) den Begriff der 'Qualität des Kindes' geprägt. Wenn Eltern simultan über die Qualität und die Zahl der Kinder entscheiden, lassen sich beide Größen als so genannte Substitute gegeneinander austauschen, die um die vorhandenen Ressourcen des Haushalts rivalisieren. Eltern müssen wählen, ob sie ihre Mittel einsetzen, um die Zahl der Kinder (bei geringerer Qualität pro Kind) oder um die Qualität pro Kind (bei geringerer Kinderzahl) zu erhöhen. Da bei gegebenen Ressourcen Qualität und Quantität der Kinder nicht gleichzeitig wachsen können, besteht ein „Qualitäts-Quantitäts-Trade off“.

Dass Eltern eine bessere Ausbildung als Substitut für eine höhere Kinderzahl sehen, ist seit langem empirisch belegt (vgl. ROSENZWEIG UND WOLPIN 1980). Bei konstanten relativen Preisen der Kindererziehung kann eine sinkende Kinderzahl pro Familie dadurch erklärt werden, dass sich die Präferenzen der Eltern hin zu höheren Qualitätsansprüchen an die Kinder verschoben haben. BECKER (1981) stellt die Hypothese auf, dass Eltern bei steigenden Einkommen systematisch stärker mit einer Ausweitung der Nachfrage nach Qualität reagieren als mit einer Ausweitung der Nachfrage nach Quantität. Dieser Effekt kann noch durch Veränderungen bei den Kosten am Markt für die Kindererziehung verstärkt werden: Bei sinkenden relativen Preisen für Investitionen in die Qualität der Kinder, etwa fallenden Kosten der Ausbildung, impliziert der Qualitäts-Quantitäts-Trade off, dass weniger Kinder geboren, diese dafür jedoch besser ausgebildet werden.

### 3.3 Elterliche Zeitaufwendung und Opportunitätskosten

Der vorherige Ansatz betrachtete die in der Familie vorhandenen Ressourcen als gegeben. Dies ist aber eine stark vereinfachende Sicht – tatsächlich berührt die Entscheidung für oder gegen Kinder die zu realisierenden und nicht zu realisierenden wirtschaftlichen Möglichkeiten eines Haushalts. Ein wichtiger Faktor hierbei ist, dass die Kindererziehung von den Eltern einen Zeiteinsatz erfordert. Diese eingesetzte Zeit ist jedoch nicht kostenlos. Es besteht die Alternative, in dieser Zeit Arbeit am Markt anzubieten und ein Einkommen zu erzielen. Der theoretische Einkommensverlust, der für Familien durch ein reduziertes Arbeitsangebot entsteht, macht den größten Teil der Opportunitätskosten der Kindererziehung aus. Opportunitätskosten dieser Art beeinflussen das Geburtenniveau, wenn vorausgesetzt wird, dass Haushalte ihre Geburtenentscheidung simultan mit der Entscheidung über ihre Zeitverwendung, d. h. vor allem das Arbeitseingebot und das damit verfügbare Einkommen, treffen (FOGEL 1999).

Da die Lohnsätze im Zeitverlauf relativ zum Pro-Kopf-Einkommen gestiegen sind, sind zeitintensive Aktivitäten, wie die private Betreuung von Kindern, teurer geworden, und zwar relativ teurer als der Durchschnitt der übrigen Konsumgüter. Bei einer solchen Entwicklung ist es nur rational, den Verbrauch der übrigen Konsumgüter zu erhöhen und um das dafür notwendige Einkommen zu erzielen, mehr zu arbeiten. Hierdurch geht unter ansonsten gleichbleibenden Umständen gleichzeitig die Nachfrage nach zeitaufwändigen Aktivitäten, wie der Kinderbetreuung zurück. Durch diesen einfachen Mechanismus kann das Lohnwachstum eine weitere Variable sein, um die niedrigeren Geburtenraten zu erklären.

Da Kinderbetreuung in den Familien nach wie vor überwiegend Aufgabe der Frauen ist, muss zudem bei der Opportunitätskostenbetrachtung ihre Situation besonders in den Blick genommen werden. Drei Faktoren müssen hierbei Beachtung finden:

- Die durchschnittlichen Löhne von Frauen sind über einen langen Zeitraum hinweg betrachtet relativ stärker gestiegen als die Löhne von Männern. Eine zentrale Ursache hierfür ist das deutlich verbesserte Ausbildungsniveau der Frauen durch die allgemein gestiegenen Bildungsrenditen, aber auch veränderten gesellschaftlichen Normen hinsichtlich der Stellung der Frau in Beruf und Familie (DA ROCHA UND FUSTER 2006).
- Berücksichtigt man eine dynamische Perspektive, haben sich mit dem steigenden Bildungs- und Lohnniveau auch die Kosten einer vorübergehenden Unterbrechung des Erwerbsverlaufs zur Kindererziehung deutlich erhöht. Die langfristigen Opportunitätskosten, die dadurch entstehen, dass Mütter durch die mit der Mutterschaft verbundene (erwartete)



Unterbrechung auf einen dauerhaft niedrigeren Karrierepfad gelangen, sind sehr viel höher als die Kosten durch den kurzfristigen Einkommensausfall (vgl. KUNZE UND EARNES 2004). Dieser Effekt ließe sich daran belegen, dass Mütter, vor allem hoch qualifizierte Mütter, ihre Erwerbsbiografie im Anschluss an eine Geburt in der Regel seltener oder kürzer unterbrechen als früher, obwohl die Möglichkeiten dazu im Rahmen der Familienpolitik mit dem Ziel der Geburtenförderung teilweise ausgebaut worden sind.

- Frauen verwenden ihre Zeit nicht nur für Arbeit und Freizeit, sondern sind darüber hinaus in besonderer Weise in die Haushaltsproduktion eingebunden. Eine wichtige Komponente der Haushaltsproduktion in Familien ist die individuelle Kinderbetreuung. Wenn außerhalb des Haushalts gute Möglichkeiten der Kinderbetreuung zur Verfügung stehen oder diese preiswerter angeboten werden, wird Erwerbsarbeit attraktiver. Die Opportunitätskosten der Kinderbetreuung fallen und es entsteht ein Anreiz für mehr Geburten. Tatsächlich wurde das Betreuungsangebot für Kinder in vielen Ländern seit den 1970er-Jahren ausgebaut. Möglichkeiten und Kosten externer Betreuung variieren international allerdings ganz erheblich, so dass dieser Faktor für unterschiedliche Geburtenniveaus mit verantwortlich sein könnte. Externe Betreuung, die oft staatlich bereitgestellt oder subventioniert wird, ist ein Beispiel dafür, wie familienpolitische Rahmenbedingungen einen Einfluss auf das Geburtenniveau entfalten können.

*Zusammenfassend* lässt sich festhalten, dass ökonomische Faktoren ein erheblicher Einfluss auf den Rückgang der Kinderzahlen seit den 1960er-Jahren unterstellt wird: Durch die Industrialisierung und die damit einhergehende Trennung von Arbeitswelt und Familienleben entsteht zum einen eine neue Einstellung gegenüber den Kosten- und Nutzenfaktoren von Kindern und zum zweiten gegenüber der mütterlichen Erwerbstätigkeit. Nicht mehr eine hohe Anzahl von Kindern, sondern deren Erziehung (Bildung) und maximale soziale Platzierung steht im Vordergrund. Kinder wechseln von der Funktion einer notwendigen Altersfürsorge oder als Arbeitskräfte in die Position emotionaler Befriedigung. Diese ist aber im Grunde genommen bereits mit einem Kind gegeben. Das psychische Motiv für das generative Verhalten ist nun aber nicht quantifizierbar wie das ökonomische. Mehr Kinder reduzieren daher eher den psychischen Gewinn, weil dann die emotionale Beziehung in ihrer Intensität zurückgenommen oder dosiert werden muss, damit keines der Kinder zu kurz kommt (HERZOG *et al.* 1997). Zudem kostet die Erziehung und Förderung des Kindes viel Geld. Kinder bedeuten in der modernen Gesellschaft daher einen nicht unerheblichen Verzicht auf Wohlstand. Da die privaten Kosten der Erziehung von Kindern ungleich höher sind als der private wirtschaftliche Nutzen für die Eltern, ist dieser Aspekt ein weiterer Grund, weniger oder gar keine Kinder zu haben (BUSCH 1999).



### **3.4 Soziologische Erklärungsansätze**

#### **3.4.1 Wandel von Normen und Werten**

Soziologische Zugänge zur Erforschung der Fertilität betonen neben ökonomischen insbesondere den verhaltenswirksamen Einfluss sozialer Rollen und Normen – Determinanten, die in der ökonomischen Theorie nur am Rande berücksichtigt werden. Auf den ersten Blick beruhen diese Einflussfaktoren nicht auf dem Prinzip der rationalen Nutzenmaximierung. Bei genauer Betrachtung kann Normenkonformität mit dem Ziel der Akzeptanz in einem bestimmten sozialen Umfeld aber auch als individuelle Verhaltensoptimierung verstanden werden.

In der soziologischen Literatur wird dem Wandel der Familienform und dem Rollenverständnis von Mann und Frau im Verlauf der letzten Jahrhunderte besondere Bedeutung bei der Erklärung des Geburtenrückgangs beigemessen. In Europa gründeten Ehepartner mit der Heirat einen neuen eigenen Haushalt, während in anderen Kulturen das Leben in großen Familienverbänden vorherrscht. Voraussetzung für die Familiengründung ist somit die wirtschaftliche Unabhängigkeit des Ehepaares, was zu einem hohen Heiratsalter der Partner führt.

Zur vorindustriellen Familie gehörten neben der Kernfamilie (Vater, Mutter, Kinder) auch Mägde und Knechte. Die Familien waren durch hohe Fertilitätsraten und hohe Sterblichkeit gekennzeichnet, so dass die als heutiges Ideal gedachte Großfamilie, die aus mehreren Generationen besteht, kaum existierte (MITTAUER UND SIEDER 1982). Das Familienverhalten wurde im Wesentlichen durch das ökonomische Interesse und die Erfordernisse der Haushaltsproduktion geprägt. In der Produktionsstätte 'Haus' arbeiteten zwar alle Mitglieder der Familie zusammen, aber der Vater war das Familienoberhaupt und hatte weitreichende Rechts- und Strafbefugnisse für Frau, Kinder und Gesinde.

Erst mit der Industrialisierung wurde Haus- und Erwerbsarbeit örtlich getrennt, was als eine wesentliche Voraussetzung für die moderne Familienform gilt. Während in der Arbeiterschicht Frauen mit der Fabrikarbeit und der Versorgung des Haushaltes auch weiterhin eine Doppelrolle übernahmen, wurde die Rolle bei Frauen in der Bürgerschicht homogener. So waren sie vorrangig für die Schaffung eines harmonischen Heims verantwortlich. Auch die Rolle der Kinder änderte sich, indem sie nicht mehr als unterstützende Arbeitskräfte herangezogen wurden. Mit steigendem Lohn übernahmen Arbeiterfamilien das bürgerliche Modell mit dem Ideal der nichterwerbstätigen Frau. So entstand die 'traditionelle' bürgerliche Kleinfamilie aus Vater, Mutter und Kindern. Obwohl diese in Deutschland eigentlich nur in den 1950er- und 1960er-Jahren mehrheitlich gelebt wurde, ist sie zu einem normativen Musterbild und zur 'Normalfamilie' stilisiert worden (RÜLING 2003). Ihr besonderes Merkmal ist die strenge Aufgabenver-

teilung: Der Vater verdient außerhalb den Lebensunterhalt, während der Mutter die Haushaltsführung und die Kindererziehung obliegt.

Ab den 1960er-Jahren vollzog sich ein Wandel des Familienlebens. Die Hausarbeit beanspruchte infolge technischer Errungenschaften wie Waschmaschinen, Bügeleisen und Staubsauger immer weniger Zeit. Zudem entstand das Ideal des Bildungsbürgertums. Frauen sollten ihren Bildungshintergrund erweitern, zunächst um ihre Kinder besser erziehen und heranbilden zu können. Es kam zu einer Bildungsemanzipation der Frauen, die sich unter anderem an dem schnell steigenden Frauenanteil bei den Studierenden zeigte. Die Rollenaufteilung innerhalb des Familienhaushalts veränderte sich allerdings nicht parallel dazu (OECD 2004). Zwar streben Frauen immer höhere Bildungsabschlüsse an; mit der Heirat, spätestens mit der Geburt des ersten Kindes müsste sie sich infolge der schlechten Vereinbarkeit von Beruf und Familie aus dem Erwerbsleben zurückziehen. Frauen stehen entsprechend vor der Entscheidung: Familie oder Beruf.

Die fortschreitende Individualisierung hat zudem Auswirkungen auf die Partnerschaft: Die Partnerschaften erhalten ihre Stabilität heute nicht mehr durch die ökonomische Abhängigkeit, sondern durch persönliche Nähe und emotionale Bindungen (HUININK UND WAGNER 1998). Steigende Ansprüche an eine Partnerschaft und die Betonung individueller Bedürfnisse tragen zur Instabilität vieler Beziehungen bei, was sich negativ auf die Geburtenrate auswirken könnte.<sup>3</sup> Zudem erscheinen Eheschließung und Familiengründung heute nicht mehr selbstverständlich; Ehe Sexualität und Reproduktion sind entkoppelt.

Vor dem Hintergrund der gleichwertigen Ausbildung von Frauen und Männer sowie der zunehmenden Individualisierung ist eine strikte Rollenteilung heute nicht mehr zeitgemäß. Frauen sehen sich nicht mehr nur in der Mutterrolle, sondern streben als qualifizierte Kräfte auf den Arbeitsmarkt. Diese Entwicklung erfordert eine emanzipierte Aufteilung der inner- und außerhäuslichen Aufgaben. Bisher erschweren Strukturen der Arbeitswelt, institutionelle und gesellschaftliche Arrangements die Umsetzung eines egalitären Rollenmodells. Solche Hindernisse sind beispielsweise mangelnde Möglichkeiten der außerhäuslichen Kinderbetreuung, die Ausgestaltung der Steuer- und Sozialsysteme aber auch unflexible Arbeitszeiten sowie geschlechtsspezifische Segregation und Lohnunterschiede.

---

<sup>3</sup> Untersuchungen haben beispielsweise gezeigt, dass es keinen negativen Zusammenhang zwischen Scheidungshäufigkeit und Kinderzahlen gibt. Europäische Länder mit niedriger Scheidungshäufigkeit weisen ebenfalls niedrige Geburtenzahlen auf und umgekehrt.

Ein weiterer Aspekt zur Erklärung des Geburtenrückgangs ist die verlängerte Lebenszeit, die bei Frauen heute im Durchschnitt um 35 Jahre höher ist als in der Mitte des 19. Jahrhunderts (IMHOF 1981). Das hat zur Folge, dass Frauen nach dem Erwachsenwerden ihrer Kinder noch viele Jahre ohne die Aufgabe der Kindererziehung erleben. In dieser Zeit gehen Frauen einer Erwerbstätigkeit nach, was als Rollenmodell wiederum Rückkopplungseffekte auf die Erwerbsorientierung und die Bildungsziele junger Frauen besitzt. Insbesondere qualifizierte Frauen schieben den Zeitpunkt der ersten Geburt immer weiter auf, um zunächst einmal ihre beruflichen Ziele zu verwirklichen und eine gesicherte Position auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen, zu der nach möglichen Erziehungszeiten wieder zurückgekehrt werden kann (HERLYN UND KRÜGER 2003).

Insgesamt lässt sich ein enger Zusammenhang zwischen dem Rückgang der Geburtenraten und einem Wertewandel herstellen, der sich in allen europäischen Ländern in verschieden starker Ausprägung vollzogen hat. Dabei sind die Rahmenbedingungen des Arbeitsmarktes sowie der Familien- und Sozialpolitik für den individuellen Umgang mit dem Wertewandel entscheidend.

### 3.4.2 'Value-of-Children'-Konzept

Das Konzept des „Value-of-Children“ geht auf Arbeiten von HOFFMAN UND HOFFMAN (1973) zurück. Dieser Ansatz ist den mikroökonomischen Modellen zur Erklärung des Geburtenverhaltens sehr ähnlich, rückt allerdings den Nutzen bzw. den Wert von Kindern für Eltern stärker in den Vordergrund. Der 'Wert von Kindern' wird hier als zentrale Determinante des Geburtenverhaltens verstanden, der in Abhängigkeit von gesellschaftlichem Wandel und sozial-kulturellem Umfeld variiert. Dabei wird das Geburtenverhalten durch individuelle Entscheidungen unter restriktiven Rahmenbedingungen erklärt und wie im mikroökonomischen Modell nutzenmaximierendes Verhalten angenommen.

Der Wert von Kindern wird von HOFFMAN UND HOFFMAN (1973) zunächst in neun verschiedene Komponenten zerlegt:

- Erwachsenenstatus und soziale Identität,
- Fortleben der eigenen Person in den Kindern,
- Bedeutung religiöser, ethnischer und sozialer Normen,
- familiäre Bindungen,
- Suche nach neuen Erfahrungen.
- Kreativität und Leistung,
- Macht und Einfluss,
- sozialer Vergleich und Wettbewerb,
- ökonomischer Nutzen.

Diese Kategorien und weitere Determinanten, wie Kosten der Kinder, Hürden, Anreize und alternative Quellen des Wertes von Kindern, werden in ein Modell integriert. Kosten entstehen

den Eltern sowohl direkt (finanzielle Kosten) als auch indirekt durch den Verzicht auf andere Güter (Opportunitätskosten). Als Hürden werden Faktoren verstanden, die die Realisierung des angestrebten Wertes von Kindern erschweren, wie die Krankheit der Mutter oder eine schlechte Wohnsituation. Im Gegensatz dazu erleichtern es den Eltern bestimmte Anreize, wie z.B. die Unterstützung der Familie, ausreichender Wohnraum oder eine positive Einstellung zum Kind, den Wert von Kindern zu verbessern.

Der „Value-of-Children“-Ansatz wurde entwickelt, um Geburtsentscheidungen interkulturell zu vergleichen. Dies ist möglich, indem für verschiedene Länder bzw. Kulturkreise unterschiedliche Kosten, Hürden, Anreize, aber auch Werte von Kindern angenommen werden. In einem nächsten Schritt wird die allgemeine Theorie sozialer Produktionsfunktionen integriert. Diese Theorie beinhaltet die Annahme, dass Individuen sowohl soziale Anerkennung als auch physisches Wohlbefinden maximieren wollen (LINDENBERG 1990). Ersteres steht für positive Rückmeldungen aus dem sozialen Umfeld, während letzteres die Sicherung des (physischen) Überlebens und die Steigerung des Wohlbefindens umfasst. Beide Grundbedürfnisse können von einem Individuum nicht direkt befriedigt werden, sondern nur über die Bereitstellung verschiedener Produktionsfaktoren (Zwischengüter).

Das „Value-of-Children“-Konzept klärt nun, unter der Annahme von nutzenmaximierendem Verhalten, in welcher Art und Weise Kinder in der sozialen Produktionsfunktion der (potenziellen) Eltern zur Verbesserung ihrer sozialen Anerkennung und ihrem physischen Wohlbefinden beitragen. Dabei werden die Entscheidungen immer vor dem Hintergrund spezifisch wahrgenommener Rahmenbedingungen getroffen. Eine Systematisierung des Zusammenhangs zwischen dem Wert von Kindern und der sozialen Produktionsfunktionen hat KOHLMANN (2000) in enger Abstimmung mit der Kategorisierung des Nutzens von Kindern bei LEIBENSTEIN (1974) vorgenommen:

- Kinder können einen eigenen Beitrag zur Haushaltsproduktion leisten: Dies kann kurzfristig durch die Besteuerung von Erwerbseinkommen und die Mithilfe im elterlichen Haushalt sowie langfristig durch die Mitwirkung bei der Absicherung gegen die Lebensrisiken der Eltern geschehen. Generell wird dieser Nutzen besonders dann zum Tragen kommen, wenn Ausbildungsinvestitionen gering sind und Kinder relativ früh in den Arbeitsprozess einsteigen. In Bezug auf die Absicherung erhöht sich die Bedeutung von Nachkommen, wenn in einer Gesellschaft keine oder unzureichende institutionellen Alternativen zur intergenerativen Absicherung vorgesehen sind. Wie bereits von LEIBENSTEIN (1974) festgestellt, umfasst der Nutzen bzw. der Wert von Kindern für die Verbesserung des physischen Wohlbefindens einen möglichen Einkommensnutzen und einen Versicherungsnutzen.

- Kinder können direkt und indirekt zur Optimierung der sozialen Anerkennung von Eltern dienen. Indirekt geschieht dies, indem sie Beziehungen zu Dritten intensivieren oder diese zusätzlich bewirken. So können beispielsweise durch die Elternschaft neue Kontakte zu Eltern entstehen oder die Beziehung zu den Schwiegereltern und den eigenen Eltern verbessert werden. Dieser Statusgewinn kann durch die Geburt eines Kindes, eventuell auch verbunden mit einem bestimmten Geschlecht oder über die Anzahl von Nachkommen steigen. Darüber hinaus können Kinder auch direkt die soziale Anerkennung erhöhen. Durch sie wird eine einzigartige enge, lebenslange selbstbindende soziale Beziehung geschaffen.

*Zusammenfassend* kann festgestellt werden, dass die Herausbildung bürgerlicher Schichten und mit ihnen spezifischer Vorstellungen und Rollenmuster der Kernfamilie den Beginn weitreichender Veränderungen im Geburtenverhalten einleiteten. Insbesondere in den hoch industrialisierten, europäischen Gesellschaften fand eine intergenerationelle Veränderung der Wertepreferenzen statt. Die Richtung des Wandels geht weg von rein materialen Werten hin zu einer stärkeren Bedeutsamkeit von Werten der Lebens- und Beziehungsqualität. Diese – und mit ihnen die Anzahl von Kindern – können kulturell sehr unterschiedlich bewertet werden. Deutlich werden die Präferenzveränderungen zum einen in der veränderten Stellung und der veränderten Funktion von Kindern: Kinder besitzen einen Eigenwert und dienen heute stärker als Sinnstifter und Quelle emotionaler Bedürfnisbefriedigung. Der materielle Wert eines Kindes kommt v.a. dann zum Tragen, wenn gesellschaftliche (staatliche) Institutionen z.B. auf Seiten der Eltern zur sozialen Absicherung oder auf Seiten des Kindes zur Betreuung fehlen.

Mit Blick auf die Begründung des Geburtenrückganges im internationalen Vergleich lässt sich bereits zu diesem Zeitpunkt feststellen: In der Grundtendenz vollziehen sich in allen industrialisierten Ländern ähnliche Prozesse seit Ende des 18. Jahrhunderts: Die Familie verliert ihre Monopolstellung als Hort wirtschaftlicher Absicherung und die wirtschaftliche Unabhängigkeit des Einzelnen nimmt zu. Diese primär ökonomische Entwicklung hat weitreichende Auswirkungen auf den Stellenwert der Familie, das Bild von der Ehe und schließlich das Geburtenverhalten. Es wird später geheiratet, mehr geschieden, nicht eheliche Lebensgemeinschaften sind verbreitet und die Zahl der Ledigen steigt. In allen Ländern sinken die Kinderzahlen und es steigt die Anzahl kinderlos gebliebener Frauen und Männer. Insbesondere Westdeutschland nimmt dabei eine Spitzenposition ein. Die niedrigen Geburtenziffern scheinen damit Ausdruck zum einen veränderter individueller Präferenzen wie zum anderen eine Reaktion auf die sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen (TIVIG UND HETZE 2007). Ein genauerer

Blick auf die einzelnen Länder, stellt aber auch schnell die Grenzen der Gemeinsamkeiten heraus: Die Geburtenrate pro Frau und Kohorte ebenso wie der Anteil der Kinderlosen schwankt im Längs- ebenso wie im Querschnitt zwischen den europäischen Ländern stark. Parallel dazu unterscheiden sich die Länder hinsichtlich ihrer Familienpolitiken ebenso wie der kulturellen Präferenzen deutlich voneinander. Konkret stellt sich damit die Frage: Warum sind in einigen Ländern die Geburtenzahlen stabil oder nehmen sogar zu und warum ist in anderen im Gegensatz dazu die Fertilität rückläufig? Ziel der Arbeit ist es, die Länder Deutschland, Spanien, Frankreich, USA und Schweden in einem mehrdimensionalen Modell zu vergleichen, in das gesellschaftliche und strukturelle Rahmenbedingungen einbezogen werden.

### 3.5 Die Geburtenentwicklung in ausgewählten Ländern

Obwohl sich Länder Westeuropas und Nordamerikas auf einem relativ ähnlichen Entwicklungsniveau befinden und der langfristige Wachstumstrend seit den 1970er-Jahren entsprechend ähnlich verlief, haben sich die Fertilitätsraten in den letzten Jahrzehnten stark unterschiedlich entwickelt. Abb. 1 illustriert die Entwicklung der zusammengefassten Geburtenziffer, also der durchschnittlichen Zahl von Geburten je Frau im erwerbsfähigen Alter für einige ausgewählte Länder.

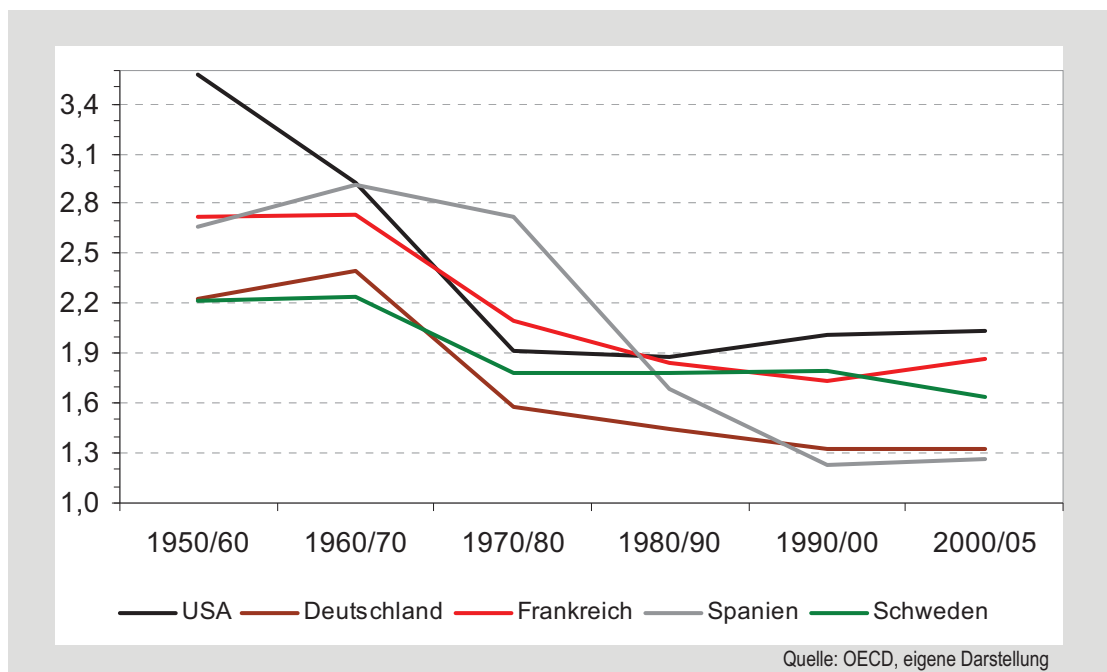


Abb. 1 Die zusammengefasste Geburtenziffer (total fertility rate, TFR) für ausgewählte Jahre und Länder

Unterschiede zeigen sich sowohl beim Ausmaß als auch beim Zeitpunkt des Geburtenrückgangs seit Mitte der 1960er-Jahre. In Deutschland, Frankreich und den Vereinigten Staaten verläuft die Geburtenentwicklung zunächst ähnlich. Wenn auch von einem unterschiedlichen Ausgangsniveau beginnend, fällt die Geburtenrate in der ersten Hälfte der 1970er-Jahre stark ab und stabilisiert sich in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts auf dem erreichten Niveau, um sich dann unterschiedlich zu entwickeln. In Deutschland geht abgesehen von kleineren Schwankungen die Geburtenrate in zwei Schritten weiter zurück: Im Durchschnitt der 1980er-Jahre erreicht das Niveau der zusammengefassten Geburtenziffer zunächst knapp 1,5. Im Durchschnitt der Jahre seit 1990 liegt die zusammengefasste Geburtenziffer dann um 1,4. In den Vereinigten Staaten und Frankreich tritt dagegen eine Erholung ein. Diese beginnt in den Vereinigten Staaten bereits etwa Mitte der 1980er-Jahre und führt zurück auf ein Geburtenniveau, das zum Bestandserhalt der Generationen ausreicht. Seit Anfang der 1990er-Jahre bleibt die zusammengefasste Geburtenrate bei Werten oberhalb von 2 stabil. In Frankreich setzt der Aufschwung der Geburtenraten deutlich später ein, der Umschwung erfolgt erst in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre. Seitdem zeigen die zusammengefassten Geburtenziffern einen recht starken positiven Trend, auch wenn das für den Erhalt des Bevölkerungsbestands erforderliche Niveau bisher noch nicht wieder erreicht wurde.

Besonders verlaufen die Entwicklungen in Spanien und Schweden. In Spanien bleibt die Geburtenhäufigkeit bis weit in die 1970er-Jahre hoch – mit einer zusammengefassten Geburtenziffer weit über Reproduktionsniveau. Danach vollzieht sich über fast drei Jahrzehnte ein stetiger Rückgang der Geburtenhäufigkeit, an dessen Ende das Land mit einer zusammengefassten Geburtenziffer von 1,2 eines der weltweit niedrigsten Geburtenniveaus aufweist. Erst seit Ende der 1990er-Jahre ist eine leichte Erholung feststellbar. Zuletzt lagen die Geburtenraten annähernd auf dem – niedrigen – deutschen Niveau. In Schweden lassen sich mehrere Besonderheiten ausmachen. Erstens verlief der Abfall der Geburtenhäufigkeit Anfang der 1970er-Jahre im internationalen Vergleich relativ moderat. Zweitens zeigt der Verlauf der zusammengefassten Geburtenziffern in den zurückliegenden vier Jahrzehnten ausgeprägte Wellenbewegungen. Drittens stiegen die zusammengefassten Geburtenziffern Anfang der 1990er-Jahre vorübergehend nicht nur wieder über das zur Bestandserhaltung notwendige Niveau, sondern überschritten damit sogar das Ausgangsniveau der 1970er-Jahre. Nach diesem Höhepunkt folgte allerdings ein rascher Rückgang, der das Land in nur einem Jahrzehnt auf den historischen Tiefststand von 1,5 Kindern pro Frau brachte.

Der internationale Vergleich führt zu der Frage, welche Faktoren die unterschiedliche Entwicklung des Geburtengeschehens in diesen Ländern beeinflussen. Wie die konzeptionellen



Überlegungen Kap. 2 gezeigt haben, sind dabei neben Unterschieden in den normativen Vorstellungen der Bevölkerung zu Ehe- und Familie vor allem wirtschaftliche Faktoren bedeutsam. Aus wirtschaftspolitischer Perspektive ist hierbei vor allem die Wirkung der institutionellen Rahmenbedingungen zu beachten. Einigen Ländern ist es offenbar besser als anderen gelungen, ihre familien- und sozialpolitischen Maßnahmen so zu gestalten bzw. anzupassen, dass ein vergleichsweise hohes Geburtenniveau trotz des Geburtenknicks um 1970 erreicht wird.

### 3.5.1 Wohlfahrtsstaatliche Differenzierung zwischen Ländern der OECD

Dieses Kapitel diskutiert für die gewählten internationalen Beispiele, inwieweit das unterschiedliche Geburtenverhalten auf ökonomische und institutionelle Faktoren zurückgehen könnte. Die europäischen Staaten haben entsprechend ihrer länderspezifischen Tradition zum Teil sehr unterschiedliche Familienpolitiken entwickelt. Diese lassen sich insbesondere auf ihre unterschiedliche wohlfahrtsstaatlichen Grundprinzipien zurückführen. In der Theorie werden vier wohlfahrtsstaatliche Regime unterschieden: Das universalistische, das liberale, das konservative, das staats- und familienbasierte (vgl. ESPING-ANDERSEN 1990). Die Regime unterscheiden sich hinsichtlich der Institutionalisierung sozialer Sicherungssysteme, indem sie die Schwerpunkte Markt, Staat und Familie unterschiedlich gewichten. Entsprechend dieser Typen wurden die Länderbeispiele ausgewählt. Ein Vergleich zwischen den Ländern Deutschland, Frankreich, Schweden, die Vereinigten Staaten sowie Spanien ist besonders aufschlussreich, da sie jeweils unterschiedliche wohlfahrtsstaatliche Typen repräsentieren:

- *Frankreich* steht – wie Deutschland – für den konservativen Wohlfahrtsstaat. Der Staat ist hier auf Erhalt des auf dem Arbeitsmarkt erworbenen Status ausgerichtet. Es dominieren einkommensbezogene Sozialleistungen. Ergänzend bietet der Staat Unterstützung für Personen, die nicht eigenverantwortlich für sich selbst sorgen können, ist aber darauf bedacht, die Marktmechanismen leistungsgerechter Entlohnung nicht auszuhebeln.
- Die *Vereinigten Staaten* repräsentieren den liberalen Wohlfahrtsstaat, in dem der Markt weitgehend die Wohlfahrt und Versorgung der Bevölkerung regelt. Sozialpolitische Interventionen kommen selten vor. Der Staat übernimmt die ordnungspolitische Lage, die Eigenverantwortung zu stärken und die Märkte zu stabilisieren.
- *Schweden* ist ein Beispiel für das sozialdemokratische Wohlfahrtsmodell. Der Staat übernimmt eine weitreichende Versorgung der Bürger und garantiert einen bestimmten Lebens-



standard. Ansprüche an Sozialleistungen sind eher unabhängig vom Erwerbsstatus. Mittels Umverteilung sorgt der Staat für eine breite Versorgung der Bevölkerung mit sozialen Leistungen und Diensten.

- *Spanien* steht schließlich stellvertretend für den südeuropäisch-mediterranen Wohlfahrts-typ. Der Wohlfahrtsstaat ist in dieser Region eher spät entstanden und daher vergleichsweise rudimentär angelegt. Da die staatliche Umverteilung wenig ausgeprägt ist, hat die Familie als Institution der sozialen Sicherung relativ hohe Bedeutung. Diese wohlfahrts-staatlichen Arrangements werden durch relativ stabile normative Präferenzen in den Be-völkerungen gestützt. Sie prägen auch die familienpolitisch bedeutsamen Institutionen.

Dem Wohlfahrtsstaat werden verschiedene Einflussmöglichkeiten auf die Familienentwick-lung respektive das Geburtenverhalten unterstellt: In Zusammenhang mit der Altersversorge verliert die Familie Vorsorgefunktion – eine hohe Anzahl an Kindern wird entsprechend nicht mehr benötigt. Des Weiteren stellt der Wohlfahrtsstaat Unterstützungssysteme (in Form der Familien- und Umverteilungspolitiken als Rechtsansprüche, Geldleistungen, infrastrukturelle und personenbezogene Dienstleistungen) zur Verfügung, was ebenfalls Auswirkungen auf das generative Verhalten hat.

GAUTHIER (1996) unterscheidet fünf familienpolitische Modelle: Das pro-natalistische Modell, dessen Ziel es ist, das Geburtenverhalten positiv zu beeinflussen durch Transferzahlungen und die Bereitstellung von Kinderbetreuung, wie beispielsweise in Frankreich); das pro-traditionelle Modell, das bestimmte Familienmodelle fördern will durch Familienlastenausgleich, wobei die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine nachgeordnete Priorität besitzt (wie z.B. in Deutschland); das pro-egalitäre Modell, dessen Ziel die Gleichstellung der Geschlechter ist; hier sind die institutionelle Kinderbetreuung und Transferzahlungen ausgebaut (Beispiel Schweden); das nicht-interventionistische Modell, das Familie als Privatangelegenheit betrach-tet und per se vorrangig gegen Armutsrisiken absichern will (USA); an letzter Stelle ist noch das hybride Modell zu nennen, in dem Familienpolitik nur rudimentär vorhanden ist (Spanien).<sup>4</sup>

Um den Ergebnissen der Länderstudien nicht vorzugreifen, sei an dieser Stelle nur angemerkt, dass Studien zur Auswirkung der Familienpolitik zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen, in denen nach Ausmaß, Wechselwirkung und zeitlicher Verschiebung (Timing-effekte) diffe-renziert wird. Im Folgenden sollen die ausgewählten Länderbeispiele hinsichtlich der theoretischen Vorannahmen und der staatlichen Politiken analysiert werden.

---

<sup>4</sup> Vgl. die Studie von *Rille-Pfeiffer* (2007) zur Realisierung des Kinderwunsches im europäischen Vergleich.

## 3.5.2 Frankreich

### 3.5.2.1 Entwicklung des Fertilitätsverhaltens

Mit 1,98 Kindern je Frau im Jahr 2007 weist Frankreich trotz eines leichten Rückgangs im Vergleich zu 2006 nach Island europaweit die höchste Geburtenrate auf (vgl. INSEE 2008A). Auch absolut betrachtet ist Frankreich das Land mit der höchsten Geburtenzahl in Europa.<sup>5</sup> Nach einem starken Rückgang der zusammengefassten Geburtenziffer zu Beginn der 1970er-Jahre von ca. 2,5 auf 1,8 Kinder pro Frau, reduzierte sich die Fertilitätsrate im Zeitablauf weiterhin, jedoch wesentlich moderater (OECD 2008). Diese Entwicklung erreichte ihren Tiefpunkt 1993 mit einer Geburtenziffer von 1,65 Kindern je Frau, wenngleich auch dieser Wert über dem europäischen Durchschnitt lag. Ähnlich wie in anderen OECD-Ländern (z.B. den USA, dem Vereinigten Königreich und den skandinavischen Ländern sowie den Ländern Südeuropas) ist die Fertilität in dem letzten Jahrzehnt wieder leicht angestiegen. Die Fertilitätsentwicklung spiegelt sich auch in einer Veränderung des Durchschnittsalters der Mütter zum Zeitpunkt der Geburt ihrer Kinder wider.

Während das Durchschnittsalter der Mutter bei der Geburt ihrer Kinder im Jahr 1977 noch bei 26,5 Jahren lag, ist es bis 1995 auf 29,3 Jahre gestiegen, was einem durchschnittlichen Anstieg von über 1,5 Monaten pro Jahr entspricht. Seitdem ist jedoch eine Abnahme dieses Zuwachses auf weniger als einen Monat pro Jahr zu beobachten (INSEE 2008B). Nach Berechnungen von BAC *et al.* (2006) würde die französische Fertilitätsrate seit 1980 auf einem Niveau von 1,85 Kindern je Frau stagnieren, sofern die Geburtenrate um das Durchschnittsalter der Frau bei der Geburt ihrer Kinder korrigiert würde. Dies impliziert, dass der Rückgang der Fertilitätsrate zwischen 1980 und 1993 und der darauf folgende Anstieg ein statistisches Artefakt ist, das auf eine Verschiebung des Durchschnittalters von Schwangerschaften zurückzuführen ist.

Insbesondere das Durchschnittsalter der Mutter zum Zeitpunkt der ersten Geburt ist seit 1975 stark angestiegen, was wiederum zu einer zeitlichen Verkürzung des Zeitintervalls bis zur Zweitgeburt führt. Während 1982 noch 15,8% der 25-jährigen Frauen ein Kind zur Welt brachten, waren es im Jahr 2007 lediglich 9,7%. Frauen des Geburtsjahrgangs 1957 hatten zum Zeitpunkt ihres 35. Geburtstags durchschnittlich bereits 1,95 Kinder zur Welt gebracht; eine Zahl, die vom Jahrgang 1967 erst mit Alter 40 erreicht wurde. Zwar hatten die 35-jährigen Frauen im Jahr 2007 durchschnittlich nur 1,68 Kinder, doch wird erwartet, dass die Frauen diesen Geburtenrückstand noch aufholen und dass im Durchschnitt zwei Kinder pro Frau geboren werden, was in etwa der kumulativen Fertilität aller nach 1950 weiblichen Geburtsjahrgänge

---

<sup>5</sup> Mit 816.000 Neugeborenen im Jahr 2007 wurden in Frankreich 20% mehr Kinder geboren als in Deutschland, wobei die Einwohnerzahl in Deutschland die französische Einwohnerzahl um fast 30% übersteigt (Insee 2008b).

entspricht (vgl. PLA 2008). Die Abnahme der Fertilität von durchschnittlich ca. 2,5 auf etwa 2,1 Kinder zwischen den Generationen von Frauen, die vor und nach 1940 geboren sind, ist insbesondere durch den Rückgang der Familienzahl mit vier Kindern und mehr zu erklären. So haben in der Alterskohorte 1930 noch 25% der Frauen mindestens vier Kinder zur Welt gebracht, in der Alterskohorte 1960 hingegen lediglich nur noch 19%. Der Anteil von Frauen die keine, ein oder drei Kinder zur Welt bringen, ist mit jeweils zehn, 17% und 21% über die Zeit relativ stabil geblieben (vgl. TOULEMON *et al.* 2008).

In dem traditionellen Einwanderungsland Frankreich wird häufig die These aufgestellt, dass die relative hohe französische Fertilitätsrate zumindest partiell auf die hohe Geburtenrate der Migranten zurückzuführen ist. Mit Ausnahme der Migranten aus der Türkei sowie Portugal weisen die Migranten jedoch Fertilitätsraten auf, die sich eher an dem französischen Niveau orientieren als an der Fertilitätsrate ihres Heimatlandes. Im Durchschnitt war die Fertilität der Migranten im Jahr 1999 um 0,7 Prozentpunkte höher als die Fertilität der Einheimischen. Da Frauen mit Migrationshintergrund ca. 10% der gesamten weiblichen Bevölkerung ausmachen, ist der Effekt der überdurchschnittlichen Fertilität der Migranten auf die gesamte Fertilitätsrate mit 0,07 Prozentpunkten relativ gering (vgl. TOULEMON 2003).

Mit der Verzögerung der Geburten im Lebenszyklus der Frau hat sich auch die Struktur der Familie verändert, insbesondere hat sich der Anteil von alleinstehenden Männern an der Gesamtzahl der Haushalte zwischen 1968 und 1999 mit Werten von 6,4% und 12,5% fast verdoppelt. In dem gleichen Zeitraum ist der Anteil der alleinstehenden Frauen um knapp fünf Prozentpunkte gestiegen. Während der Anteil von Paaren mit Kindern an der Gesamtzahl der Haushalte gesunken ist, hat sich der Anteil der Paare ohne Kinder – bedingt durch die höhere Lebenserwartung – von 21,1% im Jahr 1968 auf 24,8% im Jahr 1999 erhöht (CHALEIX 1999).

Das Bildungsniveau besitzt direkte Effekte auf die Fertilitätsentscheidung. Zum einem wird die Fertilitätsentscheidung typischerweise nicht vor Vollendung des Studiums getroffen. Zum anderen wird die Familienbildung der Frauen bzw. Männer mit Hochschulabschluss auch nach dem Studium verzögert. Zugleich steigen die Opportunitätskosten der Kindererziehung mit dem Bildungsstand. Dies könnte dazu führen, dass hoch gebildete Personen weniger Kinder bekommen oder gar überproportional kinderlos bleiben. Im Gegensatz zu Deutschland und dem Vereinigte Königreich, wo ein bedeutender Anteil der Frauen mit Universitätsabschluss kinderlos bleiben (vgl. ECKERT-JAFFÉ *et al.* 2002), weisen die hoch gebildeten Frauen in Frankreich eine Fertilität von 1,9 Kindern pro Frau auf. Diese weicht nur geringfügig von dem Durch-

schnitt ab (ROBERT-BOBBÉE UND MAZUY 2005). BAC *et al.* (2005) schätzen auf der Basis von Beschäftigungsdaten, dass Frauen mit hohem Schulabschluss eine um fünf Prozentpunkte niedrigere Wahrscheinlichkeit haben, in einem bestimmten Jahr ein Kind zu bekommen, wenn die Dauer des Studiums und die Anzahl der Kinder kontrolliert wird.

### 3.5.2.2 Familienpolitische Rahmenbedingungen

Die für europäische Verhältnisse überdurchschnittliche Fertilität in Frankreich wird häufig mit der französischen Familienpolitik in Verbindung gebracht. Die Gesamtausgaben des Staates für familienpolitische Maßnahmen summieren sich auf 43,55 Mrd. € (EUROSTAT 2008). Dies entspricht 2,68% des französischen Bruttoinlandsprodukts. Damit liegt Frankreich im europäischen Durchschnitt. Vor dem Hintergrund, dass Frankreich über die höchste Fertilitätsrate Europas verfügt, fallen die Pro-Kind-Ausgaben eher moderat aus. Nach Berechnungen von MATH UND MEILLAND (2007) ist die Familienpolitik Frankreichs nach Österreich und mit dem Vereinigten Königreich sowie Belgien eine der vorteilhaftesten in Europa. Dies wurde insbesondere für kinderreiche Familien verifiziert. Für Paare mit einem Kind rangiert die französische Familienpolitik hingegen auf dem letzten Platz.

Dies spiegelt ein markantes Merkmal der französischen Familienpolitik wider, die Begünstigung kinderreicher Familien. Damit ist sie sowohl durch horizontale (von Kinderlose zu Kinderreiche) als auch durch vertikale (von reich zu arm) Umverteilungseffekte charakterisiert. Das Kindergeld wird beispielsweise erst ab dem zweiten Kind bis zum 20. Lebensjahr des Kindes gezahlt und beträgt 120,32 €. Für jedes weitere Kind, erhält die Familie zusätzlich 154,15 €. Einen Zuschlag von 33,84 € (bzw. 60,16 €) gibt es für jedes Kind über 11 (bzw. 16) Jahre. Kinderreiche Familie (ab drei Kinder) erhalten zusätzlich einen Kinderzuschlag (156,60 €), sofern sie eine bestimmte Einkommensgrenze nicht überschreiten (abhängig von der Anzahl der Kinder und der Zusammenstellung der Familie). Die Zuzahlungen für Kinder unter sechs Jahren sind unter dem Begriff PAJE ('prestation d'accueil du jeune enfant') gruppiert. PAJE besteht aus einer Einmalzahlung im Zuge der Geburt des Kindes, einer monatlichen Zahlung (zusätzlich zum Kindergeld), die für Kinder unter drei Jahre bezahlt wird, und einem monatlichen Zuschuss in Form einer Subventionierung der Kinderbetreuungskosten, falls das Kind von einer staatlich anerkannten Tagesmutter betreut wird oder in Form eines Erziehungsgeldes, falls eines der Elternteile aus dem Erwerbsleben ausscheidet oder in die Teilzeitbeschäftigung übergeht (MATH UND MEILLAND 2007).

Frankreich verfügt für Kleinkinder zwischen drei Monaten und drei Jahren über ein gut ausgebautes Netz von Kinderkrippen, Kinderbetreuungsstätten und staatlich anerkannten Tagesmüttern. Dennoch werden fast 60% der Kleinkinder hauptsächlich von ihren Eltern betreut, etwa ein Drittel von Eltern, die Erziehungsurlaub in Anspruch nehmen. Für über ein Viertel der Kleinkinder übernehmen hingegen Kinderbetreuungseinrichtungen sowie staatlich anerkannte Tagesmütter die Betreuung, während informelle Betreuungsarrangements durch Verwandte bzw. Freunde eher gelegentlich in Anspruch genommen werden.

Auch wenn die Schulpflicht erst mit sechs Jahren beginnt, garantiert der Staat einen Platz für alle Kinder ab dem Alter von drei Jahren in der 'école maternelle' (etwa Kindergarten; vgl. EUROSTAT 2008). In der 'école maternelle' sowie der Grundschule wird im Allgemeinen zwischen 8:30 Uhr und 16 Uhr unterrichtet. Oft bieten die Schulen jedoch ab 7 Uhr und bis mindestens 18 Uhr, inkl. Mittagszeit, eine Betreuungsmöglichkeit an, was die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erheblich erleichtert. Dennoch empfinden französische Frauen im Vergleich zu Frauen in jenen Ländern, in denen die staatliche Kinderförderung weniger stark ausgebaut ist (z.B. Norwegen, Portugal, Vereinigtes Königreich etc.), Probleme Beruf und Familie in Einklang zu bringen (BRESSÉ *et al.* 2007). Dieses Empfinden kann darauf zurückgeführt werden, dass in 80% der Familien eines der beiden Elternteile mit atypischen Arbeitszeiten konfrontiert ist (Schicht- oder Nachtarbeit, unregelmäßige Arbeitszeiten etc.), wobei in 70% der Fälle die Großeltern in die Kinderbetreuung eingebunden werden.

Die Kinderbetreuungskosten werden auf unterschiedliche Weise durch den Staat subventioniert. Zum einem ist die Hälfte der Kosten steuerlich absetzbar. Zum anderen erhalten die Eltern einen Zuschuss, sofern sie eine Tagesmutter für die Betreuung ihre Kinder beschäftigen. Der staatliche Beitrag (maximal 784,02 € im Monat) hängt vom Einkommen der Eltern, der Form der Betreuung (je nach dem, ob die Kinder von der Tagesmutter im elterlichen Zuhause, oder im Domizil der Tagesmutter betreut werden) sowie von dem Alter des Kindes ab (der Betrag für drei- bis sechsjährige Kinder entspricht der Hälfte des Betrages für Kinder bis zu drei Jahren). Kinderkrippen werden nicht finanziell vom Staat gefördert, sondern vielmehr von den Gemeinden oder von privaten Einrichtungen (mehrheitlich: Verbände und Unternehmen).

In Analogie zu anderen Ländern ist die Beschäftigung der Männer in Frankreich kaum von der familiären Situation abhängig. Während über 90% der beschäftigten Männer Vollzeit arbeiten, zeichnen sich Frauen durch eine negative Korrelation zwischen der Beschäftigungsquote und der Anzahl der Kinder aus. Im Kontrast zu deutschen und niederländischen Müttern unterscheidet sich allerdings die Erwerbsbeteiligung der französischen in Ehe lebenden Frauen

mit einem Kind und der Alleinerziehenden kaum von kinderlosen Frauen (vgl. ALIAGA 2005). Erst ab zwei und mehr Kindern geht die Beschäftigungsquote der in einer Ehe lebenden Mütter von über 80% auf 61% zurück, sofern sie mindestens ein Kleinkind haben. Nur Mütter mit drei Kindern, unter denen ein Kleinkind ist, haben mit 39% eine deutlich niedrigere Beschäftigungsquote, die wiederum auf das Erziehungsgeld bis zum dritten Geburtstag des Kindes zurückzuführen ist, das insbesondere von Müttern ab dem dritten Kind in Anspruch genommen wird. Das Erziehungsgeld wurde im Jahr 1994 auf das zweite Kind und im Jahr 2004 auf das dritte Kind ausgeweitet. Allerdings nehmen nur 6% der Frauen nach der Geburt des ersten Kindes einen Erziehungsurlaub in Anspruch. Diese Quote erhöht sich aber im Zuge einer zweiten bzw. dritten Geburt auf 20% bzw. 35% (PAILHÉ UND SOLAZ 2007).

Der Übergang zur Teilzeitbeschäftigung ist entsprechend: 17% (bzw. 30%) der Kinderlosen (der Frauen mit drei Kindern) arbeiten in Teilzeit. Allerdings hat etwa ein Fünftel dieser Frauen die Teilzeitbeschäftigung nicht auf freiwilliger Basis gewählt, wofür nach AVENEL (2001) zwei Gründe ausschlaggebend sein könnten. Zum einen ist es möglich, dass die Frauen keine zufriedenstellende Vollzeitstelle gefunden haben. Zum anderen kann der Zwang zur Teilzeitbeschäftigung auf eine Inkompatibilität des angebotenen Kinderbetreuungsarrangements mit einer Vollzeitbeschäftigung hindeuten, was wiederum implizieren würde, dass die Kinderbetreuungsmöglichkeiten noch weiter ausgebaut werden müssten. Dennoch hat sich die weibliche Beschäftigungsquote bei relativ stabiler Fertilitätsrate seit 1970 von 46% auf 78% erheblich erhöht, was seinerseits auf eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie hindeutet.<sup>6</sup>

Seit 2004 kann vom Vater oder von der Mutter für jedes Kind (leiblich oder adoptiert) ein Erziehungsurlaub beantragt werden. Für das erste Kind ist ein Erziehungsurlaub von bis zu sechs Monaten (gültig ab Ende des Mutterschutzes) angesetzt. Für jedes weitere Kind ist die Bezugsdauer auf drei Jahre, d.h. bis zum dritten Geburtstag des Kindes begrenzt. Zudem können die Eltern ab dem dritten Kind zwischen der oben dargestellten Variante und einem auf ein Jahr verkürzten Erziehungsurlaub mit einem höheren Betrag wählen. Der Mutterschutz hat eine Dauer von 16 Wochen. Nach der Geburt des Kindes erhalten die Väter seit 2002 eine 14-tägige Vaterzeit ('congé paternité'), die ca. 70% der Väter in Anspruch nehmen.

---

<sup>6</sup> Pailhé und Solaz (2007) analysieren die Effekte der Fertilität auf den Karriereverlauf, indem die Autoren die Determinanten eines Berufslaufbahnwechsels der Frau nach der Geburt eines Kindes schätzen, wobei sie für sozio-demografische Merkmale kontrollieren. Insbesondere verbeamtete Mütter sowie Mütter mit hohem Ausbildungsstand entscheiden sich nach der Geburt des zweiten Kindes für eine Verkürzung ihrer Arbeitszeit. Im Gegensatz dazu präferieren Frauen mit geringem Ausbildungsstand bzw. prekärer Beschäftigung nach der Geburt des dritten Kindes das Ausscheiden aus dem Arbeitsmarkt.



Neben den Transferleistungen beinhaltet auch die Einkommensteuer eine Kinderkomponente. In Frankreich werden die Einkommen auf Haushaltsebene nach einem Splittingverfahren besteuert, d.h. alle Einkommen der Familie werden addiert und durch einen Splittingfaktor dividiert, der seinerseits von der Anzahl der Kinder abhängig ist. Jedes Elternteil wird mit Faktor eins gewichtet, die beiden ersten Kinder jeweils mit Faktor 0,5 und jedes weitere Kind ebenfalls mit Faktor eins. Da die Steuerfunktion stark konvex ist, entsteht für die kinderreichen Familien potenziell ein erheblicher steuerlicher Vorteil.

Über die monetären Leistungen hinaus zeichnet sich die Kinderförderung auch durch staatliche Investitionen in Bildung aus. Das Schulsystem ist in Frankreich vom Kindergarten bis zum Schulabschluss gebührenfrei, die Universitäten sowie Hochschulen hingegen sind gebührenpflichtig, jedoch fallen die Gebühren im internationalen Vergleich recht moderat aus. Auch das Gesundheitssystem ist in Frankreich weitgehend verstaatlicht und beinhaltet Familienkomponenten. Jeder Arbeitnehmer (Angestellter oder Selbständiger) ist verpflichtet, einen Beitrag an die staatliche Krankenkasse ('Sécurité Sociale') zu leisten. Das System funktioniert nach dem Umverteilungsprinzip, d.h. die Beiträge sind proportional zum Einkommen. Der Beitragzahler sowie sein Partner (Ehegatte oder eingetragener Lebenspartner) und die Kinder haben im Gegenzug das Recht auf eine gesundheitliche Versorgung.<sup>7</sup>

### 3.5.2.3 Evaluation familienpolitischer Einflussfaktoren

Wie in anderen Ländern auch, ist die Evaluation der Wirkung von einzelnen familienpolitischen Maßnahmen in Frankreich schwierig. Der Grund ist, dass diese teilweise voneinander abhängig sind und das Entscheidungsverfahren der Haushalte beeinflussen. Durch die Komplexität dieser Zusammenhänge ist es schwierig, Rückschlüsse auf einzelne Effekte zu ziehen. Gerade in Bezug auf die Determinanten und die Auswirkungen familienpolitischer Maßnahmen auf die Fertilität existieren wenige empirische Studien.

Für Frankreich wurde insbesondere die Wirkung des Erziehungsgeldes evaluiert. Die Inanspruchnahme des Erziehungsgeldes war ursprünglich lediglich ab dem dritten Kind möglich.

---

<sup>7</sup> Zur Gesundheits- und Familienpolitik gehört auch das Recht für Frauen auf Verhütung und Abtreibung. Die Verhütung wurde in Frankreich 1967 legalisiert, das Recht auf Abtreibung wurde hingegen 1975 rechtlich anerkannt. Die Anzahl von Abtreibungen wurde im Jahr 2006 auf 209.700 geschätzt (Vilain 2008). Weder die endgültige Legalisierung von Abtreibungen (1979) noch die Erstattung von Abtreibungskosten durch die Krankenkasse oder die Einführung der Abtreibungspille (2000) hatte einen signifikanten Einfluss auf die jährliche Anzahl von Abtreibungen. Daraus lässt sich schließen, dass die Legalisierung der Abtreibung keinen Effekt auf die Fertilitätsrate hatte.

1994 und 2004 wurde die Maßnahme dann auf das zweite und erste Kind ausgeweitet. Jene Frauen, die nach der in Krafttretung der Reform im Juli 1994 ein zweites Kind bekommen haben, konnten von der Reform profitieren. Für Frauen, die ein zweites Kind vor dem Juli 1994 auf die Welt gebracht haben, hat sich dagegen nichts geändert. Indem das Verhalten beider Gruppen verglichen wird, kann der Effekt der Reform auf das Arbeitsangebot und die Fertilität isoliert werden.

Auf der Basis der Beschäftigungsdaten kommt PICKETTY (2005) zu dem Ergebnis, dass sich durch die Reform die Anzahl der Frauen, die nach der Geburt des zweiten Kindes aus dem Erwerbsleben ausscheiden, mehr als verdoppelt hat. Im Gegensatz zu den Arbeitsangebotseffekten ist der Effekt der Reform auf die Fertilität quantitativ gering. Entsprechend der Schätzergebnisse sind aufgrund der Reform ca. 1,6% zusätzliche Kinder geboren worden. Zudem stellt PICKETTY fest, dass insbesondere gering qualifizierte Frauen von der Reform profitieren (EBENDA 2005). MOSCHION (2007) reproduziert die Studie von PICKETTY; allerdings kontrolliert die Autorin dafür, dass Frauen, die zwei Kinder zur Welt gebracht haben, durch besondere Charakteristika, z.B. durch eine unterdurchschnittliche Ausbildung, gekennzeichnet sein könnten. Dabei gelangt sie zu sehr ähnlichen Ergebnissen. LAROQUE UND SALANIÉ (2005) untersuchen die Wirkung der Elterngeldreform ex-ante anhand von Simulationsrechnungen und stellen eine erhöhte Wahrscheinlichkeit einer zweiten Geburt um 11% durch die Reform fest, während die Wahrscheinlichkeit einer dritten Geburt um 3% sinkt. Mit diesen Ergebnissen erklären LAROQUE UND SALANIÉ (2005) die Hälfte des Fertilitätsanstieges in Frankreich zwischen 1994 und 2003.

MOSCHION (2007) analysiert zusätzlich den Effekt der frühkindlichen Einschulung (ab zwei Jahre) auf die Fertilität. Jedes Kind hat in Frankreich ein Recht auf einen Kindergartenplatz ab dem Alter von drei Jahren, jedoch werden nach Wunsch und Möglichkeit auch Kinder, die das zweite Lebensjahr erreicht haben, angenommen. Allerdings gibt es zwischen den Departements in Bezug auf den Anteil der eingeschulter zweijährigen Kinder große Unterschiede. Besonders hohe Einschulungsquoten weist der Norden Frankreichs, die Bretagne, Zentralfrankreich sowie der Süd-Westen des Landes auf. Demgegenüber ist diese Quote in und um Paris, im Elsass, in den Alpen-Departements, auf der Côte-d'Azur und auf Korsika relativ gering. MOSCHION (2007) nutzt die regionalen Unterschiede um mögliche Zusammenhänge zwischen der frühkindlichen Einschulung, der Fertilität und dem Arbeitsangebot der Mutter zu untersuchen. Aus den Ergebnissen der Studie geht hervor, dass der Effekt der frühkindlichen Einschulung auf die Fertilität nicht signifikant ist. Jedoch haben Frauen in Gebieten mit einem hohen Anteil an eingeschulter zweijährigen Kindern ein vergleichsweise höheres Arbeitsangebot.



Weiterhin zielt die französische Familienpolitik insbesondere darauf ab, die Familien zu ermutigen, ein drittes Kind bekommen. ECKERT-JAFFÉ *et al.* (2002) zeigen dass diese Politik durchaus wirkungsvoll ist. Als weiteren positiven Aspekt der französischen Familienpolitik heben die Autoren hervor, dass Unterschiede in der Fertilität zwischen Frauen mit unterschiedlichem sozialem Hintergrund (z.B. Gering- und Hoch-Qualifizierte) vermindert werden. Im Unterschied dazu untersuchen DEL BOCA *et al.* (2005) das gesamte soziale Umfeld im Rahmen eines integrierten Arbeitsangebots- und Fertilitätsmodells.

*Zusammenfassend* zeichnet sich Frankreich durch eine im europäischen Vergleich hohe Fertilitäts- und Beschäftigungsrate der Frau aus, die nicht zuletzt auch auf die Familienpolitik zurückzuführen ist. Somit bestätigt Frankreich die Ergebnisse jüngerer Studien, die einen positiven Zusammenhang zwischen der Fertilität, der Erwerbsbeteiligung der Frau und den Merkmalen der Familienpolitik festgestellt haben (vgl. MÉDA UND PAILHÉ 2008, DEL BOCA *et al.* 2004, AHN UND MIRA 2002). Trotz seiner Erfolge weist die französische Familienpolitik jedoch mehrere Defizite auf. Zum einen liegt die Fertilitätsrate im Langzeittrend trotz ihres im internationalen Vergleich überdurchschnittlichen Werts unter dem Reproduktionsniveau. Zum anderen bleiben zum Teil große Ungleichheiten erhalten, obwohl sich das System durch einen starken Umverteilungscharakter auszeichnet. Insbesondere leben fast ein Drittel der Familien mit vier oder mehr Kindern in Armut. Zudem werden die Frauen gegenüber den Männern benachteiligt, auch wenn diese Ungleichheiten geringer als in anderen OECD-Ländern ausfallen. Bemerkenswert sind abschließend die vergleichsweise geringen fiskalischen Kosten der Familienpolitik. So liegen die Ausgaben für die familienpolitischen Leistungen im europäischen Mittelfeld, während Frankreich die höchste Geburtenrate aufweist. Die Evaluationsstudien weisen darauf hin, dass einzelne Maßnahmen nur einen sehr geringen Effekt auf die Fertilität entfalten.

### **3.5.3 Schweden**

Schweden wird im Folgenden repräsentativ für den sozialdemokratischen Wohlfahrtstyp der nordischen Länder analysiert. Dieses Wohlfahrtsmodell bietet seinen Bürgern umfangreiche Sozialleistungen, die ein Leben über dem Existenzminimum gewährleisten sollen. Im Vergleich zu Ländern wie den Vereinigten Staaten, Deutschland und Spanien existiert in Schweden somit ein deutlich stärker ausgeprägtes soziales Netz.

### 3.5.3.1 Entwicklung des Fertilitätsverhaltens

Entgegen dem rückläufigen europäischen Trend hat Schweden noch heute eine mit 1,77 Kindern pro Frau ähnlich hohe zusammengefasste Fertilitätsziffer wie im Jahr 1970. Allerdings war diese Kennziffer im Zeitverlauf größeren Schwankungen ausgesetzt als dies in den anderen hier zum Vergleich herangezogenen Ländern der Fall war (vgl. Abb. 1). Infolge des demografischen Übergangs sank die Geburtenziffer bis 1983 auf ein Niveau von etwa 1,6 Kindern pro Frau und stieg anschließend bis 1990 auf ihren Höchststand von 2,1 Kindern pro Frau. In den Jahren der wirtschaftlichen Rezession in Schweden Anfang der 1990er-Jahre war ein deutlicher Rückgang der Geburtenraten zu verzeichnen. Der Abwärtstrend endete 1999 auf einem Tiefstand von 1,5 Kindern pro Frau. Seitdem hat sich die zusammengefasste Geburtenziffer deutlich erholt und liegt derzeit auf einem Niveau von 1,77 Kindern pro Frau.

Analog zu den Beobachtungen in Frankreich (wie auch in allen anderen hier betrachteten Ländern) hat sich in Schweden ebenfalls das Alter der Erstgeburt verschoben. Gebar eine schwedische Mutter im Jahr 1975 noch mit durchschnittlich 26 Jahren ihr erstes Kind, war sie 2006 bei der Geburt des ersten Kindes bereits 30 Jahre alt. Diese Verschiebung des Geburtsalters fällt für die weiteren Geburten einer Frau allerdings geringer aus. Bei der Geburt des vierten Kindes war die Mutter im Jahr 2004 im Durchschnitt mit 36 Jahren nur ein Jahr älter als eine Mutter im Jahr 1965 bei der vierten Geburt. Parallel hat sich auch das durchschnittliche Heiratsalter im Lebensverlauf nach hinten verschoben. So wird mit durchschnittlich 31 Jahren innerhalb Europas nur noch in Island so spät geheiratet wie in Schweden. Eine Verschiebung über die Zeit ist auch in der Anzahl der Kinder im Haushalt ersichtlich. Während der Anteil der Familien mit zwei Kindern seit 1965 von 35% auf 42% gestiegen ist, hat sich der Anteil der Familien mit einem Kind von 49% auf 40% verringert. Diese Momentaufnahme lässt den Trend hin zu einer Familie mit zwei Kindern erkennen.

Wie in den meisten industrialisierten Ländern ist auch in Schweden die Fertilitätsrate negativ mit dem Bildungsniveau korreliert. Das bedeutet, dass hoch gebildete Frauen tendenziell weniger Kinder gebären als niedrig gebildete Frauen. Dieser Unterschied ist in Schweden jedoch deutlich geringer als zum Beispiel in Deutschland. So bekommen die Frauen mit niedrigem Bildungsniveau mit 1,85 Kindern durchschnittlich nur 0,1 Kinder mehr als hoch qualifizierte Frauen. Nach Berechnungen von HÜLSKAMP (2006) ist diese Differenz zudem nicht signifikant.

Ähnliche Erkenntnisse liefert der Blick auf den Zusammenhang zwischen dem Bildungsniveau und der Kinderlosigkeit. Während gerade in Deutschland der Anteil der kinderlosen Hochqualifizierten mit 24,4% doppelt so hoch ist wie der entsprechende Anteil bei den Geringquali-

fizierten, liegt in Schweden der Anteil der kinderlosen Paare mit hohem Bildungsniveau mit 13,4% nur geringfügig oberhalb des Anteils der kinderlosen Geringqualifizierten (12,4%). Der geringe Einfluss des Bildungsniveaus auf das Geburtsverhalten in Schweden geht mit einem positiven Zusammenhang zwischen der Fertilitätsrate und dem Einkommen einher. Während in Deutschland tendenziell die gering verdienenden Frauen mehr Kinder bekommen, ist dies in Schweden genau umgekehrt (HÜLSKAMP 2006). So lag die Fertilitätsrate in Schweden im Jahr 2000 im niedrigsten Einkommensdezil bei durchschnittlich 1,55 Kindern pro Frau. Für das höchste Einkommensdezil belief sich die Geburtenrate hingegen auf 1,92. Gleichzeitig waren im niedrigsten Einkommensdezil mit 19% fast doppelt so viele Frauen kinderlos wie im Durchschnitt über alle Einkommensdezile (10,6%). Dies steht im deutlichen Gegensatz zu Deutschland, wo der größte Anteil der kinderlosen Frauen im zweithöchsten Einkommensdezil beobachtet wird.

Ein Effekt des Bildungsniveaus besteht jedoch im Hinblick auf kinderreiche Familien. Wie in anderen europäischen Ländern werden kinderreiche Familien in Schweden (mit vier oder mehr Kindern) am häufigsten bei gering qualifizierten Frauen registriert. So sind in Schweden 7,5% der 30- bis 42-jährigen Frauen mit niedrigem Bildungsniveau Mütter von mindestens vier Kindern, während dies für die Hochqualifizierten nur für 4,2% der Frauen zutrifft.

### **3.5.3.2 Familienpolitische Rahmenbedingungen**

Schweden zeichnet sich durch sehr innovative familienpolitische Maßnahmen aus. Die schwedische Gesellschaft und Politik legt außerdem viel Wert auf die Gleichheit zwischen den Geschlechtern. Diese fortschrittliche Haltung spiegelt sich nicht nur in der Familienpolitik wider, sondern macht sich auch auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar. Ausgehend von einer Partizipationsrate von 59,3% in 1970 ist der Anteil der erwerbstätigen Frauen über die vergangenen Jahrzehnte auf 78,2% im Jahr 2007 stark angestiegen (ANDERSSON 2001). Damit liegt die Partizipationsrate der schwedischen Frauen zwar unter der Partizipationsrate der Männer, aber im internationalen Vergleich weist kaum ein anderes Land eine so hohe Partizipation der Frauen auf.

Diese Tatsache könnte eine Erklärung für die niedrigen Heiratsquoten sein. Schweden weist mit weniger als 30% den im OECD20-Vergleich niedrigsten Anteil der verheirateten 20- bis 40-Jährigen auf (OECD 2006). Gleichzeitig übersteigt der Anteil der Lebenspartnerschaften in diesem Altersabschnitt mit über 35% den Anteil der Verheirateten und liegt über 20 Prozent-

punkte höher als der Durchschnitt der EU-20. Damit einhergehend werden immer mehr Kinder unehelich geboren, mittlerweile überwiegen sogar die außerehelichen Geburten. In keinem anderen EU-Land ist dieser Trend so stark ausgeprägt (BREWSTER UND RINDFUSS 2000).

Damit die erwerbstätigen Frauen trotz der hohen Erwerbsquote die Rolle als Mutter wahrnehmen können, wendet der schwedische Staat für die Familienförderung mit einem Anteil von 3,2% am BIP erhebliche Mittel auf. Mit durchschnittlich zwei Prozent geben die OECD-20-Länder deutlich weniger Geld für Familien aus als Schweden. Im Jahre 1990 lag der Anteil der Familienausgaben in Schweden mit 4,4% des BIP sogar noch höher (OECD 2005). Trotz dieser finanziellen Anstrengungen erreichen schwedische Mütter ihre gewünschte Kinderanzahl von 2,4 Kindern laut TESTA (2006) nicht. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern fällt die Diskrepanz zwischen der tatsächlichen und der gewünschten Fertilitätsrate jedoch geringer aus (D'ADDIO UND D'ERCOLE 2005). Dennoch wird das Zusammenspiel zwischen Beruf und Familie in Schweden wie in kaum einem anderen Land durch familienpolitische Maßnahmen des Staates unterstützt. Schwedische Familien profitieren sowohl von umfangreichen monetären Leistungen, wie Eltern- und Kindergeld, als auch von den nicht-monetären Leistungen, wie kostenfreie Schulbildung und Kinderbetreuung. Außerdem ermöglichen die schwedischen Arbeitgeber eine flexible Arbeitszeiteinteilung (HECKMAN UND WALKER 1990).

Eine Leistung des Staates, die die umfangreiche Fürsorge des Staates gut darstellt, ist das bereits 1955 eingeführte Elterngeld. Es wird einkommensabhängig ausgezahlt, wobei die Höhe der Leistung seit 1974 stark erhöht wurde. Seitdem erhielt das Elternteil, welches die Kinderbetreuung für die ersten sechs Monate nach der Geburt übernahm, 90% des bis zur Geburt des Kindes verdienten Nettoeinkommens. Erwerbslose erhielten einen Mindestsatz, Hocheinkommensbezieher einen festgesetzten Höchstsatz. Mit dieser Regelung schloss Schweden als erstes Land überhaupt auch den Vater in den Erziehungsurlaub mit ein (GAUTHIER 2007).

In weiteren Reformen wurde der Erziehungsurlaub verlängert. Derzeit haben Eltern Anspruch auf 480 Tage Erziehungsurlaub. Der Anspruch verfällt, wenn das Kind das achte Lebensjahr vollendet hat. Der Erziehungsurlaub kann aber innerhalb dieser Zeit sowohl zeitlich als auch personenbezogen flexibel zwischen beiden Elternteilen aufgeteilt werden. Aktuell beträgt das Elterngeld in den ersten 13 Monaten 80% des vor Antritt des Erziehungsurlaubes verdienten Nettoeinkommens. Die restlichen drei Monate Erziehungsurlaub werden mit einem relativ niedrigen einkommensunabhängigen Pauschalbetrag bezuschusst. Sofern vorhanden sind heute außerdem beide Elternteile zur Betreuung des Kindes für jeweils mindestens zwei Monate verpflichtet (ANDERSSON 2008).

Zusätzlich zum Elterngeld wurde 1980 ein Anreiz zur zügigen Erweiterung der Familie geschaffen. Gebärt eine Mutter innerhalb von 24 Monaten<sup>8</sup> ein weiteres Kind, so setzt die sogenannte „speed premium“ ein. Diese fördert das betreuende Elternteil mit erneut 80% des Einkommens, welches vor Geburt des ersten Kindes erzielt wurde. Damit soll nicht nur eine mögliche Einkommensverschlechterung durch die Geburt eines weiteren Kindes verhindert, sondern auch der Abstand zwischen zwei Geburten verkürzt werden.

Als weitere finanzielle staatliche Leistung dient Eltern seit 1948 das einkommensunabhängige Kindergeld. Dieses wurde 1982 in ein progressives System umgewandelt, so dass jedes zusätzliche Kind (bis zum vierten Kind) mit höheren Zuschüssen gefördert wird. Derzeit erhält eine Familie mit einem Kind 105 Euro Kindergeld. Eine Familie mit zwei Kindern erhält für jedes Kind 110 Euro und eine Familie mit drei (vier) Kindern für jedes Kind 120 (138) Euro. Das Kindergeld wird bis zu einem Alter von 16 Jahren gezahlt und danach im Falle einer weiterführenden Schulausbildung bis zu dessen Ende verlängert (ANDERSSON 2008). Die Familie und in spezieller Weise die Gleichberechtigung zwischen den Ehepartnern wird auch mit nicht-monetären Mitteln unterstützt. So ist vor allem die öffentliche Kinderbetreuung in Schweden stark ausgeprägt. Während in den 1960er-Jahren nur wenige Betreuungsplätze für Kinder im Vorschulalter existierten, ist das Angebot an staatlichen Krippenplätzen in den letzten Jahrzehnten stark ausgeweitet worden. Heute bietet der Staat allen Kindern ab dem zweiten Lebensjahr eine Ganztagsbetreuung an, die im Schulalter in eine Ganztagschulausbildung übergeht. Dabei wird nur ein geringer Anteil der Betreuungskosten von den Eltern getragen (ANDERSSON 2008).

Jedes zusätzliche Kind senkt außerdem den Kostenbeitrag, der pro Kind zu entrichten ist. Diese staatlich bereitgestellte Betreuungsinfrastruktur ermöglicht auch der Mutter eine Vollzeiterwerbstätigkeit. Zudem profitieren schwedische Mütter von der 1979 eingeführten Regelung, dass sie nach der Geburt ihres Kindes Anrecht auf ihre vor der Schwangerschaft ausgeübte Stelle haben und diese auch in Teilzeit ausüben können. Dieser Rechtsanspruch gilt, bis das Kind das Alter von acht Jahren erreicht hat und ermöglicht somit einen leichten Wiedereinstieg in den Beruf. Dass auch die gesellschaftliche Akzeptanz für eine Erwerbstätigkeit einer Mutter mit einem Kleinkind vorhanden ist, wird aus einer Studie von DIPRETE *et al.* (2003) ersichtlich. Während in Deutschland über 60% der befragten Frauen im Alter von 18 bis 35 Jahren angaben, dass ein Kind im Vorschulalter durch eine Erwerbstätigkeit der Mutter leidet, so sind in Schweden nur 18% der befragten Frauen dieser Ansicht. Als weiterer Beitrag zur Gleichstellung von Frau und Mann wurden im Jahr 1980 außerdem die so genannten „daddy

---

<sup>8</sup> Seit 1986 sind es 30 Monate.

days“ eingeführt. So stehen dem Vater zehn Urlaubstage für jede Geburt zur Verfügung und fördern somit das aktive Einbinden des Vaters in das Familienleben.

Nicht nur die Familienpolitik kann die Fertilitätsrate in positiver Weise beeinflussen. Auch das Renten- und Steuersystem bietet in Schweden pro-natalistische Anreize. So wurde beispielsweise durch die in Schweden 1971 eingeführte Individualbesteuerung von Ehepartnern die Aufnahme einer Teilzeitbeschäftigung attraktiver. Die hohen marginalen Steuersätze für Zweitverdiener im Rahmen einer gemeinsamen Steuerveranlagung und die damit verbundenen negativen Effekte auf die Frauenerwerbstätigkeit können dadurch vermieden werden. Das schwedische System belastet Familien, bei denen sich das Haushaltseinkommen aus zwei gleichen Teilen zusammensetzt, deutlich weniger als Familien, bei denen ein Alleinverdiener dasselbe Einkommen erzielt (ANDREß *et al.* 2006).

Das schwedische Rentensystem wurde im Zuge der volkswirtschaftlichen und demografischen Entwicklung 1999 grundlegend reformiert. Zuvor setzte sich die Rente aus einer Grundrente und einer allgemeinen Zusatzrente zusammen. Die Grundrente war grundsätzlich allen Bürgern zugänglich, während die allgemeine Zusatzrente einkommensabhängig war und die eigene Grundrente im Höchstfall um weitere 55% anheben konnte. Im Zuge der Reform ersetzte die Einkommensrente die allgemeine Zusatzrente, während die Grundrente ganz abgeschafft wurde. Diese Reform verstärkte die Anreize für Mütter über ein eigenes Erwerbseinkommen Rentenansprüche zu erwerben und förderte somit ebenfalls die Erwerbstätigkeit von Frauen (SETTERGREN 2003).

### **3.5.3.3 Evaluation familienpolitischer Einflussfaktoren**

Einen Überblick über die familienpolitischen Maßnahmen Schwedens in den letzten Jahren mit einer Gegenüberstellung der deutschen Situation bietet HOEM (2005). Er begründet die höhere Fertilitätsrate in Schweden mit den familienpolitischen Investitionen, die zumindest bis 2005 beim Elterngeld und im Bereich der Kinderbetreuung deutlich höher ausfallen als in Deutschland. Der Fokus auf flexiblere Elternzeiten und geteilte Verantwortlichkeiten bei der Betreuung des Kindes in Schweden trägt dazu bei, dass die familienpolitischen Maßnahmen dort einen größeren Einfluss haben.

Vor allem die Wirkungen der so genannten „speed premium“, die für Frauen den Anreiz setzen soll, zwischen zwei Geburten nicht viel Zeit verstreichen zu lassen, wird in zahlreichen



empirischen Studien evaluiert. HOEM (1993) bescheinigt ihr, dass mit dieser Leistung „eine seltene Demonstration eines direkten kausalen Effektes einer Politikreform auf demografisches Verhalten“ besteht. Denn, wie auch ANDERSSON (2004), führt er die auffällig erhöhte Rate an Zweitgeburten in Schweden Mitte der 1980er-Jahre darauf zurück. Auch BJÖRKLUND (2006) bestätigt, dass die „speed premium“ mitverantwortlich für die Verringerung der Geburtenabstände seit Mitte der 1980er-Jahre ist. Die beobachtete Zunahme an Dritt- und Viertgeburten in den 1980er-Jahren könnte nach SUNDSTRÖM UND STAFFORD (1992) hingegen mit dem 1982 eingeführten progressiven Kindergeldsystem zusammenhängen.

ANDERSSON (2001) untersucht die Schwankung in der Fertilitätsrate im Zeitraum von 1985 bis 1995 und verbindet dazu schwedische Registerdaten von Frauen mit Informationen über deren Einkommen. Es zeigt sich, dass zumindest ein Teil des Fertilitätsrückgangs mit der Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation der Frauen einhergeht. Diese drückt sich unter anderem in der Arbeitslosenquote aus, die in Schweden Anfang der 1990er-Jahre in nur drei Jahren von weniger als zwei Prozent auf mehr als acht Prozent anstieg. Durch die arbeitsmarktsituationsbedingte Zunahme an Geringverdienenden und Studentinnen, deren Wahrscheinlichkeit, ein Kind zu bekommen, ohnehin geringer ist, sank die Fertilitätsrate in den 1990er-Jahren. Dabei wirkte sich dieser Effekt am stärksten auf die Erstgeburten aus. ANDERSSON (2001) schließt daraus, dass Schweden einem prozyklischen Fertilitätsmuster folgt.

HOEM UND HOEM (1997) fügen der Analyse der von ihnen so betitelten 'Achterbahnfertilität' den Faktor Unsicherheit hinzu. Sowohl die schlechte Aussicht auf dem Arbeitsmarkt als auch die einkommensabhängigen Familienbezüge in Form des Elterngeldes könnten Frauen dazu verleiten, die Geburt eines Kindes auf einen späteren Zeitpunkt zu verlegen. Die pro-zyklischen Ergebnisse werden mit Hilfe von schwedischen Verwaltungsdaten von ANDERSSON *et al.* (2004) bestätigt: Erwerbstätigkeit und Mutterschaft in Schweden sind nicht nur miteinander vereinbar, sondern sogar positiv miteinander korreliert, was HOEM *et al.* (2000) ebenfalls bestätigen können. Des Weiteren wirken Einkommen und Erwerbstätigkeit beider Partner weitgehend unabhängig voneinander auf die Wahrscheinlichkeit, ein weiteres Kind zu bekommen. HECKMAN UND WALKER (1990) ermitteln jedoch anhand von schwedischen Längsschnittdaten unter der Betrachtung der Löhne der Männer einen negativen Zusammenhang zwischen der Geburtenwahrscheinlichkeit und den Löhnen der Frauen.

HOEM UND HOEM (1989) berechnen anhand des Swedish Fertility Survey von 1981, dass Hausfrauen eher ein zweites und ein drittes Kind bekommen als aktuell erwerbstätige Frauen. Zwischen Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten besteht hingegen kein signifikanter Unterschied.

Die niedrige Übergangsrate zur dritten Geburt von Frauen, die seit der ersten Geburt überwiegend Hausfrau waren, aber aktuell erwerbstätig sind, lässt sich damit begründen, dass der Eintritt in den Arbeitsmarkt ein Signal dafür ist, dass derzeit kein weiteres Kind geplant ist. Insofern beeinflusst die geplante Fertilität die Erwerbstätigkeit und nicht die Erwerbstätigkeit die Fertilität. Auch BERINDE (1999) untersucht den Übergang zum dritten Kind in Schweden. Mit Hilfe des Swedish Family and Working Life Survey von 1992 kommt sie zu dem Ergebnis, dass der Beschäftigungsstatus zwar einen signifikanten Einfluss auf die Übergangsrate zum dritten Kind haben kann, der Unterschied zwischen berufstätigen Frauen und Hausfrauen aber nicht signifikant ist. Mit dem gleichen Datensatz wie BERINDE (1999) zeigt OLAH (2003), dass die Geburtswahrscheinlichkeit eines zweiten Kindes für Hausfrauen signifikant höher ist als für aktuell Vollzeit erwerbstätige Frauen.

Um die Frauenerwerbstätigkeit nach Geburt des ersten Kindes zu steigern, weist KENJOH (2005) darauf hin, nicht nur auf eine ausgewogene Kombination zwischen Elternzeit und bezahlter Arbeit abzielen, sondern auch die Verfügbarkeit qualitätsreicher Teilzeitarbeit zu ermöglichen. Dass dies in Schweden bereits der Realität entspricht, zeigen beginnend mit SUNDSTRÖM UND STAFFORD (1992) mehrere Studien. SUNDSTRÖM UND STAFFORD (1992) belegen, dass die Einführung der Individualbesteuerung die Teilzeitarbeit für Frauen attraktiv gemacht hat. Dies erklärt die hohen Partizipationsraten bei gleichzeitig hoher Gesamtfertilität. Mit Hilfe der schwedischen Household Survey von 1984 gelangen GUSTAFSSON UND STAFFORD (1992) darüber hinaus zu dem Schluss, dass Frauen mit Kindern im Vorschulalter durch die qualitativ hohe öffentliche Kinderversorgung dazu ermutigt werden, am Arbeitsleben teilzunehmen. Dies gilt sogar dann, wenn das Einkommen des Ehepartners hoch ist.

Auch ANDERSSON *et al.* (2004) bescheinigen Schweden ein relativ hohes Level an Kinderversorgung. Ihre wenig aussagekräftigen Ergebnisse bezüglich der Auswirkungen von regionalen Merkmalen der Kinderversorgung (zum Beispiel Anzahl Kinder pro Betreuer, Versorgungskosten für Eltern) auf das Ausmaß an Zweit- und Drittgeburten führen sie auf den hohen Grad an Kinderversorgung zurück. DUVANDER UND ANDERSSON (2006) weisen zudem nach, dass sich eine moderate Beteiligung des Vaters an der Elternzeit positiv auf weitere Geburten auswirkt. Die Autoren begründen dies einerseits mit der Möglichkeit der Mutter, Beruf und Familie mit einer höheren Betreuungsbereitschaft des Vaters besser vereinbaren zu können. Andererseits zeigten die Väter mit ihrem familienfreundlichen Verhalten Interesse an einer Ausweitung der eigenen Familie. Die Beteiligung des Vaters an der Elternzeit korreliert laut einer Studie von SUNDSTRÖM UND DUVANDER (2002) dabei positiv mit dem Einkommen der Eltern.



*Zusammenfassend* lässt sich feststellen, dass Schweden im europäischen Vergleich eine sehr umfassende und erfolgreiche Familienpolitik durchführt. Einerseits werden Familien mit Eltern- und Kindergeld staatlich unterstützt, andererseits wird Wert auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Gleichberechtigung der Geschlechter gelegt. Betreuungsangebote ab dem zweiten Lebensjahr für jedes Kind und flexible Arbeitszeiten der Mütter während der Elternzeit ermöglichen nach der Geburt einen schnellen und häufig genutzten Eintritt zurück ins Arbeitsleben. Allerdings war das Geburtenverhalten trotz der familienfreundlichen institutionellen Rahmenbedingungen in den letzten Jahrzehnten stark volatil. Eine Ursache dafür ist, wie die Literatur zeigt, das pro-zyklische Fertilitätsverhalten, das heißt eine spürbare Abhängigkeit der Fertilitätsraten von konjunkturellen Schwankungen der Wirtschaft.

### **3.5.4 USA**

Die demografische Entwicklung in den Vereinigten Staaten zeichnet sich in den letzten Jahren insbesondere durch ein Bevölkerungswachstum aus, so dass das Land eines der am schnellsten wachsenden Industrieländer ist. Ausschlaggebend dafür ist zunächst eine vergleichsweise hohe Fertilitätsrate. Die Vereinigten Staaten bilden im Hinblick auf den institutionellen Rahmen ein besonders liberales System. Die Sicherung des Lebensstandards und die Versorgung der Familie obliegen in den Vereinigten Staaten überwiegend dem einzelnen Bürger. Mit Familienausgaben, die sich auf einen Anteil von 0,6% des BIP belaufen, liegen die USA in etwa gleich auf mit Spanien, dem europäischen Schlusslicht in dieser Hinsicht (OECD 2005). Leistungen zur Unterstützung von Familien sieht das Transfersystem der Vereinigten Staaten nur in sehr begrenztem Umfang vor. Eine Familienpolitik im engeren Sinne mit zentraler Planung und Verwaltung existiert hier nicht. Die bestehenden Maßnahmen entsprechen vielmehr separaten Einzelleistungen, die nur bei Bedürftigkeit gezahlt werden. Ein generelles Kindergeld, das in fast allen europäischen Ländern gezahlt wird, ist in den Vereinigten Staaten beispielsweise nicht vorgesehen.

#### **3.5.4.1 Entwicklung des Fertilitätsverhaltens**

Ähnlich zur Entwicklung in Europa hat auch in den Vereinigten Staaten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine Bildungsexpansion stattgefunden. Im Jahr 1970 hatten nur 8,2% der Frauen ein College für mindestens vier Jahre besucht. Der Anteil der hoch gebildeten Frauen

stieg seither kontinuierlich an, so dass in 2007 bereits 28,2% der Frauen für mindestens vier Jahre auf einem College waren. Als Folge der besseren Ausbildung der Frauen stieg die Partizipationsrate der Frauen auf dem Arbeitsmarkt von 43% in 1970 auf 52% in 1980 und lag zuletzt (2007) bei 59% (OECD 2008). Die Bildungsexpansion zog außerdem einen Bedeutungsverlust der Ehe nach sich, da immer mehr Männer und Frauen außerhalb der Ehe leben. So waren 1970 noch 67% der Männer und 62% der Frauen verheiratet, während dies in 2007 nur auf 56% der Männer und auf 54% der Frauen zutrifft. Damit einhergehend ist auch der Anteil der unehelich geborenen Kinder von weniger als 10% im Jahr 1970 auf 33% in 2007 angestiegen (CDC 2008).

Dennoch herrscht in den Vereinigten Staaten ein nach wie vor besonders ausgeprägtes Bewusstsein für Familienwerte. Der Kinderwunsch ist zwar auch in den Vereinigten Staaten höher als die tatsächliche Kinderzahl, liegt aber mit 2,7 Kindern pro Frau deutlich über dem europäischen Durchschnitt (D'ADDIO UND D'ERCOLE 2005). Zusätzlich spiegelt sich das ausgeprägte Familienbewusstsein auch in Heiraten und Erstgeburten zu einem frühen Zeitpunkt im Lebensverlauf wider. Diese frühe Familiengründung wiederum begünstigt die Realisierung weiterer Geburten. Im internationalen Vergleich ist besonders auffällig, dass die Vereinigten Staaten eine sehr hohe Gesamtfertilitätsrate erreichen, obwohl sie im Unterschied zu den europäischen Ländern keine besonderen staatlichen Maßnahmen zur Steigerung der Geburtenrate – wie finanzielle Leistungen für Familien und Ausweitung des Erziehungsurlaubs sowie der öffentlichen Kinderbetreuung – verfolgt haben.

Seit 1970 blieb die Fertilitätsrate in den Vereinigten Staaten im Gegensatz zu vielen europäischen Ländern relativ stabil. Die zusammengefasste Geburtenziffer fiel ab 1970 ausgehend von durchschnittlich 2,48 Geburten pro Frau bis 1975 auf ein Niveau von 1,77 Geburten pro Frau. Im Gegensatz anderen europäischen Ländern stabilisierte sich die Fertilitätsrate der Vereinigten Staaten jedoch zwischen 1975 und 1988 bei 1,8 Geburten pro Frau, um anschließend wieder auf etwa Bestandserhaltungsniveau anzusteigen.

Dass sich in den letzten Jahrzehnten die Familienstruktur verändert hat, wird anhand eines zeitlichen Vergleichs der Verteilung der Kinderanzahl pro Familie deutlich. Noch im Jahr 1976 hatten laut DOWNS (2003) 35% der 40- bis 44-jährigen Mütter in den USA vier oder mehr Kinder. Dieser Anteil ist bis 2002 auf 11% geschrumpft, was im internationalen Vergleich mit industrialisierten Ländern noch immer ein hoher Wert ist. Zeitgleich mit den meisten europäischen Ländern ist auch in den Vereinigten Staaten eine Entwicklung hin zu einer Zwei-Kind-Familie

zu beobachten. So stieg der Anteil der Mütter mit zwei Kindern seit 1976 von 22% auf 35%. Beachtlich ist zudem, dass sich die Anteile der Paare ohne Kinder und der Paare mit einem Kind innerhalb von 25 Jahre in etwa verdoppelt haben. Ein Grund für den Rückgang der Kinderzahl pro Familie könnte in der Verschiebung des Geburtenalters liegen. Noch 1970 gebar eine Mutter ihr erstes Kind mit durchschnittlich 22,7 Jahren. 2005 lag das Durchschnittsalter bereits um 2,5 Jahre höher. Aus internationaler Sicht ist dies jedoch ein unterdurchschnittlicher Anstieg des Geburtenalters. Frauen in den Vereinigten Staaten bekommen somit immer noch vergleichsweise früh Kinder. Dies zeigt insbesondere die hohe Geburtenrate der unter 20-Jährigen mit über 40 Geburten pro 1000 Personen.<sup>9</sup>

Auch das Heiratsalter ist in den letzten Jahrzehnten stetig angestiegen. Für Männer lag es in 2007 mit 27,6 Jahren 4,3 Jahre über dem Durchschnitt von 1970. Frauen heirateten mit durchschnittlich 25,6 Jahren im Jahr 2007 knapp fünf Jahre später als noch 1970.<sup>10</sup> Allerdings verzeichnet die USA schon seit Langem besonders hohe Scheidungsquoten. Scheidungen sind vor allem bis in die 1970er-Jahre angestiegen, so dass die Vereinigten Staaten mit mehr als 3,5 Scheidungen pro 1000 Personen auch heute noch die höchste Scheidungsquote aller OECD-Länder aufweisen (OECD 2008).

Ähnlich wie in Deutschland bekommen in den Vereinigten Staaten schlechter verdienende Paare im Durchschnitt mehr Kinder als besser verdienende Paare. Laut HÜLSKAMP (2006) lag die Fertilitätsrate bei Paaren in den untersten vier Einkommensdezilen im Jahr 2000 zwischen 1,76 und 1,90 Kindern pro Frau. Die Werte in den oberen Einkommensdezilen liegen hingegen zwischen 1,62 und 1,73 Kindern pro Frau. Dieser negative Zusammenhang zwischen dem Einkommen und der Fertilität bestand in den Vereinigten Staaten auch schon im Jahr 1980. Ausschlaggebend für diese Beobachtung dürfte der hohe Anteil an Familien mit vier oder mehr Kindern bei gering verdienenden Paaren sein. So weist das niedrigste Einkommensdezil den höchsten Anteil an kinderreichen Familien (11,3%) auf. Insgesamt sind die Anteile an kinderreichen Familien in den vier untersten Einkommensdezilen deutlich höher als in den oberen Dezilen (vgl. HÜLSKAMP 2006). Neben dem Einkommen ist die Kinderzahl auch vom Bildungsniveau der Frauen abhängig. Der bestehende negative Zusammenhang ist in den USA besonders stark ausgeprägt. Während Frauen mit niedrigem Bildungsstand im Jahr 2000 laut HÜLSKAMP (2006) 2,28 Kinder bekamen, betrug die Geburtenrate für hoch qualifizierte Frauen lediglich 1,61 Kinder pro Frau. Einen großen Anteil machen dabei auch hier die kinderreichen Familien aus. Mit 18% liegt der Anteil der kinderreichen Frauen innerhalb der Geringqualifizierten fast viermal so hoch wie der entsprechende Anteil innerhalb der Hochqualifizierten (4,8%).

---

<sup>9</sup> Nur Mexiko und die Türkei weisen in den OECD-Ländern eine höhere Quote auf.

<sup>10</sup> Trotz dieses Anstiegs heirateten im OECD-Vergleich lediglich Paare aus ost-europäischen Ländern früher.

Einhergehend mit dem negativen Zusammenhang zwischen Bildungsniveau und Kinderzahl ist ein positiver Zusammenhang zwischen Bildungsniveau und Kinderlosigkeit zu beobachten. So blieben im Jahr 2000 mit 21% weit mehr Frauen mit hohem Bildungsniveau kinderlos als dies für die niedrig gebildeten Frauen (12,5%) der Fall ist (vgl. EBENDA 2006).

#### **3.5.4.2 Familienpolitische Rahmenbedingungen**

Familienpolitik wird in den USA in einem besonderen Maße durch die einzelnen Bundesstaaten bestimmt. So bestehen die familienpolitischen Maßnahmen in den Vereinigten Staaten einerseits aus Leistungen auf Ebene des Föderalstaates, die für jeden Bundesstaat gleichermaßen gelten, und andererseits zu einem großen Teil aus verschiedenen Leistungen der einzelnen Bundesstaaten. Häufig werden auch föderale Mittel zweckgebunden an die Bundesstaaten transferiert, denen dann die genauere Ausgestaltung der Leistungen, wie zum Beispiel die Festlegung der Transferhöhe und der Anspruchsberechtigten, obliegt. Die Politik zur Förderung von Kindern in den Vereinigten Staaten besteht somit größtenteils aus Einzelleistungen, auf die der Bürger erst nach Nachweis der Bedürftigkeit Anspruch hat (DIAMOND 2004). Zudem unterscheiden sich die familienpolitischen Leistungen sehr stark in den verschiedenen Bundesstaaten.

Auf Ebene des Föderalstaats nehmen einige Leistungen jedoch eine besonders wichtige Stellung ein und werden daher im Folgenden näher vorgestellt. Die finanzielle Unterstützung für Familien mit niedrigem oder keinem Einkommen umfasste lange Zeit das Programm 'Aid to Families with Dependent Children' (Abk.: AFDC). Dieser Transfer geht zurück bis zum 'Social Security Act' von 1935 und wurde auf föderaler Ebene vom 'Department of Health and Human Services' zentral verwaltet. In den 1990er-Jahren wurde das Programm einer ausführlichen Evaluation unterzogen und in Folge dessen neu gestaltet. Von 1997 an wurde der AFDC daraufhin durch das Programm 'Temporary Assistance for Needy Families' (Abk.: TANF) ersetzt. Im Rahmen dieses Transferprogramms stellt der Föderalstaat den einzelnen Bundesstaaten Mittel zur Absicherung der Familien zur Verfügung. Die explizite Ausgestaltung der Transferzahlungen bezüglich Höhe und Anspruch auf Leistungen des TANF Programms obliegt aber den Bundesstaaten (PETER 1997). Somit ist TANF zwar ein föderales Instrument, gleichzeitig zeigt sich aber die große Bedeutung der einzelnen Staaten bei der Ausgestaltung des Programms. Vorgegeben wird den Bundesstaaten lediglich ein Höchstbetrag, der die Leistung nicht überschreiten darf. Außerdem wird der Transferbezug auf maximal fünf Jahre der Lebenszeit begrenzt. Gleichzeitig werden die Transferzahlungen des TANF-Programms an strengere Arbeits-

verpflichtungen geknüpft. So müssen Alleinerziehende beispielsweise mindestens 30 Stunden pro Woche und Familien mit zwei Elternteilen zwischen 35 und 55 Stunden pro Woche arbeiten. Sollten diese Verpflichtungen nicht eingehalten werden, so kann dies eine Leistungskürzung zur Folge haben.

Eine Maßnahme, die gezielt zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf beiträgt, ist der 'Family and Medical Leave Act' (Abk.: FMLA) von 1993, der die Einführung des Erziehungsurlaubs vorsieht. Das Gesetz ermöglicht es, zwölf Wochen unbezahlten Urlaub pro Jahr für die Betreuung von neugeborenen oder adoptierten Kindern, für die Pflege von erkrankten Verwandten oder für die eigene Genesung zu nehmen. Dieser im internationalen Vergleich kurze Erziehungsurlaub spiegelt die Eigenschaften des liberalen Staates wider. Längere Phasen der Nichterwerbstätigkeit sind für junge Mütter nicht vorgesehen. Stattdessen wird von diesen eine schnelle Rückkehr in den Beruf erwartet. Im Gegensatz zu den Erziehungszeiten in den meisten europäischen Ländern umfasst der FMLA nur eine Arbeitsplatzgarantie und keine Lohnfortzahlung. Lediglich die Krankenkassenbeiträge werden vom Arbeitgeber weiter gezahlt. Die Arbeitsplatzgarantie ist zudem nur in sehr begrenztem Umfang gültig. Zum einen sind zum Teil die Schlüsselarbeitnehmer – die zehn Prozent der Arbeitnehmer mit den höchsten Löhnen – von der Garantie ausgeschlossen und zum anderen fällt nur ein Teil der Arbeitnehmer überhaupt unter dieses Gesetz. Anspruchsberechtigt ist nur, wer bei einem privaten Arbeitgeber mit mindestens 50 Angestellten innerhalb eines 75 Meilen-Radius der Betriebsstätte beschäftigt ist. Zusätzlich muss der Arbeitnehmer mindestens zwölf Monate bei einem solchen Arbeitgeber angestellt gewesen sein und mindestens 1.250 Stunden im Jahr für diesen gearbeitet haben. Aufgrund dieser Einschränkungen fallen gerade viele Mütter in Teilzeit aus dieser Regelung heraus. Bei einem entsprechenden Arbeitgeber arbeiten ca. 60% – 66% der Arbeitnehmer, 83% davon wiederum erfüllen die Betriebszugehörigkeits- und Arbeitszeitbedingung, so dass maximal 55% der arbeitenden Individuen anspruchsberechtigt sind. Frauen stellen zwar nur 46% der Beschäftigten, machen aber 58% der gesamten Erziehungszeitnutzer aus (RUHM 1997, KLERMAN UND LEIBOWITZ 1998).

Eine weitere für die Familienfreundlichkeit der Vereinigten Staaten und damit für die Fertilität relevante Komponente ist das Schulsystem. Das flächendeckende Ganztageschulsystem ermöglicht prinzipiell die Erwerbstätigkeit der Mütter. Aufgrund der vergleichsweise geringen Qualität des öffentlichen Schulsystems nehmen jedoch Privatschulen mit teilweise hohen Schulgebühren eine wichtige Stellung in den Vereinigten Staaten ein. Familien müssen daher zwischen den zusätzlichen Kosten und der angestrebten Qualität der Bildung abwägen. Das

mangelhafte öffentliche Schulsystem erhöht somit die potenziellen Opportunitätskosten der Kinder und beeinflusst somit auch die Fertilitätsentscheidung (KLEIN UND ECKHARD 2007, MINCER 1963).

Leistungen zu Gunsten von Familien erfolgen in den Vereinigten Staaten auch auf steuerlicher Basis. So ist der 'Earned Income Tax Credit' (Abk.: EITC) – eine erstattungsfähige Steuergutschrift – heute neben dem TANF das bedeutendste Instrument zum Einkommenstransfer an bedürftige Familien mit Kindern. Die anfänglichen Bestrebungen des EITC lagen 1975 darin, die Lohnsummensteuer zur Finanzierung der Sozialversicherung für Geringverdiener mit Kindern zu senken. Daher wurden niedrige Erwerbseinkommen um zehn Prozent bis zu einem Höchstbetrag aufgestockt. Die Abgabentlastung war zunächst auf ein Jahr begrenzt, wurde aber im Jahr 1978 im Einkommensteuerrecht festgeschrieben. Gleichzeitig wurde der untere Einkommensbereich erweitert und ein mittlerer Bereich eingeführt, in dem der Höchstbetrag ohne Kürzungen fortgezahlt wird, bevor er letztendlich vermindert wird. Anspruchsberechtigt für den EITC waren zunächst nur Erwerbstätige mit Kindern. Im Jahr 1991 wurden schließlich unterschiedliche Sätze und Beträge für Familien mit einem, zwei und mehr Kindern eingeführt. Zudem wurde auch eine geringe Gutschrift für Kinderlose eingeführt. Durch die Ausweitung des EITC im Jahr 1994 wurden der Höchstbetrag und der Aufstockungssatz für Niedrigverdiener mit zwei und mehr Kindern überproportional angehoben (BROWNING 1995). Im Jahr 1997 wurde zusätzlich der Child Tax Credit (Abk.: CTC) eingeführt, mit dem jährlich bis zu 1.000 US-Dollar tatsächlich anfallender Kinderbetreuungskosten abgesetzt werden können. Empfänger des EITC profitieren davon indirekt, weil der Anspruch auf den CTC ab dem Einkommen einsetzt, bei dem der Höchstbetrag des EITC erreicht ist (10.500 US-Dollar). Im Jahr 2002 wurden außerdem Beginn und Ende der Auslaufphase des EITC für verheiratete Steuerzahler um 1.000 US-Dollar erhöht, um die negativen Arbeitsanreize für zweifach verdienende Ehepaare zu vermindern.

Die steuerlichen Leistungen zur Förderung von Familien umfassen in den Vereinigten Staaten auch einen Kinderfreibetrag. Während in Deutschland eine Günstigerprüfung zwischen dem Kindergeld und dem Kinderfreibetrag durchgeführt wird, erhalten Familien in den Vereinigten Staaten immer den Kinderfreibetrag, sofern sie darauf Anspruch haben, da das amerikanische System kein Kindergeld vorsieht. Der Kinderfreibetrag entspricht in etwa dem Existenzminimum und wird für jedes Kind gewährt (CHZHEN UND MIDDLETON 2003). Der Betrag, um den sich das verfügbare Einkommen durch Abzug des Kinderfreibetrages erhöht, steigt demnach mit der Anzahl der Kinder, aber auch mit dem Einkommen, da der Vorteil aus dem Kinderfreibetrag vom Steuersatz abhängt. Familien mit hohem Einkommen profitieren daher stärker von



dieser Leistung als einkommensschwache Familien. Neben dem allgemeinen Kinderfreibetrag können zusätzlich auch die Kosten der Kinderbetreuung bei der Einkommensteuer geltend gemacht werden.

### 3.5.4.3 Evaluation familienpolitischer Einflussfaktoren

Eine empirische Wirkungsanalyse des Kinderfreibetrags führen WHITTINGTON *et al.* (1990) sowie WHITTINGTON (1992) durch. WHITTINGTON *et al.* (1990) isolieren einen positiven und signifikanten Einfluss des steuerlich bewerteten Kinderfreibetrags auf die Anzahl der Geburten je 1.000 Frauen im Alter zwischen 15 und 44 Jahren, wobei der Fertilitätseffekt für Haushalte mit mittlerem Einkommen am größten ist. Die Ergebnisse dieser Studie werden von WHITTINGTON (1992) unterstützt, der unter Verwendung von Individualdaten ebenfalls einen signifikant positiven Einfluss des steuerlich bewerteten Kinderfreibetrags auf die Fertilität feststellt.

Analog zu WHITTINGTON *et al.* (1990) untersuchen auch GEORGELLIS UND WALL (1992) sowie GOHMANN UND OHSFELDT (1994) die Wirkungen steuerlicher Erleichterungen auf die Fertilität. Zwar können auch GEORGELLIS UND WALL (1992) positive Wirkungen des Kinderfreibetrags auf die Fertilität ausmachen, doch sind die Effekte auf die Fertilität konkav, d.h. der positive Fertilitätseffekt des Kinderfreibetrags sinkt mit der Höhe der steuerlichen Entlastung. GOHMANN UND OHSFELDT (1994) bestätigen zum einen die Ergebnisse der vorangegangenen Studien hinsichtlich der Wirkung des Kinderfreibetrags und kommen unter anderem zu dem Ergebnis, dass die legalen Abtreibungsmöglichkeiten negative Effekte auf die Fertilität entfalten. Insgesamt betonen die Studien nahezu übereinstimmend die positive Wirkung des Kinderfreibetrags.

Einen Überblick über die Ausgestaltung und Reformen des für Familien aus steuerlichen Gesichtspunkten attraktiven EITC geben HOTZ UND SCHOLZ (2001). Die meisten dieser Wirkungsstudien analysieren Änderungen der Arbeitsmarktpartizipation und der Arbeitsstunden (vgl. Eissa und Liebman 1996, KEANE UND MOFFIT 1998, MEYER UND ROSENBAUM 1999).

Von Interesse sind aber auch insbesondere mögliche Verhaltensveränderungen bezüglich der Eheschließung und der Fertilität. Mit Blick auf die Eheschließungen schlussfolgert ELLWOOD (1999), es gäbe keine Anzeichen dafür, dass Reformen des EITC das Muster der Eheschließungen beeinflusst haben. Bezüglich der Wirkung des EITC auf die Fertilität können BAUGHMAN UND DICKERT-CONLIN (2003) einen positiven Effekt auf die Rate der Erstgeburten feststellen.



Zusätzlich differenzieren sie die Politikwirkung nach den verschiedenen ethnischen Bevölkerungsgruppen und nach Familienstand, da die Politik unterschiedlich auf diese Gruppen wirken kann. Während der Effekt für weiße Frauen nicht-spanischer Abstammung erstaunlicherweise negativ ist, ergibt sich für nicht-weiße Frauen ein stärkerer positiver Effekt. Für die Gruppe der verheirateten Frauen gilt, dass sowohl für die weißen als auch die nicht-weißen Frauen ein positiver Einfluss des EITC auf die Fertilität besteht.

Im Rahmen einer Evaluation des für Familien mit niedrigem oder keinem Einkommen konzipierte AFDC-Programms isoliert ROSENZWEIG (1999) quantitativ stark positive Effekte des AFDC auf die Fertilität unverheirateter Frauen bis zum 23. Lebensjahr, sofern deren Eltern über ein Einkommen unter 10.000 Dollar verfügen. Ein Ergebnis, das im Wesentlichen von HOFFMAN UND FOSTER (2000) repliziert wird. So induziert eine zehnpromtente Erhöhung des AFDC eine Steigerung der Wahrscheinlichkeit, im Alter von 22 Jahren ein nicht eheliches Kind zu bekommen, um zwölf Prozent. Auf der Basis von Mikrodaten kann TASIRAN (1995) durchaus einen positiven Einfluss des AFDC auf die Wahrscheinlichkeit der ersten und zweiten Geburt feststellen, allerdings ist der Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit einer dritten Geburt negativ. Studien zu dem seit 1997 eingeführten TANF-Programm sind bisher noch nicht durchgeführt worden. Während die Befunde hinsichtlich der AFDC und dessen Effekte auf die Fertilität sehr heterogen ausfallen, betonen die Studien nahezu übereinstimmend die positive Wirkung des Kinderfreibetrags.

Eine weitere Maßnahme zur Förderung von Familien bzw. zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist der 'Family and Medical Leave Act' (FMLA). Die Wirkungen des Erziehungsurlaubs sind ebenfalls vielfach empirisch untersucht worden. So belegen KLERMAN UND LEIBOWITZ (1998) in ihrer Studie, dass die Erwerbstätigkeit der Mütter und die Dauer der Elternzeit nach Einführung des FMLA zugenommen haben. Die Dauer der Elternzeit ist zudem positiv mit dem Anteil der Beschäftigten in der Bevölkerung und der Arbeitsmarktpartizipation korreliert (RUHM UND TEAGUE 1998). Ähnliche Effekte finden auch HOFFERTH UND CURTIN (2006). Laut ihren Analysen kehren Frauen schneller an den Arbeitsplatz zurück und verbleiben häufiger bei ihrem ursprünglichen Arbeitgeber. Gleichzeitig ermitteln sie, dass sich das Angebot des FMLA negativ auf die Löhne auswirkt. RUHM (1997) untersucht darüber hinaus den Zusammenhang mit dem Einkommen und findet, dass die Elternzeit mit dem Einkommen steigt. Ein stärkerer Einfluss auf die Beschäftigung als auch auf die Löhne könnte vom FMLA ausgehen, wenn die Elternzeit für einen größeren Teil der Beschäftigten gültig wäre, in der Erwerbspause eine Lohnersatzleistung ausgezahlt würde oder die Dauer der maximalen Elternzeit ausgedehnt würde.

Zur Wirkung der amerikanischen Elternzeitregelungen auf die Fertilität besteht bis jetzt noch keine Evidenz in der Literatur. Auf Grund des sehr begrenzten Umfangs der Leistung ist allerdings fraglich, ob hier überhaupt ein kausaler Effekt beobachtet werden kann. Viel entscheidender ist hier wohl der Symbolcharakter der Maßnahme zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Neben den bisher genannten politischen Faktoren, die die Fertilität beeinflussen können, gibt es auch Untersuchungen zu gesellschaftlichen und persönlichen Bestimmungsgründen. Beispielsweise sei auf die Studie zur Religion und Fertilität in den Vereinigten Staaten von FREJKA UND WESTOFF (2008) verwiesen. Je größer die Rolle der Religion im Alltag der Frauen ist, umso höher fällt die Geburtenrate aus. Die Studie zeigt, dass die Geburtenrate für Frauen in Europa theoretisch um 13% höher liegen würde, wenn die Religion für die Europäerinnen im Alltag genauso wichtig wäre, wie für die Amerikanerinnen.<sup>11</sup>

*Zusammenfassend* lässt sich sagen, dass die Vereinigten Staaten eine für Industrieländer vergleichsweise hohe Fertilität aufweisen. Die zusammengefasste Geburtenziffer lag in den vergangenen Jahren relativ stabil bei knapp über zwei Kindern pro Frau. Die Fertilität unterscheidet sich jedoch beträchtlich zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen. So erreicht die Fertilität der Einheimischen nicht das Bestandserhaltungsniveau, während die hispanischen Immigranten den Gesamtdurchschnitt über dieses Niveau heben (CENSUS 2008).

Die wenigen familienpolitischen Leistungen, die in den Vereinigten Staaten existieren, haben eine unterschiedliche Wirkung auf die Fertilität. Studien zum Wohlfahrtsprogramm AFDC und zum Kinderfreibetrag weisen darauf hin, dass monetäre Anreize einen Einfluss auf die Geburtenhäufigkeit haben können. Gleichzeitig sind aber auch insbesondere im Fall der Vereinigten Staaten gesellschaftliche Aspekte, wie Religion und Wertevorstellungen zu berücksichtigen. Die geringen Effekte, die von den wenigen familienbezogenen Leistungen ausgehen, zeigen, dass die hohe Fertilität in den Vereinigten Staaten nicht vordergründig auf bestimmten staatlichen Familienleistungen basiert, sondern neben einer durch Immigration begünstigten Bevölkerungsstruktur ein ausgeprägtes, eher konservatives, Familienbewusstsein dafür verantwortlich zu machen ist.

---

<sup>11</sup> In Nordeuropa würde der Anstieg am geringsten ausfallen, in Westeuropa am höchsten. Dies zeigt deutlich wie wichtig die normativen Wert-vorstellungen in Bezug auf die Familie für die Geburtenentwicklung der Vereinigten Staaten ist.

### 3.5.5 Spanien

Spanien weist im internationalen Vergleich eine sehr niedrige Fertilitätsrate auf, die in etwa auf dem deutschen Niveau liegt. Die niedrigen Geburtenzahlen Spaniens stehen hier exemplarisch für weitere Länder des südeuropäisch-mediterranen Wohlfahrtstyps, in denen ein nur schwach ausgeprägtes Netz von Sozialleistungen besteht. Zudem ist der Arbeitsmarkt stark polarisiert. Zum einen existieren hohe Hürden für den Eintritt in eine Beschäftigung und zum anderen besteht eine hohe Beschäftigungsunsicherheit mit mehrheitlich befristeten Arbeitsverhältnissen. Das spanische Wohlfahrtsmodell ist durch ein patriarchalisches Familienmodell gekennzeichnet, in dem primär die Familie mit einer klaren Rollenverteilung für die soziale Sicherung zuständig ist.

Erst das Ende der Diktatur im Jahre 1975 ebnete den Weg für Reformen, die auch die Familienstrukturen veränderten. So wurde erst in den Folgejahren die Gleichstellung zwischen Frau und Mann – auch in der Ehe – vorangetrieben. Die Unterscheidung zwischen ehelichen und unehelichen Kindern wurde ebenso wie die Differenzierung zwischen kirchlich und zivil geschlossenen Ehen aufgehoben. Zudem wurde schließlich im Jahr 1981 die Scheidung ermöglicht und im Jahr 2005 vereinfacht.

#### 3.5.5.1 Entwicklung des Fertilitätsverhaltens

Spanien hat nach dem Ende der Franco-Diktatur im Jahre 1975 einen starken politischen und sozialen Wandel erlebt. Der Rückgang der Fertilitätsrate ist seitdem im Vergleich zu den OECD-Ländern besonders gravierend (BONGAARTS 2002). Zwar setzte der Rückgang der Geburten im Vergleich zu anderen europäischen Ländern später ein, fiel dafür aber umso deutlicher aus. Lag die zusammengefasste Geburtenziffer im Jahr 1975 noch bei durchschnittlich 2,8 Kindern pro Frau, so fiel die Anzahl der Geburten um mehr als die Hälfte und lag 1995 noch bei 1,2 Kindern pro Frau. Auch heute ist die zusammengefasste Geburtenziffer Spaniens mit 1,34 Kindern pro Frau eine der niedrigsten der Welt (SÁNCHEZ-MARCOS 2003). Dies ist umso bemerkenswerter als das der potenzielle Kinderwunsch mit durchschnittlich 2,3 Kindern beziffert werden kann (TESTA 2006).

Dieser seit 1975 vollzogene, demografische Wandel spiegelt sich auch in der Altersstruktur Spaniens wider. Kein Land der EU27 hat seit 1980 einen stärkeren Rückgang des Anteils der unter 15-Jährigen an der Gesamtbevölkerung erlitten als Spanien. Der Anteil fiel in diesem

Zeitraum um 44%. Gleichzeitig ist der Anteil der über 64-jährigen Spanier an der Gesamtbevölkerung mit 56% so stark wie in keinem anderen Land der EU25 angestiegen (OECD, 2008).

In den letzten Jahrzehnten haben sich ebenfalls die Familienstrukturen verändert. Im Zuge des demografischen Wandels werden die Familien immer kleiner. Über 30% der zwischen 1925 und 1929 geborenen Frauen haben vier oder mehr Kinder zur Welt gebracht. In der Kohorte der dreißig Jahre später geborenen Frauen hat sich dieser Anteil auf nur noch sechs Prozent verringert. Im gleichen Zeitraum hat sich hingegen der Anteil von Zwei-Kind-Familien von 26% auf 49% fast verdoppelt (PLA 2003).

Einhergehend mit der Verkleinerung der Familie ist in Spanien auch ein Anstieg des durchschnittlichen Alters der Mutter bei ihrer ersten Geburt zu beobachten. Heute sind die Mütter mit 29,2 Jahren durchschnittlich vier Jahre älter als noch die Mütter im Jahr 1975 bei der Geburt ihres ersten Kindes waren. Der Anteil der Geburten von Frauen oberhalb Alter 30 hat ähnlich stark zugenommen (von 36% in 1991 auf 58% in 2003). Auch das durchschnittliche Heiratsalter ist in den letzten 30 Jahren um ca. fünf Jahre gestiegen. Dazu sinkt die Anzahl der neuen Ehen seit 1980 um insgesamt 20%. Im Zuge dessen werden mehr Kinder unehelich auf die Welt gebracht. Lag der Anteil unehelicher Geburten 1975 noch bei 2,0% so ist dieser bis 2006 auf 28,4% angestiegen (PLA 2003).

Parallel dazu hat sich der Anteil der Migranten stark verändert. Noch in den 1950er Jahren wanderten 1,2 Mio. Menschen mehr aus Spanien aus als ein. Mit Ende der Diktatur 1975 kehrte sich dieser Trend erstmals um, da viele zuvor Ausgewanderte und Geflohene wieder ins Land zurückkehrten. Die Nettomigration ebte nach kurzer Zeit wieder ab und verharrte bis Mitte der 1990er-Jahre auf einem relativ niedrigen Niveau. Seither ist der Anteil der Immigranten stark angestiegen. Lebten 1995 noch 0,5 Mio. Ausländer in Spanien, waren es im Jahr 2005 bereits 3,73 Mio. (KLEINER-LIEBAU 2008). Die größte Gruppe der Immigranten sind dabei Marokkaner, die als Flüchtlinge in Spanien Zuflucht suchen. Dabei ist die Fertilität der Einwanderer, wie in anderen europäischen Ländern auch, höher als die der Einheimischen. VILA UND MARTÍN (2007) ermitteln mit Hilfe des Bevölkerungsregisters und des Zensus 2001 für das Jahr 2002 eine Fertilität der Ausländer in Höhe von 2,12 Kindern pro Frau. Dabei tragen in Spanien lebende Marokkanerinnen mit einer Geburtenrate von nahezu vier Kindern pro Frau überproportional zu der hohen Fertilität der Migranten bei. Insgesamt liegt die Geburtenrate der Migranten also fast um ein Kind pro Frau höher als bei spanischen Frauen.

### 3.5.5.2 Familienpolitische Rahmenbedingungen

In den 1950er-Jahren wurden bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) etwa drei Prozent der Ausgaben für Familienleistungen verwendet, die in den 1970er-Jahren auf einen Anteil von etwa einem Prozent des BIP schrumpften. Heute gibt Spanien von allen 27 EU-Ländern als einziges Land weniger als ein Prozent des BIP für Familien aus. Mit einem Anteil am BIP von 0,5% liegen die Ausgaben Spaniens für Familien bei der Hälfte der Ausgaben Italiens, dem Land, das am zweitwenigsten in Familien investiert (OESD 2008).

Durch die in Spanien weiterhin bestehende klassische Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern, übernimmt die Frau nahezu ohne Ausnahme die Betreuung der Kinder und ist eher nicht erwerbstätig, während der Mann den Lebensunterhalt für die Familie erwirtschaftet. Dies entspricht somit dem klassischen Einverdiener-Modell und spiegelt sich unter anderem in der Beschäftigungsquote (56%) der spanischen Frauen wider. Einhergehend mit einer niedrigen Partizipationsrate sind Frauen in Spanien auch öfter als Männer arbeitslos gemeldet. Gerade unter den 15- bis 24-Jährigen sind Frauen mit einer Arbeitslosenquote von über 20% besonders stark betroffen. Diese Quote lag 1994 allerdings noch bei über 50% (EUROSTAT). Auch wenn die Jugendarbeitslosigkeit und damit die Arbeitslosigkeit von Frauen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren deutlich reduziert werden konnte, so liegt die Arbeitslosigkeit spanischer Frauen im europäischen Vergleich doch noch immer deutlich über dem Durchschnitt.

Die niedrige Geburtenrate ist offenbar nicht auf die Präferenzen der spanischen Frauen zurückzuführen. Dementsprechend müssen erhebliche Restriktionen bestehen, die es nicht ermöglichen, den Kinderwunsch in die Realität umzusetzen. Der mit der Erwerbsunsicherheit verbundene zeitliche Aufschub von Geburten führt in der Längsschnittperspektive zu unerfüllten Kinderwünschen. Zudem setzt der spanische Staat heute wenig Anreize, um Eltern bei der Realisierung des Kinderwunsches zu unterstützen.

Weitere Restriktionen ergeben sich auch aus den Opportunitätskosten der Kinder. Eine Lockerung dieser Restriktionen kann u.a. durch umfassende familienbezogene Leistungen von Seiten des Staates erfolgen. Die wenigen in Spanien existierenden Maßnahmen zu Gunsten von Familien bestehen neben Steuerentlastungen hauptsächlich aus dem Kindergeld und verschiedenen Prämien sowie Einmalzahlungen.

Das Kindergeld wurde 1991 in seiner heutigen Form verabschiedet. Alle Familien, die ein bestimmtes jährliches Einkommen unterschreiten, erhalten bis zum 18. Geburtstag des Kindes umgerechnet ca. 18 Euro (etwa 5% des damaligen Mindestlohns) pro Monat und Kind. Während sich die Einkommensgrenze, ab der das Kindergeld gewährt wird, mit jedem zusätzlichen

Kind um 15% erhöht, ist die Höhe des Kindergeldes unabhängig von der Anzahl der Kinder. Für Eltern mit behinderten Kindern gilt keine Einkommensgrenze, und sie erhalten den doppelten Kindergeldsatz. Bis heute ist das Kindergeld nur einmal angepasst worden, im Jahre 2000 wurde es auf umgerechnet 24,25 Euro pro Monat und Kind erhöht. Aufgrund der derzeitigen restriktiven Einkommensgrenze in Höhe von 11.000 Euro für eine Familie mit einem Kind erhalten tatsächlich lediglich ca. 10% der spanischen Kinder überhaupt Kindergeld (BERNARDI 2005).

In den letzten Jahren sind einige zusätzliche staatliche Zahlungen zur Familienförderung eingeführt worden. So werden berufstätige Mütter seit 2003 monatlich mit 100 Euro bezuschusst, bis das Kind das Alter von drei Jahren erreicht hat. Einmalzahlungen erfolgen von Seiten des Staates seit 2001 in Höhe von 450 Euro für jedes Neugeborene ab der Geburt des dritten Kindes. Aber auch für diese Leistung besteht eine Einkommensgrenze, die hier 15.900 Euro beträgt. Zusätzlich erfolgt seit dem Jahr 2000 eine Einmalzahlung bei der Geburt von Zwillingen (2.282 Euro), Drillingen (4.565 Euro) und Vierlingen (6.847 Euro). Seit 2007 erhält jede Familie zudem einkommensunabhängig pro Neugeborenem eine Einmalzahlung in Höhe von 2.500 Euro (BERNARDI 2005). Während alle anderen direkten staatlichen Förderungen nur für spezielle Gruppen gezahlt werden, ist dies erstmals in Spanien eine universelle Leistung, die ohne Einschränkung des Personenkreises und ohne Einkommensgrenze gewährt wird.

Neben der direkten staatlichen Förderung werden Familien in Spanien auch indirekt durch Steuerermäßigungen unterstützt. Generell unterliegt das spanische Einkommenssteuersystem der Individualbesteuerung. Allerdings dürfen verheiratete Paare mit Kindern unter 18 Jahren die gemeinsame Besteuerung beantragen. Der Kinderfreibetrag wurde 1979 landesweit eingeführt und sieht seit 1999 für jedes unverheiratete Kind unter 30 Jahren, das maximal den Mindestlohn verdient, einen Freibetrag vor. Seit 1995 steigen die Kinderfreibeträge mit der Kinderzahl an (BERNARDI 2005). Neben der Prämie für kinderreiche Familien ist dies als weiterer Anreiz anzusehen, mehr Kinder zu bekommen.

Im Einklang mit den neuen demokratischen Strukturen und den daraus resultierenden Änderungen bezüglich der Gleichstellung von Frau und Mann, wurden ab 1980 Regelungen eingeführt, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern. In einer umfassenden Reform wurde der Mutterschaftsurlaub mit Lohnfortzahlung in Höhe von 75% von 12 auf 14 Wochen verlängert. Außerdem wurden die Arbeitszeiten von jungen Müttern flexibler gestaltet und die Möglichkeit einer Elternzeit für beide Elternteile eingeräumt. Während der Elternzeit bestand jedoch kein Anrecht auf Lohnfortzahlung und Rückkehr auf den gleichen Arbeitsplatz.



In weiteren Reformen wurde 1989 der Mutterschaftsurlaub auf 16 Wochen erweitert und die unbezahlte Elternzeit auf drei Jahre ausgedehnt, wobei nun zumindest für das erste Jahr der Elternzeit eine Arbeitsplatzgarantie zugesichert wurde. Im Jahr 1995 wurde, neben der Anhebung der Lohnfortzahlung im Mutterschaftsurlaub auf 100%, auch die Arbeitsplatzgarantie auf drei Jahre verlängert (JURADO 2001). In Folge des in 2005 in Kraft getretenen 'plan concilia' wird nun während der Elternzeit der Arbeitsplatz der Mutter zwei Jahre und ein vergleichbarer Arbeitsplatz für ein weiteres Jahr freigehalten. Des Weiteren wird es seither Frauen mit Kindern unter 12 Jahren ermöglicht, ihre Arbeitszeit zu verkürzen bzw. flexiblere Arbeitszeiten zu erhalten (LEÓN 2007).

Die Einbindung der Väter wird seit 1999 aktiv gefördert. So wird ihnen seit 2005 die Möglichkeit gegeben, zehn der 16 Wochen Mutterschaftsurlaub bei vollem Gehalt zu übernehmen. Diese Möglichkeit wird jedoch von den Vätern ähnlich selten wahrgenommen (ca. 2,5%) wie die Elternzeit (3,5%). Erst kürzlich ist mit der Einführung eines 15-tägigen Vaterschaftsurlaubs und mit gegenüber 2006 fast 14% höheren Ausgaben im Bereich der Elternzeit ein neuer Impuls zur Familienförderung unter stärkerer Einbindung der Väter in die Wege geleitet worden (LEÓN 2007).

Zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf zählen nicht nur die staatlichen Leistungen, die die Eltern erhalten. Entscheidend ist auch, inwiefern die Kinder betreut werden, während die Eltern arbeiten. In Spanien stand im Jahr 2005 nicht einmal für zehn von 100 Kindern ein Betreuungsplatz zur Verfügung. Kinder ab 3 Jahren besitzen hingegen seit 1998 Anspruch auf einen kostenlosen Betreuungsplatz. Dieser wird von weit über 90% der Kinder wahrgenommen (LEÓN 2007). Gerade aber in den ersten Jahren nach der Geburt schafft der Staat bisher keine geeigneten Strukturen, die ein leichtes Zusammenspiel von Familie und Beruf erlauben. Viele Frauen nehmen allein aus Mangel an Betreuungsangeboten die Elternzeit in Anspruch. Daraus resultiert eine Beschäftigungsquote der Mütter mit Kindern unter sechs Jahren von im europäischen Vergleich niedrigen 43% (LEÓN 2007).

### **3.5.5.3 Evaluation familienpolitischer Einflussfaktoren**

Vor dem Hintergrund der dauerhaft niedrigen Geburtenrate in Spanien existieren einige empirische Untersuchungen, die den Ursachen und Folgen der niedrigen Fertilität nachgehen. Ein möglicher Einfluss auf die Fertilität geht von den spezifischen Arbeitsmarktbedingungen, insbesondere der Frauen, aus. Ausgehend von der Beobachtung, dass die Reduktion der spa-



nischen Fertilitätsrate seit den 1970er-Jahren mit einer hohen, dauerhaften Arbeitslosigkeit korrespondierte, untersuchen AHN UND MIRA (2001) inwiefern ein kausaler Zusammenhang zwischen den beiden Entwicklungen besteht. Auf der Basis eines Verweildauermodells kommen die Autoren zu dem Ergebnis, dass die Arbeitslosigkeit in Spanien nicht die Hauptursache der niedrigen Fertilität darstellt.

Demgegenüber kann ADSERA (2006) durchaus einen negativen Einfluss der verfestigten Arbeitslosigkeit Spaniens und der damit einhergehenden Unsicherheit auf die Fertilität herausstellen. Insbesondere kann die Autorin eine Divergenz zwischen der präferierten und tatsächlichen Fertilität ausmachen, sofern die Frauen mit hoher Arbeitslosigkeit konfrontiert sind. Diese Ergebnisse können bereits durch eine frühere Studie bestätigt werden. So stellt ADSERA (2004) mittels eines Ländervergleichs unter Berücksichtigung von 23 OECD Ländern fest, dass einerseits die ausgeprägte Arbeitslosigkeit und andererseits die Verbreitung von zeitlich limitierten Arbeitsverträgen in Ländern Südeuropas die Fertilität negativ beeinflussen. Auch DE LA RICA UND IZA (2005) sowie GUTIERREZ-DOMENECH (2002) betonen die negativen Wirkungen einer mit Zeitarbeitsverträgen und Arbeitslosigkeit einhergehenden Unsicherheit. So hat die Arbeitslosigkeit des Mannes im Rahmen der Studie von GUTIERREZ-DOMENECH (2002) durch eine Verzögerung der Eheschließung einen negativen Einfluss auf die Fertilität, ein Effekt, den auch AHN UND MIRA (2000) bestätigen.

DEL BOCA UND SAUER (2006) fügen in ihrer komparativen Studie unter Berücksichtigung der Länder Spanien, Frankreich und Italien hinzu, dass die erworbene Berufserfahrung und die damit einhergehende Humankapitalakkumulation in Spanien und Italien im Gegensatz zu Frankreich einen negativen Einfluss auf die Fertilität entfaltet. Dieses Ergebnis weist ebenfalls implizit auf die besseren Rahmenbedingungen (zum Beispiel einer besseren Verfügbarkeit von Teilzeitstellen) in Frankreich hin, Beruf und Familie in Einklang zu bringen. In Spanien und Italien sehen sich die Mütter häufig nur den Alternativen Vollzeitbeschäftigung und vollständigem Verzicht auf Beschäftigung gegenüber. Durch größere Arbeitsmarktflexibilität könnte die Zahl der Teilzeitstellen erhöht und damit ein Beitrag zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie geleistet werden.

Auch die Analyse des Einkommens kann im Hinblick auf die Fertilität aufschlussreich sein. VALLÉS-GIMÉNEZ UND ZÁRATE-MARCO (2006) isolieren für Spanien einen positiven Effekt des Lohns der Frau auf die Wahrscheinlichkeit des ersten Kindes. GONZÁLES UND JURADO-GUERRERO (2006) gelangen zu ähnlichen Ergebnissen. In ihrer Analyse der Kinderlosigkeit heben die Autoren hervor, dass die Wahrscheinlichkeit der Geburt des ersten Kindes in Spanien im

Vergleich zu niedrigeren Einkommensklassen höher ist, wenn das Einkommen der Frau im höchsten Einkommensviertel liegt. In diesem Fall kann sie einen Teil der Betreuungskosten kompensieren. Darüber hinaus steigt die Wahrscheinlichkeit der Geburt des ersten Kindes, sofern die Frau nicht erwerbstätig ist, jedoch vom Einkommen des erwerbstätigen Ehegatten profitiert. Weiterhin geht mit der Eheschließung eine höhere Wahrscheinlichkeit einher, Mutter zu werden.

In einer empirischen Wirkungsanalyse des Kinderfreibetrages zeigen VALLÉS-GIMÉNEZ UND ZÁRATE-MARCO (2006), dass auch die steuerliche Ersparnis durch ein zusätzliches Kind neben dem Einkommen und dem Alter der Frau einen positiven Einfluss auf die Familiengröße hat. Dabei ist der Effekt der steuerlichen Ersparnis auf die Wahrscheinlichkeit eines zweiten Kindes am größten. Die Familiengröße wird jedoch negativ durch das Alter der Frau zum Zeitpunkt der Eheschließung sowie die Dauer der Humankapitalbildung am Arbeitsplatz beeinflusst.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Spanien für Familien und Kinder nur minimale Leistungen erbringt, was sich mit einem europäischen Vergleich in Hinblick auf die Familienausgaben am BIP belegen lässt. Der Staat übernimmt nur einen geringen Anteil der Kosten eines Kindes. Dabei spielen Steuerentlastungen eine größere Rolle als die direkte monetäre Hilfe in Form von Kindergeld. Kindergeld kommt aufgrund von geringen Einkommensgrenzen nur jedem zehnten Kind zu und beläuft sich auf gerade 25 Euro pro Monat. Von der in 2007 eingeführten Einmalzahlung pro Neugeborenem in Höhe von 2.500 Euro geht nur ein geringer Anreiz zur Steigerung der Geburten aus.

Die wenigen Familienleistungen, die in Spanien existieren sind, wie gesehen, hauptsächlich monetärer Natur. Darüber hinaus ist es dem spanischen Staat bislang nicht ausreichend gelungen, nicht-monetäre Maßnahmen umzusetzen, wie insbesondere die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In Spanien existiert gerade für junge Frauen nach wie vor eine hohe Arbeitslosigkeit. Die unzureichende Vereinbarkeit von Familie und Beruf zeigt sich auch darin, dass ein Großteil der Mütter nach der Geburt vorerst nicht in den Beruf zurückkehrt. Von Bedeutung sind dafür auch die wenigen öffentlichen Betreuungsmöglichkeiten für Kinder unter drei Jahren, wodurch die dreijährige Elternzeit oft unumgänglich ist. Zudem ist die Elternzeit unbezahlt, wenn auch seit einigen Jahren mit einer Arbeitsplatzgarantie versehen.

Festzuhalten bleibt für Spanien somit, dass die Fertilitätsrate des Landes eine der geringsten im internationalen Vergleich ist und dass sich die wenigen existierenden Familienleistungen hauptsächlich auf eine monetäre Förderung konzentrieren.

### 3.5.6 Deutschland

Folgt man der Klassifikation der Wohlfahrtsstaatssysteme von ESPING-ANDersen (1990), verkörpert Deutschland wie Frankreich das konservative Modell. Im Gegensatz zu Frankreich mit einer geburtenbewussten Politik, ist die deutsche Politik vielmehr durch die Dominanz sozialpolitisch orientierter Ziele gekennzeichnet (GAUTHIER 1996). Es dominieren einkommensbezogene Sozialleistungen. Ergänzend bietet der Staat Unterstützung für Personen, die nicht eigenverantwortlich für sich selbst sorgen können, ist aber darauf bedacht, die Mechanismen leistungsgerechter Entlohnung nicht aushebeln. Die Versorgung soll dabei zunächst durch gegenseitige Unterstützung der Haushaltsmitglieder erfolgen, bevor der Staat eingreift. Diesem Prinzip entspricht, dass einkommensbezogene direkte oder indirekte monetäre Transfers Vorrang vor der Bereitstellung sozialer Dienstleistungen haben. Die Aufgaben der Versorgung und Betreuung werden also zunächst in die Familie verlagert, die dafür im Bedarfsfall ausreichende Einkommensmittel erhält, um die Versorgung und Betreuung vorzunehmen (DANNENBECK 1992).

In den letzten Jahren vollzieht sich in Deutschland zwar allmählich eine Abkehr von diesem Ansatz. Erkennbar ist dies zum Beispiel an der Einführung der Pflegeversicherung oder dem geplanten Ausbau der öffentlich geförderten Kindertagesbetreuung. Dennoch wirken die Rahmenbedingungen des vorherrschenden Alleinverdienermodells der 1960er-Jahre in der heutigen familienpolitischen Situation nach. Die deutsche Teilung bis 1990 führte zudem mit unterschiedlichen familienpolitischen Ansätzen (vgl. HILLE 1985, MITTERAUER UND SIEDER 1991, MITTERAUER 1992, KLEIN *et al.* 1996) zu einer unterschiedlichen Entwicklung der Fertilität, die im Folgenden detaillierter dargestellt werden soll.

#### 3.5.6.1 Familien- und Sozialpolitik in der DDR

Die Familienpolitik in der ehemaligen DDR war untrennbar mit einer umfassenden Sozialpolitik verbunden. Der besondere Schutz der Ehe, Familie und Mutterschaft durch den Staat wurde spätestens 1968 gesetzlich festgeschrieben. Die Ziele der sozialpolitischen Maßnahmen waren die Sicherung des Ersatzes der Elterngeneration (VASKOVICS *et al.* 1994) als auch die Sicherstellung der Vereinbarkeit von Mutterschaft und Erwerbstätigkeit. Vor allem Familien mit zwei oder mehr Kindern wurden verstärkt gefördert und zum offiziellen Leitbild der Familien- und Bevölkerungspolitik erklärt (WENDT 1993). Seit ihrer Gründung lassen sich in der DDR drei voneinander abweichende Phasen der Familien- und Sozialpolitik unterteilen (MAIER 1991).

In der ersten Phase bis etwa 1965 existierte keine eigenständige Familienpolitik. Trotzdem wurden in den Bereichen der Frauen-, Sozial-, Erziehungs- und Bildungspolitik eine Vielzahl von Entscheidungen getroffen, welche die Familie direkt oder indirekt betrafen. Eine rechtliche Gleichberechtigung der Frau wurde bereits 1950 durch das Mutter- und Kinderschutzgesetz geschaffen. Dieses beseitigte die bis dahin gültige Alleinentscheidungsbefugnis des Mannes in allen Angelegenheiten des ehelichen Lebens und die Benachteiligung nichtehelicher Kinder sowie allein erziehender Mütter (OBERTREIS 1986). Der marxistisch-leninistischen Lehre folgend, vertrat die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) die Ansicht, dass eine Gleichberechtigung der Frauen vor allem durch die Teilnahme am Produktionsprozess und der daraus folgenden ökonomischen Unabhängigkeit erreicht werde. Außerdem erkannte die Staatsführung schon in den 1950er-Jahren, dass aufgrund des andauernden Arbeitskräftemangels infolge der Nachwirkungen der sehr hohen männlichen Sterblichkeit im Zweiten Weltkrieg und der in den 1950er-Jahren einsetzenden beträchtlichen Ost-West-Abwanderung die DDR eine volkswirtschaftlich ungünstige Altersstruktur mit erheblichem Frauenüberschuss und hohem Rentneranteil aufwies (vgl. KOCH UND KNÖBEL 1988).

In der Bildungs- und Erziehungspolitik wurde versucht, über 'Elternbeiräte' Einfluss auf die familiäre Erziehung zu nehmen. Dazu gehörte auch, dass ehemals innerfamiliäre Funktionen, wie z.B. die Kinderbetreuung, die Mittagsverpflegung oder auch die Freizeitgestaltung, zunehmend auf gesellschaftliche und staatliche Einrichtungen ausgelagert wurden. So wurde die Erziehung im Sinne des Sozialismusverständnisses der SED ermöglicht und die Frauen konnten verstärkt in das Arbeitsmarktgeschehen integriert werden (KOCH UND KNÖBEL 1988).

Bis Mitte der 1950er-Jahre stieg der Anteil der erwerbstätigen Frauen aufgrund der neuen Regelungen leicht an. Ab 1955 stagnierte der Anteil, ab 1958 begann er sogar leicht abzusinken. Daher wurde von 1958 bis 1960 in einer 'Frauenoffensive' zielgerichtet versucht, aus dem Bereich der nichterwerbstätigen Frauen neue Arbeitskräfte zu gewinnen. Ab 1960/61 konzentrierte man sich auf verheiratete Frauen, die sich den früheren Kampagnen weitestgehend entzogen hatten. Die Vernachlässigung der nicht-erwerbstätigen Frauen im Steuersystem sowie die verhältnismäßig hohe Besteuerung niedriger Einkommen sorgten dafür, dass zur Sicherung eines befriedigenden Lebensstandards einer Familie in der Regel beide Einkommen erforderlich waren (OBERTREIS 1986, KALZ UND KALZ 1991).

Die zweite Phase der Familienpolitik setzte ab Mitte der 1960er-Jahre ein und umfasste eine Periode von etwa zehn Jahren. Der technische Fortschritt der Volkswirtschaft und eine verstärkte Automatisierung erforderten eine erhöhte Qualifikation der (weiblichen) Arbeitskraft,

so dass zwischen 1964 bis 1970 zahlreiche Bestimmungen und Gesetze erlassen wurden, die eine Qualifizierungsoffensive für Frauen zum Ziel hatten. Die Betriebe wurden verpflichtet, Frauen und vorzugsweise Müttern verschiedene Möglichkeiten von Weiterqualifizierungsmaßnahmen anzubieten. Es sollten Rahmenbedingungen geschaffen werden, die die bis dahin bestehenden Qualifizierungsunterschiede zwischen den Geschlechtern überwinden helfen (MAIER 1991). Die verstärkte Einbeziehung von verheirateten Frauen und Müttern als Arbeitskräfte sorgte für eine verstärkte Nachfrage nach staatlichen Kinderbetreuungseinrichtungen, woraufhin hunderte neuer Kindergärten und Kinderkrippen errichtet wurden (OBERTREIS 1986).

Etwa Mitte der 1970er-Jahre begann die dritte Phase einer bewussten Familienpolitik in der DDR, die nicht nur einen Einfluss auf die Erwerbstätigkeit der Frauen haben sollte, sondern ebenso das Geburtenverhalten der Frauen in den Mittelpunkt stellte. In diesem Zusammenhang wurden zahlreiche geburtenfördernde Maßnahmen eingeleitet (vgl. OBERTREIS 1986, KREYENFELD 2002). Als weiterer Grund für die umfangreichen Maßnahmen kann auch die Einführung kontrazeptiver Mittel und die 1972 beschlossene Freigabe des Schwangerschaftsabbruches angesehen werden, in deren Folge ein Rückgang der Geburtenzahlen stattfand (OBERTREIS 1986).

Besondere Unterstützungen waren für allein erziehende Mütter vorgesehen. Diese Regelungen sollten gewährleisten, dass diese weitestgehend unkompliziert im Erwerbsprozess integriert bleiben konnten (DANNENBECK 1992). Die hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen<sup>12</sup>, erreicht durch ein gut ausgebautes Netz von Kinderbetreuungseinrichtungen, war dennoch nicht konfliktfrei und führte zu einer starken Doppelbelastung der Frau in Beruf und Familie, da in der Realität die Erziehung und die Hausarbeit überwiegend von den Frauen allein bewältigt werden mussten (KOCH UND KNÖBEL 1988).

In den 1980er-Jahren war die Familienpolitik der DDR einerseits gekennzeichnet durch eine Erhöhung bereits bestehender monetärer Unterstützungsleistungen und andererseits durch eine Ausweitung der Bezugsberechtigten. Das Ziel der pronatalistischen Politik war es, die Vereinbarkeit von Mutterschaft und Erwerbstätigkeit zu ermöglichen und langfristig die Reproduktion der Bevölkerung zu gewährleisten (SPEIGNER 1989). Die Rolle des Mannes als Alleinverdiener und Haupternährer wurde in der DDR durch die Erwerbstätigkeit der Frau beseitigt, wenn auch geschlechtsspezifische Einkommensdifferenzen nie vollständig überwunden werden konnten (BAST UND OSTNER 1992). Die Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt war aber im Vergleich zu den westdeutschen Frauen gering, da ostdeutsche Frauen besser

---

<sup>12</sup>Seit den 1970er Jahren bei über 80% (Statistisches Bundesamt, 2003).

qualifiziert waren als westdeutsche (vgl. SCHNEIDER *et al.* 1995). Der flächendeckende Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen kann als ein besonderes Charakteristikum der Sozialpolitik der DDR angesehen werden. Die Ziele der Erhöhung der Geburtenziffer und die Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt wurden jedoch nicht in einer Neuverteilung der innerfamilialen Arbeit zwischen Mann und Frau gesucht, sondern in neuen Sonderregelungen für Frauen (TRAPPE 1995). Tab. 2 fasst die wichtigsten familienpolitischen Maßnahmen in der DDR noch einmal zusammen.

**Tab. 2** Wichtigste familienbezogenen Unterstützungen in der ehemaligen DDR nach Art der Maßnahme

Maßnahmenart	Maßnahmen
<b>Monetäre Leistungen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Gestaffeltes monatliches Kindergeld (1. Kind: 50 Mark, 2. Kind 100 Mark, ab 3. Kind: 150 Mark)</li> <li>▪ Mütter in Lehrverhältnissen sowie Studentinnen bekamen zusätzlich monatlich 60 Mark pro Kind</li> <li>▪ Einmalige Geburtenhilfe von 1.000 Mark (ab 1987)</li> <li>▪ Ab 1972 zinslose Kredite für junge Ehepaare bis zum 30. Lebensjahr, abzuzahlen innerhalb von acht Jahren, Erlassung von 1.000 Mark bei Geburt des ersten Kindes, 1.500 Mark beim zweiten Kind und 2.500 Mark beim dritten Kind</li> <li>▪ Zahlung einer monatlichen Unterstützung von 250 bis 300 Mark, falls kein Krippenplatz zur Verfügung gestellt werden konnte</li> <li>▪ Mietzulagen</li> </ul>
<b>Realleistungen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Schwangerschaftsurlaub von sechs Wochen vor bis 20 nach der Entbindung, Anspruch auf finanzielle Leistungen in Höhe des letzten durchschnittlichen Wochenverdienstes</li> <li>▪ bezahlte Freistellung von der Arbeit nach Ablauf des Schwangerschaftsurlaubes in Höhe des Krankengeldes, auf das Frauen nach der siebten Woche bei eigener Arbeitsunfähigkeit Anspruch gehabt hätten <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ bis zum Ende des 18. Lebensmonats bei Geburt des dritten Kindes</li> <li>▪ bis zum Ende des zweiten Lebensjahres bei Zwillingsgeburt</li> <li>▪ bis zum Ende des dritten Lebensjahres bei Drillingsgeburt</li> </ul> </li> <li>▪ Öffentliche Ausgaben für kostenlose Kindertageseinrichtungen</li> <li>▪ Schul- und Ausbildungsbeihilfen, Stipendien</li> <li>▪ Legalität eines Schwangerschaftsabbruches innerhalb der ersten zwölf Wochen auf Kosten der Krankenkasse</li> <li>▪ umfassender Kündigungsschutz von Müttern mit Kindern bis zu einem Jahr und von Schwangeren</li> <li>▪ Befreiung Schwangerer von gesundheitsgefährdenden Arbeiten, Nacht- und Überstundenarbeit sowie Möglichkeit von Stillpausen für stillende Mütter</li> <li>▪ besondere Leistungen für Familien mit drei und mehr Kindern, um ein Absinken des Lebensstandards vorzubeugen</li> <li>▪ Arbeitszeitverkürzung der gesetzlich festgelegten Wochenarbeitszeit von 43,75 auf 40 Stunden ohne Lohnminderung für Frauen mit zwei oder mehr Kindern</li> <li>▪ bezahlte Freistellung zur Pflege eines erkrankten Kindes für Verheiratete mit zwei oder mehr Kindern bis zum 14. Lebensjahr bzw. allein erziehenden Müttern</li> <li>▪ Erhalt eines bezahlten freien Arbeitstages (Haushaltstag) für verheiratete bzw. ledige erwerbstätige Frauen mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren im eigenen Haushalt, der auch allein erziehenden Vätern gewährt wurde, (ab 1977 auch für vollzeitbeschäftigte kinderlose verheiratete Frauen und kinderlose ledige Frauen ab 40)</li> </ul>

Quelle: Schwarz (1992), Wendt (1993), Hille (1985), Trappe (1995), Kreyenfeld (2004), eigene Darstellung



### 3.5.6.2 Familien- und Sozialpolitik in der Bundesrepublik

In der Bundesrepublik vor 1990 ist es in Folge wechselnder politischer Machtverhältnisse wiederholt zu Verlagerungen der Zielsetzungen in der Familien- und Sozialpolitik gekommen. Dennoch lassen sich auch hier im Zeitverlauf grob drei Phasen unterscheiden:

- In der ersten Phase der frühen Bundesrepublik bis etwa 1965 war die Familien- und Sozialpolitik durch das Subsidiaritätsprinzip sehr zurückhaltend; es galt das sozialkatholische Prinzip der Nichteinmischung des Staates in die Familie. Leistungen vom Staat waren als generell nachrangig gegenüber der Selbsthilfe und Privatinitiative der Familien anzusehen und familienpolitische Maßnahmen erst im äußersten Notfall von Relevanz. Wohl in bewusster Abgrenzung zum Regime der DDR und zum Nationalsozialismus sollten Ehe, Familie und Geburten reine Privatsache bleiben. Die Sozialisierungsfunktion der Familie sollte der Domäne der Familie überlassen werden. Eine Ganztagesbetreuung in Schulen und Kindergärten wurde als staatliche Einmischung in das Recht der Familie abgelehnt (VASKOVICS *et al.* 1994).
- So wurde das 1955 eingeführte Kindergeld für dritte und weitere Kinder durch autonom betriebene Familienkassen verwaltet und ausbezahlt, um eine direkte Kindergeldauszahlung des Staates zu umgehen. Wegen der Erinnerung an die nationalsozialistische Bevölkerungspolitik sollten nur bedingt (monetäre) Anreize für einen Geburtenanstieg gegeben werden (MÜNCH 1990). Im Mittelpunkt der bundesdeutschen Familienpolitik stand die Wahrung und Festigung der Institution Familie, sodass die frauen- und familienpolitischen Maßnahmen der 1950er- und 1960er-Jahre als konservativ und bewahrend zu charakterisieren sind.
- Die Regierungspartei CDU betonte die Notwendigkeit, die Erziehungsfunktion und die generative Aufgabe der Familie zu stärken (MÜNCH 1990) unter der Sicherung der Norm einer stetigen Vollzeitberufstätigkeit des männlichen Haushaltsvorstandes (vgl. BAST UND OSTNER 1992). Die Einführung familienpolitischer Maßnahmen sollte verhindern, dass Frauen aus ökonomischen Gründen gezwungen wurden, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen. Gleichzeitig wurde propagiert, die Mutter sei für das Wohl der Kinder unabkömmlich, was einen moralischen Druck auf die Frauen erzeugte (SCHÄFGEN 1998).

Doch der einsetzende Wirtschaftsaufschwung und der sich daraus ergebende Arbeitskräftemangel erschwerten die Bemühungen, das Funktionsfeld der Frauen und Mütter auf die Familie und Erziehung zu beschränken. Trotz steigender Gastarbeiterzuwanderung konnte die Nachfrage nach Arbeitskräften nicht befriedigt werden. Dies führte dazu, dass die Bundesregierung die Situation der Frau neu bewerten musste.

Die zweite Phase der bundesdeutschen Familienpolitik begann, als 1966 die SPD die Mehrheit im Parlament errang und reichte bis zum Anfang der 1980er-Jahre. Aufgrund der zunehmenden Frauenerwerbstätigkeit entstand die Diskussion um eine außerfamiliale Vorschulerziehung zur Gewährleistung der Chancengleichheit von Kindern aus unterschiedlichen sozialen Schichten. Der Schutz und die Bewahrung der Familie als Institution verloren an Bedeutung.

Die Familienpolitik zielte stattdessen vermehrt auf die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit und der Stärkung persönlicher Möglichkeiten ab (MÜNCH 1990). Der Aussicht, Erwerbstätigkeit und Familie bei den Frauen vereinbar zu gestalten, wurde politische Priorität eingeräumt. Zur Umsetzung wurde ein Drei-Phasen-Modell favorisiert: An eine Phase der Ausbildung und Erwerbstätigkeit schließt sich eine Familienphase bei Heirat oder spätestens bei Geburt eines Kindes an. Nach Heranwachsen des Kindes folgt dann eine Phase erneuter Erwerbstätigkeit.

Um die fehlende Weiterqualifizierung der Mütter infolge des Aussetzens der Erwerbstätigkeit durch die Kindererziehungsphase nachholen zu können, verabschiedete die SPD 1969 das Berufsbildungsgesetz sowie Arbeitsförderungsgesetz, welche die Teilnahme an Bildungsmaßnahmen und die (Re-)Integration in den Arbeitsmarkt erleichtern und die Gleichberechtigung der Geschlechter auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt fördern sollten (SCHÄFGEN 1998). Der Mitte der 1970er-Jahre einsetzende Wirtschaftsabschwung in Folge der Ölkrisen mit Folgen, wie Dauerarbeitslosigkeit, Reallohnsenkungen und Kürzung sozialer Leistungen bereitete der verstärkten Einbeziehung der Frauen in den Arbeitsmarkt ein Ende.

Die weit überdurchschnittliche Frauenarbeitslosigkeit verdeutlichte die misslungenen Gleichstellungsbemühungen am Arbeitsmarkt. Allerdings wurden die bereits erreichten Maßnahmen nicht wieder zurückgefahren. Nun ging es darum, die Wahlfreiheit der Mütter zwischen Beruf und Familie abzusichern. Ein Bündel von Maßnahmen sollte die Konfliktsituation von Frauen zwischen Familie und Erwerbstätigkeit vermindern. Dazu gehörte die gesellschaftliche Anerkennung der Erziehungsleistungen durch ein Erziehungsgeld für Mütter, die Anrechnung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung sowie die verstärkte Förderung von Teilzeit- und Gleitzeitarbeitsformen (vgl. SCHÄFGEN 1998). Rechtlich wurde die Vormundschaft des Ehemannes über die Ehefrau endgültig 1976 durch die Reform des Ehe- und Familienrechts beseitigt. Erst seitdem waren beide Ehepartner gleichermaßen berechtigt, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen (BAST UND OSTNER 1992). Das Ideal bzw. Leitbild der 'Hausfrauenehe' wurde damit formal aufgehoben, die innerfamiliäre Arbeitsteilung zur Privatsache der Ehepartner erklärt (SCHÄFGEN 1998).

Allerdings wurde die zur erfolgreichen Umsetzung des Konzeptes notwendige Veränderung der Rahmenbedingungen nicht vorangetrieben: Das weiterhin praktizierte Ehegattensplitting

ist beispielsweise eine praktische Bevorzugung des traditionellen Familienmodells, da Ehen mit zwei vollzeiterwerbstätigen Partnern gegenüber Ehen mit einem Alleinverdiener finanziell benachteiligt werden (SCHÄFGEN 1998, DINGELDEY 2000).

Die dritte Phase der bundesdeutschen Familienpolitik ist dem konservativ-liberalen Machtwechsel im Jahr 1982 geschuldet. Das Ziel der Familienpolitik, eine Gleichberechtigung der Partner im Erwerbs- und Familienleben zu erreichen, wurde abgelöst durch die politische und juristische Forderung nach einer Gleichgewichtung der Haus- und Erwerbsarbeit. Mitte der 1980er-Jahre sollte dies durch vier familienpolitische Maßnahmen gewährleistet werden: Erziehungsgeld, Erziehungsurlaub, Maßnahmen zur (Re-)Integration in den Arbeitsmarkt sowie Anrechnung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung (BAST UND OSTNER 1992).

Mit diesen Maßnahmen wurden Erziehungsleistungen finanziell vergütet, um einen vollständigen Ausstieg aus der Erwerbstätigkeit für eine bestimmte Zeit abzusichern. Dieser familienpolitisch begünstigte Rückzug aus der Erwerbstätigkeit führte jedoch faktisch zu einem Abbau der Berufschancen von Müttern. Die Maßnahmen verfolgten zwar das Ziel der Gleichberechtigung, verfestigten aber die konservative familiäre Arbeitsteilung. Durch eine Zunahme der Teilzeiterwerbstätigkeit wurde keine Notwendigkeit geschaffen, ausreichend Ganztages-Kinderbetreuungsplätze zur Verfügung zu stellen (MÜNCH 1990).

Der Zuwachs an staatlichen Zuwendungen hielt nicht mit der allgemeinen Lohnentwicklung und der Verteuerung der Kindererziehungskosten Schritt: Zwischen 1965 und 1986 nahmen Kindergeld und Steuerfreibetrag bei vier Kindern um 122% zu, während die Bruttoeinkommen aller Versicherten um etwa 300% zunahmen (vgl. KAUFMANN 1990). Überdies verzichtete der Staat, anders als in der DDR, darauf, die Vereinbarkeit von Mutterschaft und Berufstätigkeit als Leitbild festzuschreiben und eine bewusste Frauenförderung zu betreiben. Die Freistellung von Müttern war zwar durch Mutterschutz und durch das Bundeserziehungsgeldgesetz geregelt, doch gab es wenig staatliche Bemühung, die daraus resultierende Diskontinuität der weiblichen Berufsbiografie und die Benachteiligung auf Arbeitsmärkten zum Gegenstand einer kompensierenden Politik zu machen (VASKOVICS *et al.* 1994, DINGELDEY 2000).

In der Bundesrepublik richtete sich die Familienpolitik auf eine Verbesserung der familialen Bedingungen für die Erziehung und Versorgung der Kinder durch die Mutter. Die Familienpolitik war daher weniger pronatalistisch orientiert als in der DDR, obwohl Demografen, wie BIRG (1975) oder BUTTLER (1979) bereits Ende der 1970er-Jahre auf das Problem der sinkenden Geburtenrate hinwiesen und die damit einhergehenden Probleme für die Gesellschaft thematisierten.

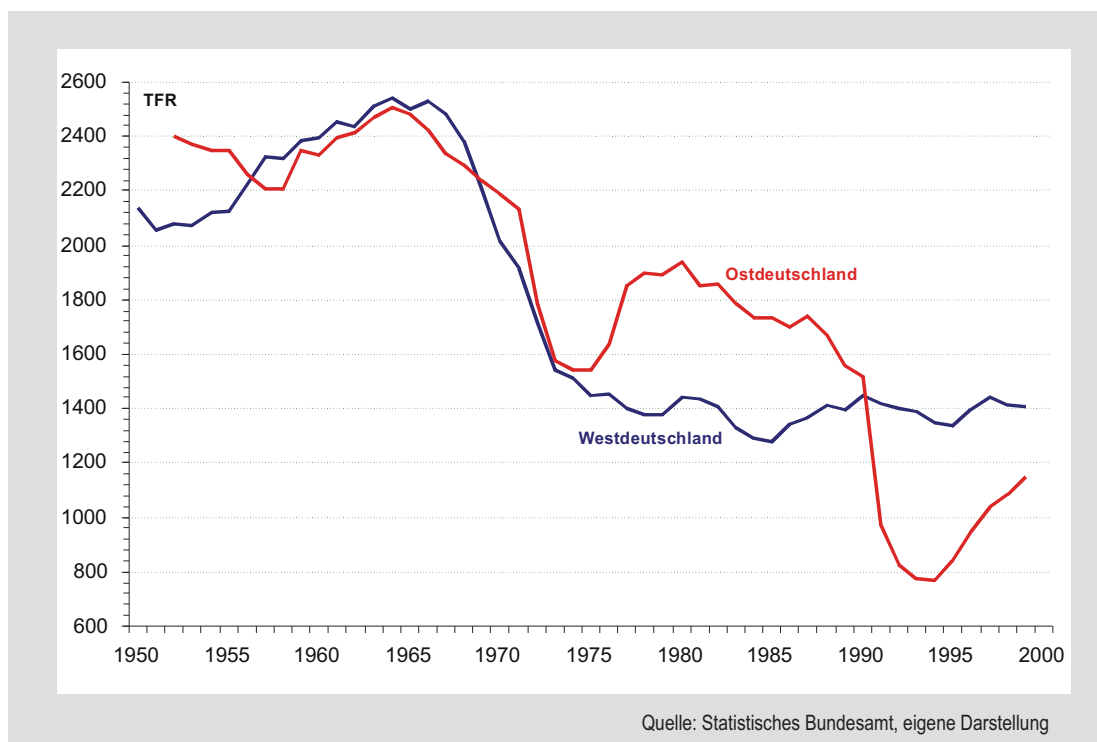
### 3.5.6.3 Entwicklung des Fertilitätsverhaltens in Deutschland

Seit mehr als 30 Jahren liegt das Geburtenniveau in Deutschland unter dem Wert, der langfristig den Bestand der Gesellschaft ohne Zuwanderung von außen sichern würde. Eine zunehmende Alterung der Bevölkerung und eine zukünftig spürbare Abnahme der Bevölkerungszahl sind die Folge.

Mit 1,38 Kindern je Frau im Jahr 2008 weist Deutschland nach den südeuropäischen Ländern sowie den Transformationsländern Osteuropas die niedrigste zusammengefasste Geburtenziffer in der Europäischen Union auf. Wurden im Jahre 1964 noch 1.357.000 Kinder geboren, so waren es im Jahre 2006 lediglich 672.000 Kinder. Dies entspricht der niedrigsten Geburtenzahl in Deutschland seit 1945 (STATISTISCHES BUNDESAMT 2008). In der retrospektiven Betrachtung erfuhren West- und Ostdeutschland in der Folgezeit des zweiten Weltkriegs bedingt durch Nachholeffekte einen deutlichen Anstieg der Fertilität, mit einer zusammengefassten Geburtenziffer von 2,5 Kindern pro Frau im Jahr 1964. Mit der Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen sowie der Freigabe der Antibabypille setzte ab 1965 zunächst in Ostdeutschland ein erheblicher Rückgang der Fertilitätsraten ein, der in Westdeutschland zeitverzögert um zwei Jahre ebenfalls zu beobachten war.

Während man in der ehemaligen DDR den sinkenden Fertilitätsraten ab 1976 mit staatlichen Maßnahmen zur Unterstützung der Familien begegnete und damit die Zahl der Geburten bis 1980 auf 1,9 Kinder je Frau steigern konnte (vgl. BÜTTNER UND LUTZ 1990), erreichte die zusammengefasste Geburtenziffer in Westdeutschland Mitte der 1980er-Jahre ihren Tiefstwert von weniger als 1,3 Kindern je Frau, stieg allerdings daraufhin wieder leicht an (vgl. Abb. 2). Mit dem Zusammenbruch des Sozialismus und den damit einhergehenden Transformationsprozessen sank die Fertilitätsrate in Ostdeutschland deutlich von 1,5 Kindern je Frau im Jahre 1990 auf 0,8 im Jahre 1994, während sie in Westdeutschland relativ konstant blieb (vgl. BHAUMIK UND NUGENT 2005).

Zwischen 1995 und 2006 kam es wieder zu einer Angleichung der Fertilitätsraten in Ost- und Westdeutschland auf einem Niveau von durchschnittlich etwa 1,3 Kindern pro Frau. Mit dieser zusammengefassten Geburtenziffer stellt jede Kindergeneration aber nur noch etwa ein Drittel der jeweiligen Elterngeneration dar.



**Abb. 2** Zusammengefasste Geburtenziffern pro 1.000 Frauen in West- und Ostdeutschland

Die gesellschaftliche Leitvorstellung in Deutschland orientiert sich bis heute in hohem Maße an der Zwei-Kind-Familie. Für die Mehrheit (57%) der 18- bis 44-Jährigen gehörten im Jahr 2003 zwei Kinder zum Ideal. Auch im Jahr 2006 sahen dem Eurobarometer zufolge deutsche Frauen im Durchschnitt 2,24 Kinder als ideal an. Ostdeutsche Frauen (2,09) hielten im Vergleich zu westdeutschen Frauen (2,28) etwas kleinere Familien für ideal. In keinem anderen europäischen Land ist zudem die als ideal angesehene Kinderzahl zwischen 2001 und 2006 derart stark gestiegen wie in Deutschland<sup>13</sup> (TESTA 2006), was möglicherweise auf ein gestiegenes Bewusstsein für die Problematik der Geburtenentwicklung hindeuten könnte.

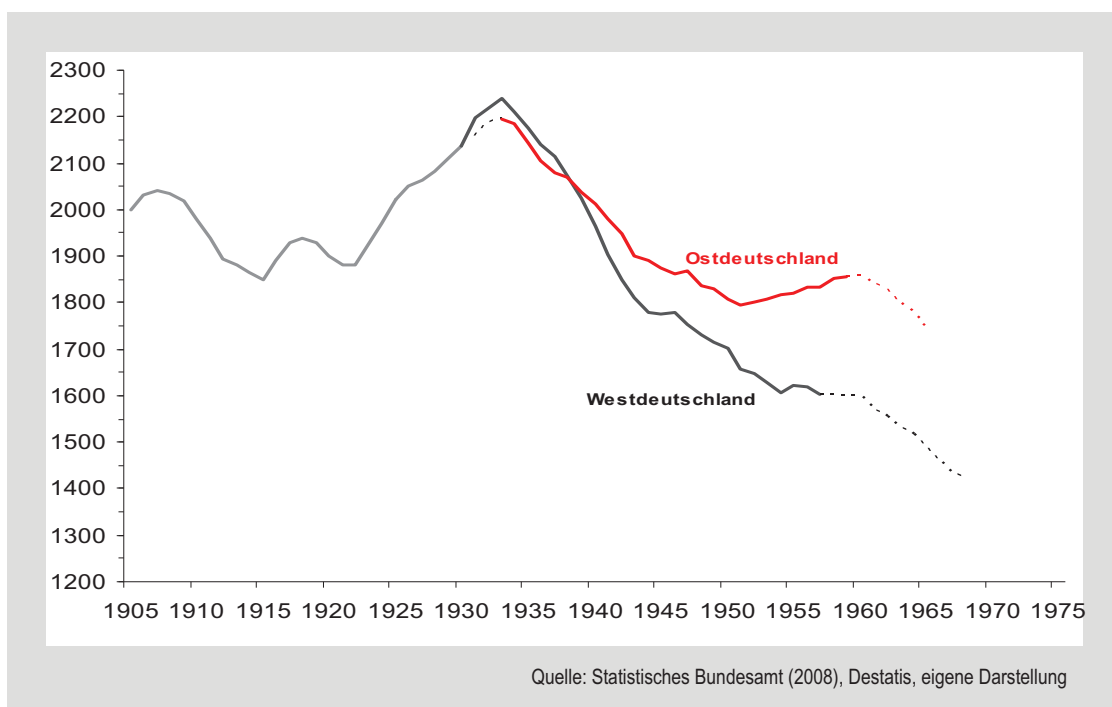
### *Kohortenfertilität*

Ein wichtiger Ansatzpunkt zum Verständnis der Geburtenentwicklung ist die Betrachtung der Fertilität, getrennt für verschiedene Alterskohorten. Hierbei wird nicht die durchschnittliche Anzahl an Kindern pro Frau in einem bestimmten Jahr analysiert, sondern die durchschnittliche Anzahl an Kindern, die eine Frau am Ende ihres gebärfähigen Alters bekommen hat. Diese Perspektive bildet die Entwicklung des Geburtengeschehens besser ab, als Gesamtfertilitätsraten in der Querschnittsbetrachtung (ENGSTLER UND MENNING 2003). Die nachfolgenden Aussagen hierzu entstammen dem Bericht zur Sondererhebung 'Geburten in Deutschland'

<sup>13</sup> Um 0,28 Kinder bei den Frauen und 0,51 Kinder bei den Männern.

des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2006 (STATISTISCHES BUNDESAMT, 2008), wemngleich die Entwicklung der Kohortenfertilität in beiden deutschen Staaten bereits von HÖHN UND SCHUBNELN (1986), SCHWARZ (1992) oder MEYER (1996) untersucht wurden.

Abgeschlossene Geburtenziffern liegen nur für jene Frauen vor, die zum Zeitpunkt der Erhebung 50 Jahre oder älter waren, die also vor 1957 geboren wurden. Für jüngere Frauen können die erreichten Geburtenziffern unter der Berücksichtigung interpretiert werden, dass sie im Jahr 2006 noch gebärfähig sind und sich die Geburtenziffern somit noch erhöhen werden (Fort-schreibung der Kohortenfertilität als gestrichelte Linien in Abb. 3).



**Abb. 3** Zusammengefasste Geburtenziffern pro 1.000 Frauen in West- und Ostdeutschland in der Kohortenbetrachtung

Die älteste in der Studie enthaltene Frauengeneration, geboren zwischen 1931 und 1936, hat durchschnittlich noch zwei Lebendgeburten zur Welt gebracht. Alle späteren Generationen haben jedoch durchschnittlich weniger Kinder bekommen. Die aktuellste abgeschlossene Geburtenziffer bezieht sich auf 50- bis 54-jährige Frauen im Jahr 2006 und beträgt circa 1,7 Kinder pro Frau. Obwohl ein leichter Abwärtstrend in der Zahl der Kinder für die jüngeren Generationen zu erkennen ist, kann hierzu aufgrund der fortdauernden Gebärfähigkeit der Frauen noch keine abschließende Zahl genannt werden. Im Ost-West-Vergleich zeigt sich in Abb. 3, dass die abgeschlossenen Geburtenziffern in den neuen Ländern für alle Frauenkohorten über denjenigen in den alten Ländern liegen.

Eine weitere mögliche Determinante der Fertilität ist der Familienstand der Frau. Obwohl im Jahr 2006 in den Alten Ländern 30% und in den Neuen Ländern sogar 60% aller Geburten außerhalb einer Ehe auftraten, zeigt sich bei der Kohortenbetrachtung ein stark positiver Zusammenhang zwischen Ehe und Fertilität. So ist die Geburtenziffer über alle Bildungsabschlüsse hinweg für verheiratete Frauen deutlich höher als für unverheiratete. Am größten ist der Unterschied bei 35- bis 39-jährigen Frauen mit dem höchsten beruflichen und schulischen Bildungsabschluss: Verheiratete Frauen mit (Fach-) Abitur (Hochschulabschluss) haben eine erreichte Geburtenziffer von 1,5 (1,3) während unverheiratete Frauen im Durchschnitt lediglich 0,4 Kinder bekommen haben (STATISTISCHES BUNDESAMT 2008).

### Kinderlosigkeit

Im Ausmaß der Kinderlosigkeit bestehen zwischen West- und Ostdeutschland deutliche Unterschiede. Während in Westdeutschland (Ostdeutschland) zehn Prozent (neun Prozent) der im Jahre 1940 geborenen Frauen kinderlos blieben, sind bereits 28 Prozent (zehn Prozent) der im Jahre 1965 geborenen Frauen von Kinderlosigkeit betroffen (DORBRITZ UND GÄRTNER 1999, ENGSTLER UND MENNING 2003).

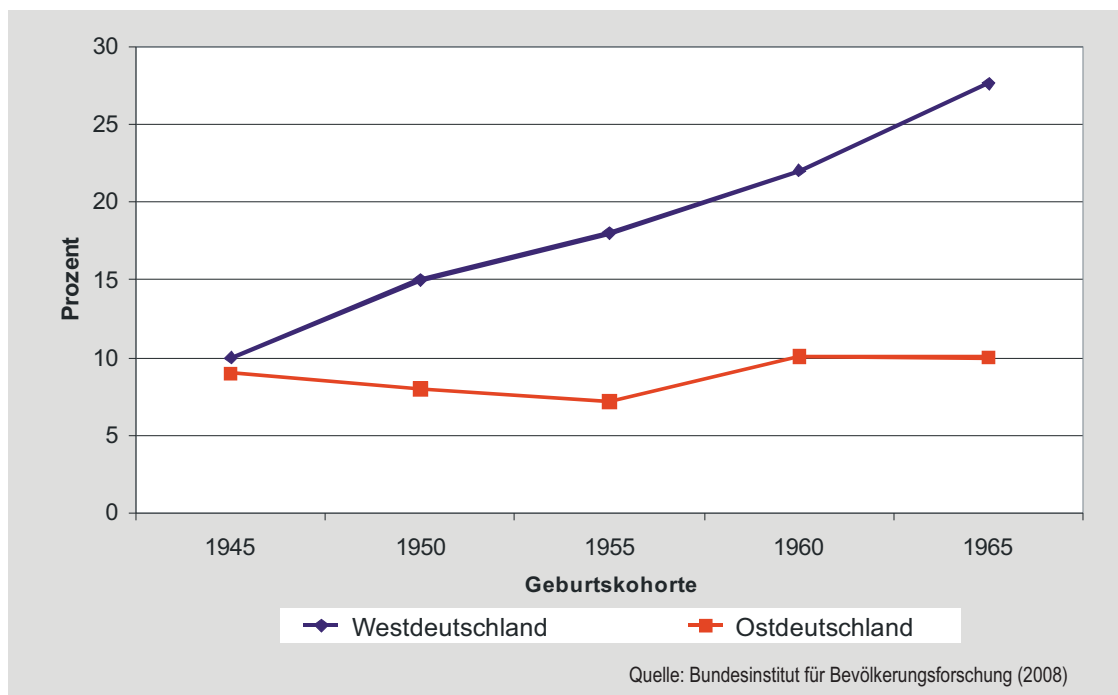


Abb. 4 Kinderlosigkeit in Deutschland

Neben regionalen Unterschieden in der Kinderlosigkeit lassen sich allerdings auch qualifikationsspezifische Disparitäten ausmachen (WENDT 1993). So beträgt der Anteil der Mütter unter den Frauen mit akademischem Abschluss oder Fachhochschulabschluss (Geburtsjahrgänge 1931 bis 1966) lediglich 79%, unter den Frauen mit niedrigem Bildungsabschluss hingegen 86%

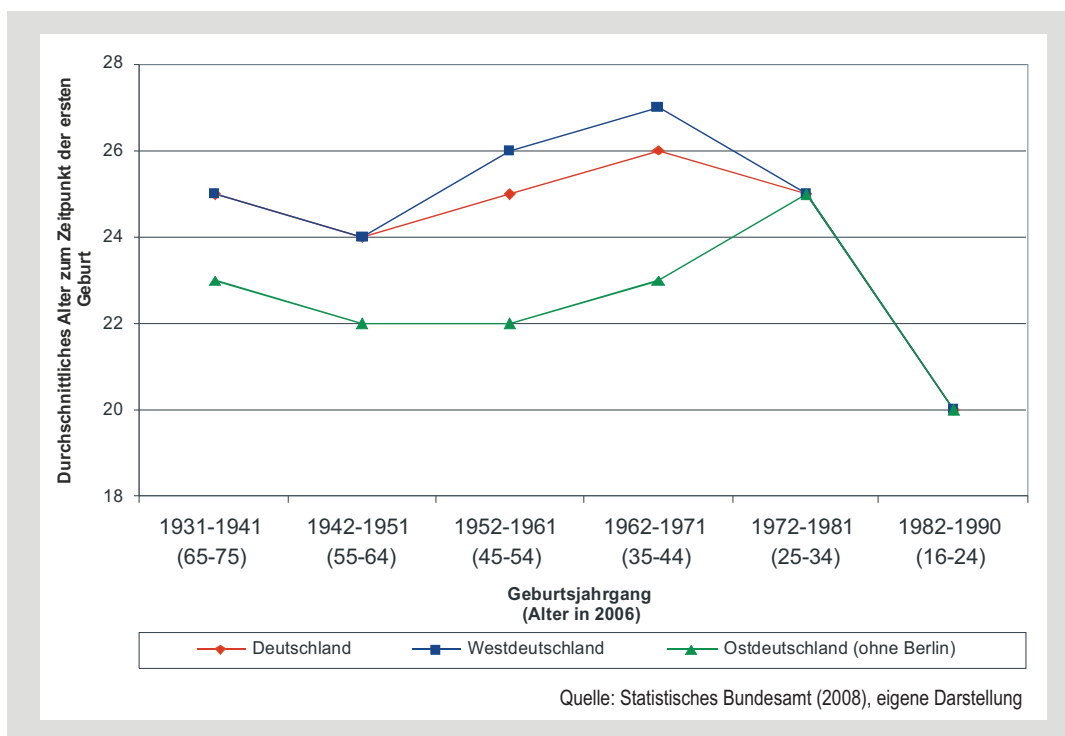


(STATISTISCHES BUNDESAMT 2008). Dieser Zusammenhang deutet möglicherweise auf die Bedeutung der Opportunitätskosten hin. Der relative Preis der Kindererziehung steigt zu Lasten der Fertilität mit dem Bildungsniveau. Demgegenüber besteht in Ostdeutschland kein positiver Zusammenhang zwischen dem Bildungsniveau und der Kinderlosigkeit, was an einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Ostdeutschland liegen kann. Schließlich ist die Versorgung mit Kinderrippenplätzen gerade in Ostdeutschland vergleichsweise hoch.

### *Durchschnittsalter bei Geburt*

Die abnehmende Kinderzahl in Deutschland ist offenbar auch auf eine Verzögerung der Familienbildung aufgrund von langen Ausbildungszeiten und einer späten Arbeitsmarktintegration zurückzuführen. Die Phase des Arbeitsmarkteintritts wird als 'Rushhour' im Leben empfunden, während die vielfältigen Ansprüche und Anforderungen (Aufbau von privaten Bindungen, berufliche Karriere, Realisierung von Konsumwünschen, Realisierung von Kinderwünschen) zeitlich schwierig zu koordinieren sind (BERTRAM 2009). Hierzu passt, dass das Durchschnittsalter der Frau zum Zeitpunkt der Geburt des ersten Kindes in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen ist. Lagen die meisten Geburten der Frauen in den 1960er-Jahren für Westdeutschland (Ostdeutschland) noch im Alter von etwa 26 (23) Jahren, wurde der Geburtenzenit im Jahr 2005 hingegen erst mit 31 (29) Jahren erreicht. In der Kohortenbetrachtung (vgl. Abb. 5) zeigt sich, dass Frauen, die zwischen 1962 und 1971 geboren wurden, zum Zeitpunkt ihrer Erstgeburt im Durchschnitt 26 Jahre alt waren. Damit hat sich das Durchschnittsalter zum Zeitpunkt der ersten Geburt gegenüber den Geburtenkohorten 1942 bis 1951 um zwei Jahre erhöht.

Beim Vergleich der Entwicklung des Alters bei der ersten Geburt zwischen den neuen und alten Bundesländern zeigen sich große Unterschiede. Ostdeutsche Frauen der Geburtenkohorten 1931 – 1951 haben ihr erstes Kind im Schnitt zwei Jahre früher bekommen als westdeutsche Frauen. Diese Differenz ist für Frauen, die sich im Jahr 2006 zwischen Alter 35 – 45 befanden, sogar noch angestiegen. Ein möglicher Grund hierfür könnte in den besseren Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch eine stärker ausgebaute Infrastruktur bei der Kleinkindbetreuung in Ostdeutschland liegen. Dies erlaubt berufstätigen Frauen eher, auch während der für die Karriere entscheidenden Anfangsphase im Beruf schon Kinder zu bekommen. Die Zahlen untermauern, dass in der alten Bundesrepublik seit den späten 1960er-Jahren die Norm aufkam, einen Kinderwunsch erst nach abgeschlossener Ausbildung zu realisieren. Diese Norm der späten Mutterschaft verfestigte sich und gilt bis heute fort. In der ehemaligen DDR etablierte sich dagegen die Norm einer frühen Mutterschaft, die durch die politischen Rahmenbedingungen begünstigt wurde.



**Abb. 5** Alter zum Zeitpunkt der Erstgeburt für die Geburtskohorten 1931 – 1990

### 3.5.6.4 Familienpolitische Rahmenbedingungen

Gegenwärtig umfasst die Familienpolitik in Deutschland mehr als 150 familienbezogene Leistungen und Maßnahmen mit einem finanziellen Umfang von 189 Milliarden Euro, die wiederum zwischen monetären und nicht-monetären Leistungen zu differenzieren sind (HÜLSKAMP UND SEYDA 2004). In Bezug auf die monetären Leistungen der Familienpolitik sind insbesondere das Kindergeld, der Kinderfreibetrag und das Ehegattensplitting im Rahmen der Einkommensteuer sowie das Elterngeld hervorzuheben (KIRNER 2001). Tab. 3 fasst die wichtigsten Leistungsarten zusammen. Das finanzielle Gesamtvolumen der ehe- und familienbezogenen Leistungen erreicht dabei fast 200 Mrd. Euro. Vor allem die direkten Barleistungen für Familien sind im internationalen Vergleich umfangreich (ABRAMOVICI 2003). Grundsätzlich ist die Familienpolitik Deutschlands auf der einen Seite durch vergleichsweise großzügige Transferleistungen, aber auf der anderen Seite durch restriktive Leistungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie gekennzeichnet (RÜRUP UND GRUESCU 2003).

Bereits seit 1954 beziehen die Familien Kindergeld, das allerdings in den Anfangsjahren lediglich für jedes dritte und weitere Kinder gezahlt wurde. Im Jahr 1961 wurde die Zahlung auf das zweite Kind und 1975 auf das erste Kind ausgeweitet. Die Höhe des Kindergeldes ist nach

der Kinderzahl gestaffelt. Gegenwärtig (2009) beläuft sich das Kindergeld für die ersten drei Kinder auf jeweils 164 Euro, während für das vierte und jedes weitere Kind ein Betrag von 195 Euro angesetzt ist. Grundsätzlich wird das Kindergeld bis zur Vollendung 18. Lebensjahrs von den Familienkassen der Bundesarbeitsagentur gezahlt, wobei der Anspruch auf das Kindergeld den Eltern, nicht den Kindern obliegt. Sofern das entsprechende Kind die Ausbildung noch nicht abgeschlossen hat erfolgt die Zahlung des Kindergelds bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres. Das Kindergeld wird unabhängig vom Erwerbsstatus der Eltern gewährt. Die Höhe der finanziellen Unterstützung ist jedoch von der Höhe des Familieneinkommens abhängig, denn das Kindergeld konkurriert mit einem Kinderfreibetrag bei der Einkommensteuer. Der Freibetrag in der Veranlagung zur Einkommensteuer, der aufgrund von Elternschaft beantragt werden kann, beläuft sich für ein gemeinsam veranlagtes Ehepaar auf bis zu 5.808 Euro. Der Kinderfreibetrag wird dabei nur unter der Voraussetzung gewährt, dass sich dieser für die Familie als günstiger erweist als das jeweilige zuvor ausbezahlte Kindergeld (PARSCHE *et al.* 2003).

**Tab 3** Wichtigste familienbezogene Unterstützungen in Deutschland nach Art der Maßnahme

<b>Maßnahmenart</b>	<b>Maßnahmen</b>
<b>Monetäre Leistungen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Gestaffeltes Kindergeld (alternativ zum Kinderfreibetrag)</li> <li>▪ Mutterschafts- und Elterngeld</li> <li>▪ Erhöhter Leistungsbezug beim ALG II</li> <li>▪ Kinderzuschlag</li> <li>▪ Anteil der Kinder am Wohngeld</li> </ul>
<b>Realleistungen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Elternzeit</li> <li>▪ Öffentliche Ausgaben für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege</li> <li>▪ Hilfe zur Erziehung / Jugendhilfe</li> </ul>
<b>Sozialversicherungen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Beitragsfreie Mitversicherung von Ehepartnern und Kindern in der Kranken- und Pflegeversicherung</li> <li>▪ Ermäßigter Beitragssatz in der Sozialen Pflegeversicherung</li> <li>▪ Erhöhter Leistungsbezug beim ALG I</li> </ul>
<b>Steuerliche Leistungen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Ehegattensplitting</li> <li>▪ Entlastungsbetrag für Alleinerziehende</li> <li>▪ Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten</li> <li>▪ Kinderfreibetrag (alternativ zum Kindergeld)</li> <li>▪ Kinderkomponente bei der Eigenheimförderung</li> </ul>

In Deutschland behindert das Steuer- und Abgabensystem und die institutionelle Betreuungssituation die Ausübung qualifizierter Teilzeitarbeit für Mütter, wie sie von vielen Familien zum Wiedereinstieg in den Beruf nach einer Elternpause gewünscht wird. Daher rechnet es sich

für die Familien eher, dass der Hauptverdiener – im Regelfall nach wie vor der Vater – mehr arbeitet, als dass der zweite Partner eine qualifizierte Teilzeitarbeit aufnimmt. Zur Anreizproblematik für Verheiratete trägt beispielsweise auch das Ehegattensplitting bei, welches im Rahmen der Einkommensteuer als indirekte familienpolitische Maßnahme angesehen werden kann. Der verbundene Steuervorteil ist höher, wenn die Mutter im Zuge der Kindererziehung aus dem Erwerbsleben ausscheidet (MEYER 2005), was zu einer Verfestigung der traditionellen familiären Rollenverteilung zwischen Mann und Frau beiträgt.

Der so genannte Versicherungsnutzen durch Kinder wird in Deutschland durch ein umfangreiches soziales Sicherungssystem zunehmend irrelevant. Dennoch erfolgt eine gewisse Berücksichtigung der Entscheidung für Kinder in den deutschen sozialen Sicherungssystemen. In der Gesetzlichen Rentenversicherung werden beispielsweise Elternzeiten bei der Feststellung des Rentenanspruchs als Pflichtbeitragszeit anerkannt. In der Lebensperspektive wird der Einkommensverlust durch eine geburtenbedingte Erwerbsunterbrechung vor allem für Bezieher unterdurchschnittlicher Einkommen damit verringert (BOLL 2009).

In der Gesetzlichen Krankenversicherung ist die beitragsfreie Mitversicherung von nicht arbeitenden Ehepartnern und Kindern eine bedeutsame familienbezogene Leistung. Als indirekter Transfer, begünstigt die kostenlose Versicherung vor allem Familien mit einem unterdurchschnittlichen Einkommen.

In der Sozialen Pflegeversicherung sind Kinderlose gegenüber Eltern nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts geringfügig schlechter gestellt. Kinderlose zahlen einen erhöhten Beitragssatz (1,9% gegenüber 1,7%). Die Begründung liegt darin, dass bei Kinderlosen der Beitrag der persönlichen Angehörigen zu den Pflegeleistungen entfällt.

Über die monetären Leistungen hinaus fördert die Familienpolitik insbesondere die Betreuung von Kindern zwischen Null und sechs Jahren in Kinderkrippen sowie Kindergärten und leistet auf diesem Wege einen Beitrag zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Sowohl die Planung als auch die Finanzierung obliegt entsprechend des Subsidiaritätsprinzips in erster Linie den Kommunen. Die Versorgung mit Betreuungsplätzen hängt dabei nicht nur von den vorhandenen Finanzmitteln, sondern auch von der politischen Prioritätensetzung in den jeweiligen Kommunen ab. Dies führt zu einer zum Teil erheblichen regionalen Variation der Versorgungsdichte im Krippen-, Kindergarten- und Hortbereich.

Gemäß der Bundesjugendstatistik (2006) sind die Betreuungsquoten der Kinder auch bezüglich des Altersabschnitts sehr heterogen. Während die Betreuungsquoten in Kindertageseinrich-

tungen sowie der Kindertagespflege für 3 – 6 jährige Kinder mit 86,9% recht hoch ausfallen, sind die Betreuungsquoten für 0 – 3-Jährige mit 13,6% wesentlich geringer, wenngleich der Osten Deutschlands für die Kinder unter drei Jahren deutlich mehr Betreuungsangebote zur Verfügung stellt. Um dieser Divergenz zu begegnen, hat der Bundestag im Jahr 2008 das Kinderförderungsgesetz (KiföG) beschlossen, mit dem die Betreuungsquoten für Kinder zwischen 0 und 3 Jahren bis zum Jahr 2013 auf 35% ausgeweitet werden sollen.

Da die Betreuung durch die Mutter im Kleinkinderbereich der Regelfall ist, sind die Elternschutzgesetze in Deutschland großzügig angelegt. Hierzu gehören lange und flexibel zu nehmende Elternzeiten, verbunden mit einem Rückkehrrecht in den ursprünglichen Beruf. Zudem ist das Recht, Teilzeit zu arbeiten, besonders ausgeprägt. Die Elternzeit ermöglicht Müttern oder Vätern eine Erziehungszeit von bis zu 36 Monaten, innerhalb derer der Arbeitgeber den Arbeitsplatz zur Rückkehr frei halten muss. Die Elternzeit verlängert sich um weitere 36 Monate, wenn innerhalb der Elternzeit ein weiteres Kind geboren wird (LEITNER 2008).

Um das Haushaltseinkommen in der Elternpause besser zu sichern, wurde im Jahr 2007 ein einkommensabhängiges Elterngeld nach skandinavischem Vorbild eingeführt, das das bis dahin gültige Erziehungsgeld ablöste. Ziel des am 5. Dezember 2006 beschlossenen Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes (BEEG) ist es, die Opportunitätskosten der Kinderbetreuung im Sinne einer nachhaltigen Familienpolitik zu reduzieren, indem die Eltern für den temporären Einkommensverlust nach der Geburt des Kindes durch einen einkommensabhängigen Transfer kompensiert werden. Dieser Transfer entspricht 67% des in den letzten 12 Monaten vor Geburt des Kindes verfügbaren durchschnittlichen Nettoeinkommens und wird für maximal 14 Monate an den Antrag stellenden Elternteil ausbezahlt. Die Untergrenze des Elterngelds liegt bei 300, die Obergrenze bei 1.800 Euro. Durch die Orientierung des Elterngeldes am vergangenen Einkommen soll der Anreiz, sich der Kinderbetreuung zu widmen und temporär aus dem Erwerbsleben auszuschneiden, auch für Bezieher hoher Einkommen aufrechterhalten werden. Hierin liegt der wesentliche Unterschied zu dem bis 2007 gültigen Erziehungsgeld, das nicht einkommensabhängig sondern pauschal ausbezahlt wurde, sofern eine bestimmte Einkommensobergrenze nicht überschritten wurde (BMFSFJ 2006). Der zweite Ansatz ist, dass mit der expliziten Förderung von 'Vätermonaten' erstmals ein gleichstellungsorientiertes Instrument in die deutsche Ehe- und Familienpolitik eingeführt wurde.

Da Deutschland ein föderales Regierungssystem besitzt, sind der Bund und die Länder für verschiedene Teilbereiche der familien- und sozialpolitischen Leistungen zuständig. Der Bund ist verantwortlich für die Ausgestaltung des Familien-, Steuer- und Baurechtes, der Beschäftigungs-

politik sowie relevanter Aspekte der Situation von Familien ebenso wie deren Berücksichtigung in den Sozialversicherungssystemen einschließlich der Sozialhilfe und der Ausbildungsförderung (WINGEN 2004).

Die Länder verantworten im Rahmen der FSP die Umsetzung von relevanten Bundesgesetzen sowie die Gewährung finanzieller Leistungen, wie etwa dem Wohngeld oder der Berufsausbildungsförderung. Eine alleinige Gesetzgebungskompetenz weisen die Bundesländer in Bereichen des Bildungswesens und des Schulrechtes auf. Schließlich müssen auf kommunaler Ebene das Angebot an öffentlicher Institutionen bzw. Infrastrukturen mit dem Zeitbudget der Familie abgestimmt sein. Dazu gehört auch der Aufbau geeigneter Kinderbetreuungseinrichtungen und die Förderung neuer Wohn- und Arbeitsformen (WINGEN 2004). Eine gewichtige Rolle der Ausgestaltung familien- und sozialpolitischer Maßnahmen liegt weiterhin im Verantwortungsbereich der Länder und Kommunen (vgl. Tab. 4).

**Tab. 4** Maßnahmen und Instrumente der Familienpolitik auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene

<b>Form der Unterstützung</b>	<b>Bund</b>	<b>Länder und Kommunen</b>
<b><i>Direkte finanzielle Leistungen</i></b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kindergeld</li> <li>• Eltern- bzw. Erziehungsgeld</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Begrüßungsgeld (Einmalzahlung)</li> </ul>
<b><i>Steuervorteile</i></b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kinderfreibetrag</li> <li>• Ehegattensplitting</li> </ul>	
<b><i>Indirekte Leistungen</i></b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Berufsausbildungsförderung</li> <li>• Studienabschlussförderung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bereitstellung kostenloser Schulen und Betreuungseinrichtungen</li> <li>• Kinder- und Jugendhilfe</li> <li>• Öffentliche Infrastruktur (Spielplätze, Sportanlagen, etc.)</li> </ul>
<b><i>Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie</i></b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Elternzeit (Erziehungsurlaub)</li> <li>• Kündigungsschutz für Schwangere</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Förderung von Ganztageseinrichtungen bzw. Tagesmüttern</li> </ul>

Quelle: Wingen (2004), eigene Zusammenstellung

### 3.5.6.5 Evaluation familienpolitischer Einflussfaktoren

Die Wirkungen von Erwerbsunterbrechungen durch Elternzeit auf die Karriereentwicklung sind für Deutschland empirisch gut belegt. KUNZE UND EJRNÆS (2004), ZIEFLE (2004) sowie BEBLO UND WOLF (2002) untersuchen die Einkommensverluste von Frauen nach der Geburt ihres ersten Kindes im Vergleich zu kinderlosen Frauen. KUNZE UND EJRNÆS (2004) finden, dass vor allem niedrig qualifizierte Mütter Einkommensverluste erfahren, während der Einkommensnachteil im Vergleich zu Kinderlosen bei Hochqualifizierten nicht signifikant ist. ZIEFLE (2004) zeigen aber, dass sich die Dauer der Elternzeit mittel- bis langfristig negativ auf spätere Karrierechancen auswirkt. Bei Rückkehr zum bisherigen Arbeitgeber ist der Karriereeffekt zwar schwächer, bleibt aber teilweise erhalten. BEBLO UND WOLF (2002) ermitteln, dass die negativen Einkommenseffekte der Erwerbsunterbrechung geringer ausfallen, je früher sie im Lebensverlauf stattfindet.

Die Frage, welche Bedeutung die Kinderbetreuung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und damit die Fertilitätsentscheidung hat, thematisiert ebenfalls eine Reihe von empirischen Studien. Während aus zahlreichen internationalen Studien (vgl. MCDONALD 2000, RINDFUSS UND BREWSTER 1996) hervorgeht, dass ein besserer lokaler Versorgungsgrad mit Kindergartenplätzen positiv auf das Geburtenniveau (und die Partizipationsrate von Frauen) wirkt, ist die empirische Evidenz zu diesem Thema in Bezug auf Deutschland nicht eindeutig.

HANK (2002) untersucht für Westdeutschland auf der Basis des Sozio-ökonomischen Panels den Einfluss kommunaler Kinderbetreuungsmöglichkeiten auf die Wahrscheinlichkeit einer ersten und zweiten Geburt. Es zeigt sich, dass die Zahl der Kindergartenplätze für Kinder zwischen drei und sechs Jahren je 1.000 Einwohner keinen signifikanten Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit einer ersten und zweiten Geburt hat. Eine weitere Studie von HANK UND KREYENFELD (2003) bestätigt dieses Resultat.

HANK *et al.* (2004) erweitern das Studienkonzept um den Versorgungsgrad mit Kinderkrippen-, Kindergarten- und Kinderhortplätzen. Für Westdeutschland zeigt sich kein signifikanter Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit einer ersten Geburt. Für Ostdeutschland ergibt sich allerdings ein positiver Effekt der Kindergartenplatzversorgung auf die Fertilität. Dieses Ergebnis weist erneut auf die bessere Versorgung in den neuen Bundesländern mit Kinderbetreuungseinrichtungen und die damit einhergehende bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie hin.

Die unterschiedlichen regionalen Ergebnisse lassen sich dahingehend interpretieren, dass erst gewisse Schwellenwerte überschritten werden müssen, damit die Möglichkeit der institutio-



nellen Kinderbetreuung in das Entscheidungskalkül der Eltern eingehen. Für westdeutsche Frauen, die oft auf informelle Betreuungsarrangements ausweichen, hat die Verfügbarkeit dieser alternativen Form der Betreuung, wie die Ergebnisse von HANK *et al.* (2004) zeigen, einen messbaren Einfluss auf das Geburtenverhalten. Geht man davon aus, dass sich mit einer ausreichenden Verfügbarkeit von formellen bzw. institutionellen Betreuungsarrangements diese stärker in Anspruch genommen werden, dürften sie als Determinante des Geburtenverhaltens an Bedeutung gewinnen. Allerdings behindert in den westdeutschen Ländern eine vergleichsweise geringe gesellschaftliche Akzeptanz außerfamiliärer Kleinkindbetreuung diesen Wandel. Gemäß Umfrageergebnissen stimmen immerhin 62% der westdeutschen Frauen der Aussage zu, dass Berufstätigkeit der Mutter für Kleinkinder schädlich ist. In Ostdeutschland wird diese Aussage lediglich von 29% der Frauen bestätigt. An der Einstellung zur Erwerbstätigkeit mit Kleinkindern hat sich im Zeitverlauf zudem wenig geändert (GEISLER UND KREYENFELD 2005). Die skeptische Haltung westdeutscher Frauen zur außerfamiliären Kleinkinderbetreuung ist umso bemerkenswerter, als dass diese im internationalen Vergleich die Ausnahme darstellt. Eine mögliche Erklärung für die verbreiteten Vorbehalte gegen die Betreuung in Tagespflege- und Kindertageseinrichtungen sind u.a. Qualitätsprobleme (LIPINSKI UND STUTZER 2004).

ALTHAMMER (2000) untersucht im Rahmen eines Verweildauermodells unter Verwendung des Sozio-ökonomischen Panels die Wirkung des Kindergeldes. Während sich der Effekt des Kindergeldes auf die Dauer bis zur Geburt des ersten Kindes als nicht signifikant erweist, reduziert das Kindergeld durchaus die Dauer bis zur Geburt des zweiten und dritten Kindes. Dieser Tempoeffekt könnte auch einen leicht positiven Zusammenhang zwischen der Höhe des Kindergeldes und der Gesamtfertilitätsrate hindeuten. Zu diesem Ergebnis gelangt ERMISCH (1989) ebenfalls für Großbritannien.

CIGNO *et al.* (2003) isolieren auf der Basis von Makrodaten einen positiven Effekt der familienpolitischen Leistungen, bestehend aus dem Kindergeld für das erste Kind, dem ehemaligen Erziehungsgeld sowie dem Kinderfreibetrag, auf die Fertilität. Dagegen entfaltet ein steigendes Rentenversicherungsvolumen, definiert als Relation der gesamten Rentenzahlungen zur Anzahl der Personen, die älter als 65 Jahre sind, negative Effekte auf das Geburtenverhalten. Dieser Zusammenhang ist darauf zurückzuführen, dass mit einem höheren Rentenversicherungsvolumen auch eine höhere Zukunftssicherheit einhergeht. Das Problem umlagefinanzierter Rentensysteme besteht jedoch darin, dass Kinderlose von den Beiträgen nachfolgender Generationen profitieren, und zwar unabhängig davon, ob sie selbst einen Erziehungsbeitrag geleistet haben, wenngleich das deutsche Rentensystem einige kindbezogene Leistungen, wie Rentenanwartschaften für die Kindererziehung, vorsieht (THIEDE 2005).

Darüber hinaus betonen CIGNO *et al.* (2003) die Bedeutung von Opportunitätskosten bei der Realisierung von Kinderwünschen. So ist die Fertilität negativ mit dem Lohn der Frau und positiv mit dem Lohn des Mannes korreliert. Dieser Befund ist konsistent mit den Studienergebnissen von ALTHAMMER (2000), wonach der Lohnsatz der Frau die Verweildauern bis zur ersten und zweiten Geburt erhöht.<sup>14</sup>

Im unmittelbaren Zusammenhang mit den Opportunitätskosten steht die Frage, ob die zunehmende Erwerbsbeteiligung der Frauen in Deutschland auf Grund einer Rolleninkompatibilität negative Effekte auf die Fertilität hat. KOHLMANN UND KOPP (1997) kommen auf der Basis von Individualdaten des Sozio-ökonomischen Panels zu dem Ergebnis, dass erwerbstätige Frauen mit hoher beruflicher Stellung im Vergleich zu Hausfrauen mit geringerer Wahrscheinlichkeit ein zusätzliches Kind bekommen, was auf eine mangelnde Kompatibilität der Kindererziehung mit der Erwerbsbeteiligung der Frau hindeutet.

Auch WEBER UND LAUER (2003) konstatieren, dass sowohl voll- als auch teilzeitbeschäftigte Frauen im Vergleich zu nicht erwerbstätigen Frauen mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit ein Kind bekommen. KREYENFELD (2001) differenziert den Beschäftigungsstatus nach den Kriterien Bildung, Vollzeit- oder Teilzeiterwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit und Weiterbildung und stellt heraus, dass arbeitslose Frauen gegenüber beschäftigten Frauen mit einer signifikant höheren Wahrscheinlichkeit Mutter werden, wohingegen sich zwischen Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung keine signifikanten Unterschiede feststellen lassen.

Jene Frauen, welche die Ausbildung noch nicht abgeschlossen haben, weisen hingegen im Vergleich zu vollzeitbeschäftigten Frauen eine geringere Wahrscheinlichkeit auf, Mutter zu werden. Dies weist daraufhin, dass Frauen in Deutschland im Zuge der Familiengründung relativ hohe Ansprüche an die Realisierung ihrer Lebensumstände stellen. Gerade vor dem Hintergrund der im internationalen Vergleich sehr langen Ausbildungszeiten führt dies dazu, dass die Lebensphase, die für die Realisierung von Kinderwünschen zur Verfügung steht, relativ kurz ist. Aus dieser zeitlichen Verkürzung erfolgt sich, dass existierende Kinderwünsche oftmals nicht oder zumindest nicht vollständig realisiert werden können.

Der Befund, dass Bildung die Familienbildung verzögert, wird durch zahlreiche internationale Studien, wie zum Beispiel HOEM (1986), LIEFBROER UND CORIHN (1999) sowie für Deutschland

---

<sup>14</sup> Aus theoretischer Perspektive gehen von einem höheren Lohn zwei gegenläufige Effekte aus. Zum einen steigt das Einkommen, das seinerseits in die Kinderbetreuung investiert werden kann (Einkommenseffekt) mit positiven Effekten auf die Fertilität. Zum anderen steigt der relative Preis der Kindererziehung mit negativen Effekten auf die Fertilität (Substitutionseffekt).

durch KREYENFELD (2002) bestätigt. Wenngleich ein höheres Bildungsniveau der Frau mit höheren Opportunitätskosten der Kinderbetreuung verbunden ist, ist der Effekt des Bildungsniveaus auf die Fertilität dennoch nicht eindeutig.

Zwar kann HANK (2002) einen negativen Effekt der Höhe der Schulausbildung auf die Fertilität nachweisen, allerdings beeinflusst ein Universitätsabschluss in Relation zu einer abgeschlossenen Berufsausbildung die Wahrscheinlichkeit einer zweiten Geburt positiv. Ergänzend weisen KREYENFELD UND KONIETZKA (2007) nach, dass Frauen mit einem Universitätsabschluss durch kürzere Übergangsphasen zwischen der ersten und zweiten Geburt gekennzeichnet sind. Dies führen die Autoren auf die zuvor beschriebene zeitliche Verkürzung zurück, die zur Realisierung der Kinderwünsche verbleibt.

Die Tatsache, dass Frauen und Männer in Bezug auf die Familiengründung relativ hohe Ansprüche an die Realisierung ihrer Lebensumstände stellen, betont auch SCHMITT (2008), der im Rahmen eines Ländervergleichs zwischen dem konservativen Wohlfahrtsstaat Deutschlands und dem liberalen Wohlfahrtsstaat Großbritannien den Einfluss der Arbeitsmarktbedingungen auf die Fertilitätsentscheidung untersucht. Aus der Studie geht hervor, dass Frauen in Deutschland, die noch nicht vollständig in den Arbeitsmarkt integriert bzw. mit einer prekären Beschäftigungssituation konfrontiert sind, die Familiengründung oftmals hinauszögern.

Die Bedeutung der ökonomischen Sicherheit für die Fertilitätsentscheidung wird auch durch den starken Rückgang der Fertilitätsrate in Ostdeutschland im Zuge der Wiedervereinigung deutlich. BHAUMIK UND NUGENT (2005) bestätigen im Rahmen ihrer Analyse, dass die Beschäftigungsunsicherheit in der Transformationsphase der 1990er-Jahre einen Beitrag zu dem Einbruch der Fertilitätsraten in Ostdeutschland geleistet hat.

KREYENFELD (2005) objektiviert die ökonomische Unsicherheit durch Arbeitslosigkeit, Zeitverträge sowie durch ein niedriges Einkommen. Im Unterschied zu SCHMITT (2008) sowie BHAUMIK UND NUGENT (2005) kann die Autorin allerdings nicht bestätigen, dass Unsicherheit im Allgemeinen die Geburt des ersten Kindes verzögert. Es zeigen sich aber durchaus Interaktionseffekte zwischen der Unsicherheit und dem jeweiligen Bildungsstand. Für Frauen mit Abitur kann Arbeitslosigkeit bzw. subjektive Unzufriedenheit die Geburt des ersten Kindes verzögern, für Frauen mit Hauptschulabschluss oder ohne abgeschlossene Berufsausbildung hingegen sogar beschleunigen.

*Zusammenfassend* zeigen die empirischen Studien in Bezug auf Deutschland zahlreiche institutionelle und sozioökonomische Determinanten des Geburtenverhaltens auf, die allerdings übereinstimmend die mangelnde Vereinbarkeit von Beruf und Familie betonen. Während in einigen Ländern, wie beispielsweise Frankreich, Beruf und Familie keine Widersprüche sind, müssen sich die Frauen in Deutschland oftmals zwischen der Alternativen Kindererziehung auf der einen Seite und berufliche Perspektive auf der anderen Seite entscheiden. Diese Rolleninkompatibilität scheint nicht zuletzt durch den Mangel an Betreuungseinrichtungen für Kinder unter drei Jahren sowie das Ehegattensplitting, welches das traditionelle Familienbild begünstigt, familienpolitisch unterstützt zu werden (vgl. HANK UND KREYENFELD 2004). Das im Jahr 2008 beschlossene Kinderförderungsgesetz könnte über ein verbessertes Angebot mit Betreuungseinrichtungen für Kinder unter drei Jahren zur besseren Kompatibilität zwischen Kindererziehung und Erwerbsbeteiligung beitragen. Komplementär kann auch die Flexibilisierung von Arbeitszeiten sowie der Wiedereinstiegsmöglichkeiten in das Erwerbsleben das Fertilitätsverhalten positiv beeinflussen.

#### **4 Diskussion und Zusammenfassung**

Wie der Ländervergleich zeigt, ist die Geburtenentwicklung in den exemplarisch ausgewählten OECD-Ländern in den letzten 40 Jahren sehr unterschiedlich verlaufen. Zwar ist die Fertilität fast überall niedriger als vor dem Pillenknicke in den 1960er-Jahren. Dennoch liegt die Fertilität in einigen Ländern (Schweden, Frankreich, Vereinigte Staaten) nach wie vor nahe am demografischen Bestandserhaltungsniveau. Dagegen bewegt sich die zusammengefasste Geburtenziffer in Deutschland im europäischen Vergleich im unteren Drittel und ist nur wenig höher als beispielsweise in Spanien, welches zu den Ländern mit den weltweit niedrigsten Geburtenraten gehört. In den meisten Industrienationen existiert ein umfangreiches Instrumentarium, mit dem Eltern im Vergleich zu kinderlosen Haushalten materiell besser gestellt werden. Neben dem unmittelbaren finanziellen Ausgleich für Familien ist ein weiteres Ziel vielfach, die individuelle Geburtenentscheidung positiv zu beeinflussen und so die zusammengefasste Geburtenziffer zu erhöhen. Die eingesetzten Instrumentarien lassen sich wie folgt kategorisieren:

- Maßnahmen zur Gewährleistung des Existenzminimums für das Kind. Hierbei soll sichergestellt werden, dass die Familie über genügend finanzielle Mittel verfügt, um der Erziehung der Kinder nachzukommen, so dass die Kinder nicht unter der möglichen Armut der Eltern leiden. Typische Instrumente sind einkommensunabhängige Transferleistungen, wie zum Beispiel das Kindergeld und einkommensabhängige Zusatzzahlungen.

- Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Hierzu gehören etwa die öffentliche Förderung von Kindertageseinrichtungen und Kinderbetreuung, Prämien für erwerbstätige Eltern oder die gesetzliche Absicherung des ehemaligen Arbeitsplatzes bei einer Inanspruchnahme von Elternzeit. Diese Instrumente wirken den Opportunitätskosten der Kindererziehung entgegen.
- Maßnahmen zur Übertragung der mit Kindern verbundenen Risiken (etwa Bereitstellung öffentlicher Gesundheitsvorsorge) oder Kosten (etwa Bereitstellung öffentlicher Bildung) auf die Gesellschaft. Diese Instrumente tragen dazu bei, für Familien die gemäß den sozialen Normen mindestens erforderlichen Mittel zur ökonomischen Absicherung einer Familiengründung abzusichern.

Der Ansatz eines Ländervergleichs hat allerdings Grenzen, da auf der Ebene der Politik immer ein ganzes Bündel von familienpolitischen Maßnahmen erfasst wird. Die zusammengefasste Geburtenziffer als Indikator für die Geburtenentwicklung kann nur als ungenau angesehen werden, da dessen Veränderung auch auf Faktoren beruhen kann, die von der Politik nicht unmittelbar zu beeinflussen sind. Die Familienpolitik eines Landes wirkt immer im Gesamtkontext der wirtschaftspolitischen, sozialstaatlichen, und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Man darf daher grundsätzlich nicht davon ausgehen, dass die Wirkung einer Maßnahme, die in einem spezifischen Kontext funktioniert, erhalten bleibt, wenn man sie auf ein Land mit anderen Rahmenbedingungen überträgt.

Trotz dieser Vorbehalte erscheinen die Unterschiede im Geburtenverhalten zwischen den in dieser Arbeit betrachteten Ländern aufschlussreich, um einige grundlegende Erkenntnisse für mögliche sozioökonomische Rahmenbedingungen im Kontext der Familienpolitik in Deutschland zu gewinnen. Auf aggregierter Ebene kann zunächst abgeleitet werden, dass in reichen Industrienationen vergleichsweise mehr Wert auf Bildung gelegt, was (a) zu einem höheren allgemeinen Lohnniveau, (b) höheren Opportunitätskosten für Eltern und (c) zu höheren Ausgaben für die Ausbildung des Kindes führt. Infolgedessen sind die Eltern motiviert, eine zusätzliche Geburt ('Quantität') durch die Investition in die Bildung der Kinder ('Qualität') zu ersetzen. Ausschlaggebend sind hierfür insbesondere die Lohnsätze der Eltern und die davon abhängenden (Opportunitäts-)Kosten der Kindererziehung, das Bildungsniveau der Eltern sowie mögliche Kinderbetreuungsarrangements.

Der Ländervergleich demonstriert aber auch, dass der Zusammenhang zwischen den einzelnen Faktoren und dem Geburtenniveau keineswegs eindeutig ist. Besonders auffällig ist dies in den Vereinigten Staaten. Trotz geringem Angebot von Sozialleistungen für Familien und

nur durchschnittlichen Ergebnissen bei der Gleichberechtigung der Geschlechter, gelingt es hier, ein weit überdurchschnittliches Geburtenniveau zu erreichen. Dies verweist auf den Einfluss besonderer Faktoren, die sich nicht auf Deutschland übertragen lassen. Hierzu zählen hauptsächlich konservative Familienwerte (INGLEHART UND BAKER 2000), also eine unter sonst gleichen Umständen höhere Präferenz für Kinder, sowie der hohe Anteil von gering qualifizierten Zuwanderern aus mittelamerikanischen Ländern, die sich noch am Geburtenverhalten ihrer Herkunftsländer orientieren. Eine weitere Erklärung wäre, dass die von den Bedingungen des durch hohe Eigenverantwortung charakterisierten und liberalen Wohlfahrtsstaats geprägten Bürger, Kinder stärker als privates Gut wahrnehmen. Dies bedeutet, dass die Erwartungen an staatlicher Unterstützung allgemein weniger stark ausgeprägt sind, so dass die niedrigen Leistungen für Familien bei der Geburtenentscheidung keinen negativen Effekt bewirken.

Im Vergleich zwischen Deutschland und Frankreich lässt sich als ein zentraler Unterschied die größere staatliche Unterstützung von Familien durch flächendeckende Ganztagsbetreuung in Frankreich benennen. Dies führt zwar insgesamt nicht zu einer höheren Erwerbstätigkeitsquote von Frauen als in Deutschland, die Erwerbstätigkeitsquote junger Mütter ist dafür allerdings doppelt so hoch. In der Folge ist der Anteil kinderloser Frauen unabhängig vom Bildungsgrad deutlich niedriger als in Deutschland und stellt einen zentralen Grund für das höhere Geburtenniveau in Frankreich dar. Ebenso darf die gezielte Förderung zusätzlicher Geburten nicht unerwähnt bleiben.

Vergleicht man Schweden und Deutschland, wird die bessere Gleichstellung der Geschlechter als möglicher Ansatzpunkt einer geburtenorientierten Politik deutlich. Prägend für die Wohlfahrtsstaaten Skandinaviens ist die in den 1960er-Jahren begonnene Politik, allen erwerbsfähigen Männern und Frauen eine aktive Teilnahme am Erwerbsleben zu ermöglichen. Ergebnis dieser Politik ist eine im internationalen Vergleich hohe Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt. Die Besonderheit des schwedischen Modells zeigt sich in der Gestaltung der Steuer- und Abgabenbelastung unter Berücksichtigung der familienbezogenen Transfers. Das schwedische System belastet Familien, bei denen sich das Haushaltseinkommen aus zwei gleichen Teilen zusammensetzt deutlich weniger als Familien, bei denen ein Alleinverdiener dieselbe Einkommenshöhe erzielt.

Im Vergleich zu deutschen Frauen messen Schwedinnen den aktuellen wirtschaftlichen Faktoren ein deutlich geringeres Gewicht bei (EUROBAROMETER-UMFRAGE 2006). Hier wirkt sich aus, dass das schwedische Wohlfahrtsstaatsmodell eine sehr gute soziale Absicherung gegen



Einkommens- und Beschäftigungsschwankungen bietet. Die aktuelle finanzielle Situation des Haushaltes für die Geburtenentscheidung erscheint sowohl in Deutschland als auch in Frankreich deutlich wichtiger. Auch die berufliche Situation der Väter ist in Schweden relativ unwichtig für die Geburtenentscheidung. Hierin spiegelt sich offenbar die hohe Integration beider Geschlechter in den Arbeitsmarkt.<sup>15</sup>

Klar ausgeprägt sind die Länderunterschiede hinsichtlich der individuellen Einschätzungen zu den Faktoren, die unmittelbar durch Instrumente der staatlichen Familienpolitik geprägt sind. Für zwei Drittel aller westdeutschen Frauen spielt die Verfügbarkeit von Kinderbetreuung bei der Geburtenentscheidung eine relevante Rolle, in Frankreich und Schweden sind es dagegen nur rund 40%. Das Problem der Kinderbetreuung erscheint für westdeutsche Frauen sogar wichtiger als für Spanierinnen (EUROBAROMETER 2006). Der Faktor Kinderbetreuung wird offensichtlich in den Ländern, in denen ein höherer Anteil der Kinder – meist in öffentlichen Einrichtungen – betreut wird, seltener als Umstand wahrgenommen, der bei der Entscheidung für oder gegen Kinder eine Rolle spielt. Der gegenläufige Zusammenhang zwischen der Problemwahrnehmung der potenziellen Mütter und der faktischen Verfügbarkeit von Kinderbetreuung zeigt sich im Übrigen auch innerhalb Deutschlands. In Ostdeutschland, wo das System der Kinderbetreuung historisch bedingt nach wie vor stärker ausgebaut ist, ist der Anteil der Frauen, die diesen Faktor bei der Entscheidung für ein Kind als besonders relevant betrachten, genauso niedrig wie in den Frankreich und Schweden (EUROBAROMETER 2006).

Bei der individuellen Beurteilung der Bedeutung der Möglichkeit einer Elternpause für die Geburtenentscheidung nimmt im Eurobarometer Schweden eine Sonderstellung ein. Im internationalen Vergleich erscheinen die schwedischen Elternzeit-Regeln tatsächlich am großzügigsten. Zwar ist die maximal mögliche Erwerbsunterbrechung nach der Geburt in den Vergleichsländern Deutschland, Frankreich und Spanien großzügiger geregelt. Die über die mögliche Elternzeit hinweg gewährte finanzielle Absicherung ist aber in Schweden merklich höher. Die Einschätzung, wie wichtig der Faktor Elternzeit für die Geburtenentscheidung ist, hängt aber offensichtlich nicht allein von der finanziellen Dimension ab. Französinnen und Spanierinnen beurteilen dieses Instrument der Familienpolitik trotz der sehr unterschiedlichen materiellen Absicherung durch den Staat in etwa gleich.

---

<sup>15</sup> In Westdeutschland, wo das Modell mit dem Mann als Hauptverdiener nach wie vor prägend ist, messen 65% der beruflichen Situation des Vaters eine hohe Bedeutung bei, in Schweden dagegen nur 39%. In Ostdeutschland wird die berufliche Situation des Vaters von Frauen deutlich weniger wichtig eingeschätzt (50%) als von westdeutschen Frauen. Tatsächlich folgen ostdeutsche Haushalte, gemessen an den Partizipations- und Vollzeitbeschäftigungsraten von Frauen seltener dem Alleinverdienermodell – hier wirken in der DDR entwickelte Rollen – und Erwerbsmuster nach (Bonin und Euwals, 2005).



Tatsächlich dürften andere Faktoren hinzukommen. Hierzu gehört gewiss die in Schweden relativ gute Realisierbarkeit der Rückkehrmöglichkeit nach einer Babypause. Hierbei helfen sowohl die im Ländervergleich gute Integration von Frauen vor der Erwerbsunterbrechung als auch die nur relativ kurze Elternzeit. Eine kürzere Erwerbsunterbrechung bedeutet einen geringeren Verlust an Humankapital, was eine Reintegration erleichtert. Darüber hinaus zielen die Elternzeitregelungen durch spezielle 'Vatermonate', mittlerweile auch in Deutschland, darauf ab, die Gleichberechtigung der Geschlechter im Haushalt und damit die auf Gleichberechtigung im Erwerbsleben angelegte Politik zu ergänzen. Auch wenn die Erwerbsunterbrechungen von Frauen nach wie vor häufiger sind und länger dauern, ist der Anteil der Männer, die eine Elternpause einlegen, in Schweden vergleichsweise hoch. NEYER *et al.* (2006) können einen positiven Zusammenhang zwischen der aktiven Beteiligung von Vätern an der Kindererziehung und der Wahrscheinlichkeit weiterer Geburten bestätigen.

Im Ergebnis gelingt es Schweden durch eine Strategie, welche die Abkehr vom Einverdienermodell mit einer gut ausgebauten Kinderbetreuung und einer finanziell gut ausgestatteten Elternzeit verbindet, im europäischen Vergleich am besten, geburtenfreundliche sozioökonomische Rahmenbedingungen herzustellen. Diese Feststellung gilt, obwohl das schwedische Modell im Kern nur an dem Ziel orientiert ist, eine möglichst gute Sicherung jedes einzelnen Individuums zu erreichen und entsprechend auf das Individuum und nicht auf die Familie hinggerichtete Maßnahmen anbietet (vgl. ANDERSSON 2008).

Diese Erkenntnisse machen deutlich, dass ein Paradigmenwechsel in der Familienpolitik hin zu einer konsequenten Unterstützung der Erwerbstätigkeit von Müttern die Aussichten, ein höheres Geburtenniveau in Deutschland zu erreichen, deutlich verbessern würde. Der Vergleich der europäischen Länder zeigt, dass eine höhere Frauenerwerbsquote einer höheren Geburtenrate nicht widerspricht, sondern diese im Gegenteil begünstigt. Diese Feststellung steht mit der zentralen Rolle der Opportunitätskosten in Form von Einkommens- und Humankapitalverlusten im Zusammenhang mit der Kindererziehung im Einklang. Die niedrige zusammengefasste Geburtenziffer in Deutschland beruht ganz wesentlich auf einer Polarisierung des Geburtengeschehens. Insbesondere Frauen mit besseren Einkommensperspektiven am Arbeitsmarkt, also auch mit höheren Opportunitätskosten, bleiben häufig kinderlos. Hierdurch zeigt sich auf individueller Ebene für Deutschland eine negative Korrelation zwischen Erwerbsbeteiligung und Fertilitätsraten. Dies steht jedoch nur scheinbar im Widerspruch zum positiven Zusammenhang beider Größen im internationalen Vergleich.

Ländern mit hohem Geburtenniveau gelingt es, durch Sicherung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf die Opportunitätskosten der Kindererziehung so zu senken, dass sich die Geburtenraten von Frauen unterschiedlicher Qualifikation angleichen (vgl. APPS UND REES 2005). Die Kinderzahl ist insbesondere dort niedrig, wo die Differenz bei den sozioökonomischen Indikatoren zwischen Männern und Frauen – als Maßstab für gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben – besonders groß ist (ENGELHARDT UND PRSKAWETZ 2005). Die Bereitstellung öffentlicher Kinderbetreuung senkt die elterlichen Opportunitätskosten unmittelbar. Schließlich verringert eine stärkere Gleichberechtigung der Geschlechter sowohl am Arbeitsmarkt als auch bei der unentgeltlichen Arbeit im Haushalt die indirekten Kosten der Kindererziehung für die Frauen. Die im Ländervergleich offensichtlich zentrale Rolle der Opportunitätskosten der Kindererziehung für die Fertilitätsentscheidung verweist darüber hinaus auf eine strukturelle Anforderung geburtenorientierter Politik in Deutschland.

Die vorhandene Evidenz zu den Fertilitätswirkungen finanzieller Maßnahmen belegt indirekt, dass finanzielle Aspekte die individuellen Entscheidungen für oder gegen Kinder zwar berühren, dass aber auch nicht-monetäre Faktoren eine wichtige Erklärung für die Realisierung eines Kinderwunsches liefern. Tatsächlich weisen Umfragen von HÖHN *et al.* (2006) darauf hin, dass Haushalte nicht-finanzielle Instrumente der Familienpolitik, wie etwa die Verfügbarkeit von Kinderbetreuung oder die Flexibilisierung von Arbeitszeiten, mehr schätzen als direkte finanzielle Transfers.

## 5 Thesen

1. Sowohl im Vergleich zwischen Bevölkerungsschichten, als auch im Ländervergleich zeigt sich, dass mit steigendem Wohlstand Geburtenraten und damit Bevölkerungswachstum abnehmen. Neuere Wachstumsmodelle erklären die Wechselwirkung beider Variablen vor allem im Zusammenhang mit der veränderten Bedeutung des Humankapitals. Steigende Nachfrage nach Humankapital und höhere Erträge von Bildungsinvestitionen führen dazu, dass Eltern für jedes einzelne Kind mehr Ressourcen für eine adäquate Versorgung und Ausbildung aufwenden und dementsprechend die Kinderzahlen sinken (BECKER UND BARRO 1988).
2. Ökonomische Faktoren haben demnach einen erheblichen Einfluss auf den Rückgang der Kinderzahlen seit den 1960er-Jahren: Durch die Industrialisierung und die damit einhergehende Trennung von Arbeitswelt und Familienleben entsteht eine neue Einstellung gegenüber den Kosten- und Nutzenfaktoren von Kindern und zum zweiten gegenüber der mütterlichen Erwerbstätigkeit.
3. Es wird deshalb in der vorliegenden Arbeit geprüft, ob Fertilitätsentscheidungen durch staatliche Interventionsmaßnahmen beeinflussbar sind. Hierzu wird eine Literaturanalyse der neueren Forschung zur Evaluation von familienpolitischen Maßnahmen durchgeführt. Exemplarisch werden Frankreich, Spanien, Schweden und die USA als Vertreter der jeweils wohlfahrtsstaatlichen Typologien vorgestellt und miteinander verglichen.
4. **Frankreich:** Über die monetären Leistungen hinaus zeichnet sich die Kinderförderung auch durch staatliche Investitionen in Bildung aus. Das Schulsystem ist in Frankreich vom Kindergarten bis zum Schulabschluss gebührenfrei. Frankreich zeichnet sich durch eine im europäischen Vergleich hohe Fertilitäts- und Beschäftigungsrate der Frau aus, die nicht zuletzt auch auf die Familienpolitik zurückzuführen ist. Somit bestätigt Frankreich die Ergebnisse jüngerer Studien, die einen positiven Zusammenhang zwischen der Fertilität, der Erwerbsbeteiligung der Frau und den Merkmalen der Familienpolitik festgestellt haben. Bemerkenswert sind die vergleichsweise geringen fiskalischen Kosten der Familienpolitik. So liegen die Ausgaben für die familienpolitischen Leistungen im europäischen Mittelfeld, während Frankreich die höchste Geburtenrate aufweist.
5. **Schweden:** Als sozialdemokratischen Wohlfahrtstyp bietet Schweden seinen Bürgern umfangreiche Sozialleistungen, die ein Leben über dem Existenzminimum gewährleisten. Der geringe Einfluss des Bildungsniveaus auf das Geburtenverhalten in Schweden geht mit einem positiven Zusammenhang zwischen der Fertilitätsrate und dem Einkommen einher.

Während in Deutschland tendenziell die gering verdienenden Frauen mehr Kinder bekommen, ist dies in Schweden genau umgekehrt. Schweden führt im europäischen Vergleich eine sehr umfassende und erfolgreiche Familienpolitik durch. Einerseits werden Familien mit Eltern- und Kindergeld staatlich unterstützt, andererseits wird Wert auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Gleichberechtigung der Geschlechter gelegt. Betreuungsangebote für jedes Kind und flexible Arbeitszeiten der Mütter während der Elternzeit ermöglichen nach der Geburt eine schnelle Rückkehr in das Erwerbsleben.

6. **USA:** Die Vereinigten Staaten bilden im Hinblick auf den institutionellen Rahmen ein besonders liberales System. Die Sicherung des Lebensstandards und die Versorgung der Familie obliegen in den Vereinigten Staaten überwiegend dem einzelnen Bürger. Leistungen zur Unterstützung von Familien sieht das Transfersystem der Vereinigten Staaten nur in sehr begrenztem Umfang vor. Eine Familienpolitik im engeren Sinne mit zentraler Planung und Verwaltung existiert hier nicht. Die bestehenden Maßnahmen entsprechen vielmehr separaten Einzelleistungen, die nur bei Bedürftigkeit gezahlt werden. Dennoch weisen die Vereinigten Staaten eine für Industrieländer vergleichsweise hohe Fertilität auf. Die geringen Effekte, die von den wenigen familienbezogenen Leistungen ausgehen zeigen, dass die hohe Fertilität in den Vereinigten Staaten nicht vordergründig auf bestimmten staatlichen Familienleistungen basiert, sondern neben einer durch Immigration begünstigten Bevölkerungsstruktur ein ausgeprägtes, eher konservatives, Familienbewusstsein dafür verantwortlich zu machen ist.
7. **Spanien:** Das spanische Wohlfahrtsmodell ist durch ein patriarchalisches Familienmodell gekennzeichnet, in dem primär die Familie mit einer klaren Rollenverteilung für die soziale Sicherung zuständig ist. Dies hat zur Folge, dass Spanien im europäischen Vergleich für Familien und Kinder nur minimale Leistungen erbringt. Dabei spielen Steuerentlastungen eine größere Rolle als die direkte monetäre Hilfe in Form von Kindergeld. Darüber hinaus ist es dem spanischen Staat bislang nicht ausreichend gelungen nicht-monetäre Maßnahmen umzusetzen, wie insbesondere die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
8. **Deutschland:** Folgt man der Klassifikation der Wohlfahrtsstaatssysteme von ESPING-ANDERSEN (1990), verkörpert Deutschland wie Frankreich das konservative Modell. Im Gegensatz zu Frankreich mit einer geburtenbewussten Politik, ist die deutsche Politik vielmehr durch die Dominanz sozialpolitisch orientierter Ziele gekennzeichnet, in der einkommensbezogene Sozialleistungen dominieren. Seit mehr als 30 Jahren liegt das Geburtenniveau in Deutschland unterhalb dem Bestandserhaltungsniveau. Mit 1,38 Kindern je Frau im Jahr 2008 weist Deutschland nach den südeuropäischen Ländern sowie den Transforma-

tionsländern Osteuropas die niedrigste zusammengefasste Geburtenziffer in der Europäischen Union auf. Empirische Studien zeigen übereinstimmend die mangelnde Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Während in Frankreich, Beruf und Familie kein Widerspruch ist, müssen sich Frauen in Deutschland oftmals zwischen den Alternativen Kindererziehung und beruflichen Perspektiven entscheiden. Diese Rolleninkompatibilität scheint nicht zuletzt durch den Mangel an Betreuungseinrichtungen für Kinder unter drei Jahren sowie durch das Ehegattensplitting unterstützt zu werden.

9. Das Land, welches durch familienpolitische Maßnahmen die ökonomische Ungleichheit und Unsicherheit einer Fertilitätsentscheidung für Frauen am ehesten ausgleicht und sich verstärkt an den tatsächlichen Bedürfnissen wirtschaftlich aktiver Familien ausrichtet, ist Schweden. Gleichzeitig macht das Fallbeispiel Schweden deutlich, dass in den heutigen westeuropäischen Wirtschafts- und Sozialsystemen eine zusammengefasste Geburtenziffer von 2,1 Kindern je Frau in etwa das Maximum darstellt, das mit staatlichen familienpolitischen Maßnahmen gefördert werden kann.
10. Eine Empfehlung, die sich für Deutschland ableiten lässt, ist eine stärkere Investition in die Quantität und die Qualität des Angebots an frühkindlicher Bildung vorzunehmen. Diese Strategie senkt die mit der privaten Kindererziehung verbundenen Opportunitätskosten, fördert damit Fertilitätsentscheidungen und eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Damit wäre eine Abwendung vom Idealbild der Familie der 50er- und 60er-Jahre zu empfehlen.

## 6 Literaturverzeichnis

- 1 *Abramovici G* (2003): Sozialschutz: Barleistungen für Familien in Europa. In: Eurostat – Statistik kurz gefasst. Bevölkerung und soziale Bedingungen 19
- 2 *Adsera A* (2004): Changing fertility rates in developed countries. The impact of labor market institutions. *J Populat Econom* 17 (1): 17 – 43
- 3 *Adsera A* (2006): Differences in desired and actual fertility: An economic analysis of the Spanish case. *Rev Econom Household* 4 (1): 75 – 95
- 4 *Ahn N und Mira P* (2001): Job bust, baby bust? Evidence from Spain. *J Populat Econom* 14 (3): 505 bis 521
- 5 *Ahn N und Mira P* (2002): A note of the relationship between fertility and female employment rates in developed countries. *J Populat Econom* 14
- 6 *Aliaga C* (2005): Niedrigere Beschäftigungsquote und höhere Teilzeitquote für Frauen mit Kindern. Eurostat Pressemitteilung 49
- 7 *Althammer J* (2000): Ökonomische Theorie der Familienpolitik, Physika: Heidelberg
- 8 *Andersson G* (2008): A review of policies and practices related to the 'highest-low' fertility of Sweden. In: Vienna Yearbook of Population Research 2008: 89 – 102
- 9 *Andersson G* (2004): Childbearing Developments in Denmark, Norway, and Sweden from the 1970s to the 1990s: A Comparison. *Demographic Research, Special collection* 3
- 10 *Andersson G, Duvander A, Hank K* (2004): Do child-care characteristics influence continued child bearing in Sweden? An investigation of the quantity, quality, and price dimension. *J Eur Social Policy* 14 (4): 407 – 418
- 11 *Andersson G* (2001): The impact of Labour-Force Participation on Childbearing Behaviour: Pro-Cyclical Fertility in Sweden during the 1980s and the 1990s. *Eur J Populat* 16: 293 – 333
- 12 *Andreß HJ, Borgloh B, Bröckel M, Giesselmann M, Hummelsheim D* (2006): The Economic Consequences of Partnership Dissolution – A Comparative Analysis of Panel Studies from Belgium, Germany, Great Britain, Italy, and Sweden. *Eur Sociol Rev* 22 (5): 533 – 560
- 13 *Apps P und Rees R* (2005): Gender, time use, and public policy over the life cycle. *Oxford Rev Econom Policy* 21 (3): 439 – 461
- 14 *Avenel M* (2001): Les enfants de moins de six ans et leurs familles en France métropolitaine. *Études et Résultats* 97
- 15 *Bac C, Legendre F, Mahieu R, Thibault F* (2005): Fécondité et âge de fin d'étude en France depuis 1975: L'évolution au fil des générations des facteurs traditionnels de fécondité. *Recherches et Prévisions* 79
- 16 *Bac C, Legendre F, Thibault F* (2006): Une reprise de la natalité française en trompe l'oeil? Recherche et Prévisions 85

- 17 *Bagavos C und Martin C* (2001): Sinkende Geburtenraten, Familienstrukturen und politische Reaktion, Materialsammlung Heft 10, Wien: Österreichisches Institut für Familienforschung
- 18 *Bast K und Ostner I* (1992): Ehe und Familie in der Sozialpolitik der DDR und BRD. Ein Vergleich. In: *Schmähl W* (Hrg.): Sozialpolitik im Prozess der deutschen Wiedervereinigung. Berlin, New York, Campus-Verlag: 228 – 270
- 19 *Baughman R und Dickert-Conlin S* (2003): Did Expanding the EITC Promote Motherhood? *Am Econ Rev* 93(2): 247 – 251
- 20 *Beblo M und Wolf E* (2002): Die Folgekosten von Erwerbsunterbrechungen. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 1/2002, S 83 – 94 ([www.diwde/deutsch/produkte/publikationen/vierteljahrshefte/jahrgang02/content\\_1.html](http://www.diwde/deutsch/produkte/publikationen/vierteljahrshefte/jahrgang02/content_1.html) vom 14. 02. 2005)
- 21 *Becker GS* (1960): An Economic Analysis of Fertility. In: *Becker GS*: Demographic and Economic Change in Developed Countries, Princeton, N.J.: Princeton University Press
- 22 *Becker GS* (1981): Altruism in the Family and Selfishness in the Market Place. *Economica*, New Series 48 (189): 1 – 15
- 23 *Berinde D* (1999): Pathways to a third child in Sweden. *Eur J Populat* 15 (4): 349 – 378
- 24 *Bernardi F* (2005): Public policies and low fertility: rationales for public intervention and a diagnosis for the Spanish case. *J Eur Social Policy* 15 (2): 123 – 138
- 25 *Bertram H* (2009): Zeit, Infrastruktur und Geld: Der demografische Wandel und die neue Familienpolitik In: Familie.Bildung.Vielfalt. Den demografischen Wandel gestalten. Verlag Bertelsmann Stiftung Gütersloh: 66 – 95
- 26 *Bhaumik SK und Nugent JB* (2005): Does Economic Uncertainty Affect the Decision to Bear Children? Evidence from East and West Germany. IZA Discussion Papers 1746, Institute for the Study of Labor (IZA)
- 27 *Birg H* (1975): Analyse und Prognose der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und in ihren Regionen bis zum Jahr 1990, Berlin: Duncker & Humboldt
- 28 *Birg H* (2004): Soziale Auswirkungen der demografischen Entwicklung, Heft 282, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung
- 29 *Björklund A* (2006): Does Family Policy Affect Fertility – Lessons from Sweden. *J Popul Econom* 19: 3 – 24
- 30 *Boll C* (2009): Lohnleinbußen durch geburtsbedingte Erwerbsunterbrechungen. HWWI Research Paper 1 – 19, Hamburg
- 31 *Bongaarts J* (2002): The End of the Fertility Transition in the Developed World. *Populat Develop Rev* 28 (3): 419 – 443
- 32 *Bongaarts J* (2001): Fertility and reproductive preferences in post-transitional societies. *Populat Develop Rev* 27 (Suppl: Global fertility transition): 260 – 281



- 33 *Bonin H und Euwals R* (2005): Why are labor force participation rates of East German women so high? *Applied Economics Quarterly* 51 (4): 359 – 386
- 34 *Bressé S, Le Bihan B, Martin C* (2007): La garde des enfants en dehors des plages horaires standards. *Études et Résultats* 551
- 35 *Brewster KL und Rindfuss RR* (2000): Fertility and Women's Employment in Industrialized Nations. *Ann Rev Sociology* 26: 271 – 296
- 36 *Browning EK* (1995): Effects of the Earned Income Tax Credit on income and welfare. *National Tax J* 48 (1): 23 – 43
- 37 *Büttner Tund Lutz W* (1990): Estimating Fertility Responses to Policy Measures in the German Democratic Republic. *Populat Develop Rev* 16 (3): 539 – 555
- 38 *Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung* (2008): Bevölkerung – Daten, Fakten Trends zum demografischen Wandel in Deutschland. Wiesbaden
- 39 *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSJ)* (2002): Gerechtigkeit für Familien. Zur Begründung und Weiterentwicklung der der Familienlasten- und Familienleistungsausgleich. Stuttgart, Berlin, Köln: Kohlhammer.
- 40 *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSJ)* (2008): Familienreport 2008. Leistungen, Wirkungen, Trends, Berlin
- 41 *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSJ)* (2006): Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik. 7. Familienbericht Berlin. BT-Drs. 16/1360
- 42 *Busch FW*(1999): Plädoyer für die Beibehaltung eines Leitbildes. Familie in christlicher Verantwortung. In: *Busch FW, Nauck B, Nave-Herz R* (Hrg.): Aktuelle Forschungsfelder der Familienwissenschaft. Familie und Gesellschaft, Band 1, Würzburg: Ergon: 231 – 255
- 43 *Buttler G* (1979): Bevölkerungsrückgang in der Bundesrepublik. Ausmaß und Konsequenz. Institut der deutschen Wirtschaft (Hrg.), Köln: Deutscher Instituts-Verlag
- 44 *CDC* (2008): Births, Marriages, Divorces, and Deaths: Provisional Data for 2007, *National Vital Statistics Reports* 56 (21). ([http://www.cdc.gov/nchs/data/nvsr/nvsr56/nvsr56\\_21.pdf](http://www.cdc.gov/nchs/data/nvsr/nvsr56/nvsr56_21.pdf), abgerufen Juli 2009)
- 45 *Chaleix M* (1999): Recensement de la population de 1999: 7,4 millions de personnes vivent seules en 1999. *INSEE Première* 788
- 46 *Chzhen Y und Middleton S* (2003): The impact of tax credits on mothers' employment. Report of the Joseph Rowntree Foundation
- 47 *Cigno A, Casolaro L, Rosati FC* (2003): The impact of social security on saving and fertility in Germany. *Finanzarchiv* 59 (2): 188 – 211
- 48 *Coale AJ* (1973): The demographic transition. In: *International Population Conference* (Hrg.): International Union for the Scientific Study of Population (IUSSP), Band 1, Liège: IUSSP: 53 – 72

- 49 *D'Addio AC und d'Ercole MM* (2005): Trends and Determinants of Fertility Rates: The Role of Policies. OECD Social, Employment and Migration Working Papers 27, OECD, Directorate for Employment, Labour and Social Affairs
- 50 *Da Rocha JM und Fuster L* (2006): Why are fertility rates and female employment ratios positively correlated across O.E.C.D. countries? *Int Econom Rev* 47 (4): 1187 – 1222
- 51 *Dannenbeck C* (1992): Einstellung zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In: *Betram H* (Hrg.): Die Familie in den neuen Bundesländern, Opladen, Leske+Budrich: 239 – 260
- 52 *De la Rica S und Iza A* (2005): Career planning in Spain: Do fixed-term contracts delay marriage and parenthood? *Rev Econom Household* 3 (1): 49 – 73
- 53 *Del Boca D und Sauer RM* (2008): Life cycle employment and fertility across institutional environments: *Eur Econom Rev*
- 54 *Del Boca D, Pasquale S, Pronzato C* (2005), Why are fertility and women's employment rates so low in Italy? Lessons from France and the U.K. *Labour* 19: 51 – 79
- 55 *Del Boca D und Sauer R* (2006): Life cycle employment and fertility across institutional environments, IZA Discussion Paper No. 2285
- 56 *Del Boca D, Pasqua S, Pronzato C* (2004): Employment and Fertility Decisions in Italy France and the U.K. Working Papers of Centre for Household, Income, Labor and Demographic Economics 08/2004
- 57 *Diamond P* (2004): Social Security. *Am Econom Rev* 94 (1): 1 – 24
- 58 *Dingeldey I* (2000): Einkommensteuersysteme und familiäre Erwerbsmuster im europäischen Vergleich. In: *Dingeldey I* (Hrg.): Erwerbstätigkeit und Familie in Steuer- und Sozialversicherungssystemen, Opladen, Leske+Budrich: 11 – 47
- 59 *DiPrete TA, Philip Morgan S, Engelhardt H, Pacalova H* (2003): Do cross-national differences in the costs of children generate cross-national differences in fertility rates? *Population Research Policy Rev* 22 (5/6): 439 – 77
- 60 *Dorbritz J und Gärtner K* (1999): Berechnungen zur Kinderlosigkeit am Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung. Methodische Probleme und Ergebnisse. In: BIB-Mitteilungen: Informationen aus dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung beim Statistischen Bundesamt. Wiesbaden: 13 bis 15
- 61 *Downs B* (2003): Fertility of American Women: June 2002. Current Population Reports, US Census Bureau. (<http://www.census.gov/prod/2003pubs/p20-548.pdf>, abgerufen: August 2009)
- 62 *Dumond GF* (2003): Anhaltend niedrige Geburtenraten und ihre Folge. In: *Leipert C* (Hrg.): Demographie und Wohlstand. Neuer Stellenwert für Familie in Wirtschaft und Gesellschaft, Opladen: Leske+Budrich: 143 – 152
- 63 *Duvander AZ und Andersson G* (2006): Gender equality and fertility in Sweden: A study on the impact of the father's uptake of parental leave on continued childbearing. *Marriage and Family Rev* 39 (1/2): 121 – 142

- 64 *Eckert-Jaffé O, Joshi H, Lynch K, Mougín R, Rendall M, Shapiro D* (2002), Fertility, timing of births and socio-economic status in France and Britain: Social policies and occupational polarisation. *Population* 57(3): 475 – 507
- 65 *Eissa N und Liebman JB* (1996): Taxes and the labor market participation of married couples: the earned income tax credit, *J Public Econom* 88: 1931 – 1958
- 66 *Ellwood DT* (1999): The Impact of the EITC on Work and Social Policy Reforms on Work, Marriage, and Living Arrangements, mimeo, Kennedy School of Government
- 67 *Engelhardt H und Prskawetz A* (2005): Arbeitsmarkt und Demographie. VID Working Papers 02. Vienna, Vienna Institute of Demography
- 68 *Engstler H und Menning S* (2003): Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik. Lebensformen, Familienstrukturen, wirtschaftliche Situation der Familien und familiendemografische Entwicklung. In: *Deutschland. Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend* (Hrg.). Erweiterte Neuauflage. Bonn
- 69 *Ermisch JF* (1989): Purchased child care, optimal family size and mother's employment: theory and econometric analysis. *J Populat Econom* 2 (2): 79 – 102
- 70 *Esping-Anderson G* (1990): *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, New Jersey: Princeton University Press
- 71 *Fleisch H* (2005): *Deutschland 2020. Die katastrophale demografische Zukunft der Nation*, Berlin: Berlin Institute für Bevölkerung und Entwicklung
- 72 *Fogel RW* (1999): Catching Up with the Economy. *Am Econom Rev* 89 (1): 1 – 21
- 73 *Frejka T und Westoff CF* (2008): Religion, Religiousness and Fertility in the US and in Europe. *Eur J Populat* 24 (1): 5 – 31
- 74 *Garner H, Meda D, Senik C* (2004): La difficile conciliation entre vie professionnelle et vie familiale, *Premières synthèses* 50.3, DARES
- 75 *Gauthier A* (2007): The impact of family policies on fertility in industrialised countries: a review of the literature. *Populat Research Policy Rev* 26 (3): 323 – 346
- 76 *Gauthier AH* (1996): *The state and the family. A comparative analysis of family policies in industrialised countries*, Oxford: Clarendon Press
- 77 *Geisler E und Kreyenfeld M* (2005): Müttererwerbstätigkeit in Ost- und Westdeutschland: eine Analyse mit den Mikrozensus 1991 – 2002. MPIDR Working Papers 2005 – 033
- 78 *Georgellis Y und Wall HJ* (1992): The fertility effect of dependent tax exemptions: estimates for the United States. *Appl Econom* 24: 1139 – 1145
- 79 *Gonzalez M und Jurado-Guerrero T* (2006): Remaining childless in affluent economies: a comparison of France, West Germany, Italy and Spain, 1994 – 2001. *Eur J Populat* 22: 317 – 352
- 80 *Gohmann SF und Ohsfeldt RL* (1994): The dependent tax exemption, abortion availability, and US fertility rates. *Populat Research and Policy Rev* 13 (4): 367 – 81

- 81 *Gustafsson S und Stafford FP (1992): Child care subsidies and labor supply in Sweden. J Human Resources, 27 (1): 204 – 230*
- 82 *Gutierrez-Domenech M (2002): The impact of the labour market on the timing of marriage and births in Spain. CEP Discussion Paper*
- 83 *Hank K (2002): Regional social contexts and individual fertility decisions: A multilevel analysis of first and second births in Western Germany. Eur J Populat 18: 281 – 299*
- 84 *Hank K und Kreyenfeld M (2004): A multilevel analysis of child care and the transition to motherhood in Western Germany. J Marriage and the Family 65: 584 – 596*
- 85 *Hank K, Kreyenfeld M, Spieß CK (2004): Kinderbetreuung und Fertilität in Deutschland. Zeitschrift für Soziologie 33: 228 – 244*
- 86 *Heckman JJ und Walker JR (1990): The relationship between wages and income and the timing and spacing of births: Evidence from Swedish longitudinal data. Econometrica 58 (6): 1411 – 1441*
- 87 *Henry L (1972): On the measurement of human fertility: selected writings. Amsterdam (u.a.): Elsevier*
- 88 *Herlyn I und Krüger D (2003): Späte Mütter. Eine empirisch-biographische Untersuchung in West- und Ostdeutschland, Opladen: Leske+Buderich*
- 89 *Herzog W, Böni E, Guldemann J (1997): Partnerschaft und Elternschaft. Die Modernisierung der Familie. Bern, Stuttgart, Wien: Haupt*
- 90 *Hille B (1985): Familie und Sozialisation in der DDR. Opladen: Leske+Buderich*
- 91 *Hoem JM (1986): The impact of education on modern family-union initiation. Eur J Populat 2: 113 bis 133*
- 92 *Hoem B und Hoem JM (1989): The impact of women's employment on 2nd and 3rd births in modern Sweden. Population Studies 43 (1): 47 – 67*
- 93 *Hoem JM (1993): Public policy as the fuel for fertility. Effects of a policy reform on the pace of child-bearing in Sweden in the 1980s. Acta Sociol 36 (1): 19 – 31*
- 94 *Hoem B und Hoem JM (1997): Sweden's family policies and roller-coaster fertility. J Populat Problems 52:1 – 22*
- 95 *Hoem B (2000): Entry into Motherhood in Sweden: The Influence of Economic Factors on the Rise and Fall in Fertility, 1986 – 1997. Demographic Research 2*
- 96 *Hoem JM (2005): Why Does Sweden Have Such High Fertility. MPIDR Working Paper*
- 97 *Höhn C, Ette A, Ruckdeschel K (2006): Kinderwünsche in Deutschland – Konsequenzen für eine nachhaltige Familienpolitik. Stuttgart: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BIB) in Zusammenarbeit mit der Robert Bosch Stiftung GmbH*
- 98 *Höhn C und Schubnell H (1986): Bevölkerungspolitische Maßnahmen und ihre Wirksamkeit in ausgewählten europäischen Industrieländern (II). Z Bevölkerungswissenschaften 12 (2): 185 – 219*

- 99 *Hofferth SL und Curtin SC* (2006): Parental Leave Statutes and Maternal Return to Work After Childbirth in the United States. *Work and Occupations* 33 (1): 73 – 105
- 100 *Hoffman SD und Foster M* (2000): AFDC Benefits and Non-marital Births to young Women. *J Human Resources*: 376 – 391
- 101 *Hoffman LW und Hoffman ML* (1973): The value of children to parents. In: *Fawcett JT* (Hrg.): *Psychological Perspectives on Population*. New York, Basic Books: 19 – 76
- 102 *Hotz VJ und Scholz JK* (2001): National Bureau of Economic Research. NBER Working Papers: 8078
- 103 *Huinink J und Reichardt E* (2008): Der Weg in die traditionelle Arbeitsteilung – eine Einbahnstraße? In: *Bien W, Marbach JH* (Hrsg.): *Familiale Beziehungen – Familienalltag und soziale Netzwerke*. Wiesbaden: VS-Verlag: 43 – 79
- 104 *Huinink J und Feldhaus M* (2008): Beziehungs- und Familienentwicklung – eine konzeptionelle Einführung in ein Forschungsprogramm. In: *Feldhaus M, Huinink J* (Hrsg.): *Neue Forschungsperspektiven zur Beziehungs- und Familienentwicklung*. Ergon Verlag, Würzburg: 13 – 44
- 105 *Huinink J, Boehnke M, Schröder T* (2008): Kinderwunsch und Familiengründung: Die Bedeutung von Voraussetzungen und Entscheidungsgrundsätzen. In: *Feldhaus M, Huinink J* (Hrsg.): *Neue Forschungsperspektiven zur Beziehungs- und Familienentwicklung*. Ergon Verlag, Würzburg: 321 – 349
- 106 *Huinink J und Wagner M* (1998): Individualisierung und Pluralisierung von Lebensformen. In: *Friedrichs J* (Hrg.): *Die Individualisierungs-These*, Opladen: Leske + Budrich: 85 – 106
- 107 *Hülkamp N* (2006): Fertility and the Influence of Women's Industries. Luxembourg Income Study Working Paper Series, Working Paper No. 434
- 108 *Hülkamp N und Seyda S* (2005): Staatliche Familienpolitik in der sozialen Marktwirtschaft. Ökonomische Analyse und Bewertung familienpolitischer Maßnahmen. Deutscher Instituts-Verlag GmbH DIV (Köln)
- 109 *Imhof AE* (1981): Die gewonnenen Jahre. Von der Zunahme unserer Lebensspanne seit dreihundert Jahren oder von der Notwendigkeit einer neuen Einstellung zu Leben und Sterben. Ein historischer Essay, München, Beck Verlag
- 110 *Inglehart R und Baker W* (2000): Modernization, Cultural Change, and the Persistence of Traditional Values. *Am Sociol Rev* 65: 19 – 51
- 111 *Institut National de la Statistique et des Etudes Economiques* (INSEE 2008A): Evolution de la fécondité par groupe d'âge. ([http://www.insee.fr/fr/themes/tableau.asp?reg\\_id=0&ref\\_id=NATCCF02203](http://www.insee.fr/fr/themes/tableau.asp?reg_id=0&ref_id=NATCCF02203), abgerufen Juli 2009)
- 112 *Institut National de la Statistique et des Etudes Economiques* (INSEE 2008B): Nombre de naissances, âge moyen des mères. ([http://www.insee.fr/fr/themes/tableau.asp?reg\\_id=0&ref\\_id=NATCCF02202](http://www.insee.fr/fr/themes/tableau.asp?reg_id=0&ref_id=NATCCF02202), abgerufen Juli 2009)
- 113 *Jurado T* (2001): *Youth in Transition: Housing, Employment, Social Policies and Families in France and Spain*. Aldershot: Ashgate

- 114 *Kahn E* (1930): Der internationale Geburtenstreik. Umfang, Ursachen, Wirkungen, Gegenmaßnahmen? Frankfurt am Main: Societäts-Verlag
- 115 *Kalz G und Kalz M* (1991): Familie und Arbeitswelt. Das Für und Wider institutioneller Betreuung in der Frühkindheit. *Der Kinderarzt*. 22 (5): 825 – 829
- 116 *Kaufmann FX* (1990): Zukunft der Familie. Stabilitätsrisiken und Wandel der familialen Lebensformen, München: Verlag C.H. Beck
- 117 *Keane M und Moffitt R* (1998): A Structural Model of Multiple Welfare Program Participation and Labor Supply. *Int Econom Rev* 39 (3): 553 – 589.
- 118 *Kenjoh E* (2005): New Mother´s Employment and Public Policy in the UK, Germany, the Netherlands, Sweden, and Japan. *Labour* 19 (Special Issue): 5 – 49
- 119 *Kirner E* (2001): Ist und Soll der Berücksichtigung von Familien im Transfersystem vor dem Hintergrund gesellschaftspolitischer Ziele. In: *Dorbritz J und Otto J* (Hrg.): Familienpolitik und Familienstrukturen. Materialien zur Bevölkerungswissenschaft. Heft 108: 149 – 162
- 120 *Klein T und Eckhard J* (2007): Educational Differences, Value of Children and Fertility Outcomes in Germany. *Curr Sociol* 55 (4): 505 – 525
- 121 *Klein T, Niephaus Y, Diefenbach H, Kopp J* (1996): Entwicklungsperspektiven von Elternschaft und ehelicher Stabilität in den neuen Bundesländern seit 1989. In: *Bien W* (Hrg.): Familie an der Schwelle zum neuen Jahrtausend. Wandel und Entwicklung familialer Lebensformen, Opladen, Leske + Buderich: 60 – 81
- 122 *Kleiner-Liebau D* (2008): Der politische Diskurs zu Entwicklung und Migration in Spanien und Deutschland im Vergleich. COMCAD Arbeitspapiere – Working Papers No. 49
- 123 *Klerman JA und Leibowitz A* (1998): Labor Supply Effects of State Maternity Leave Legislation. In: *Blau FD und Ehrenberg R eds*. Gender and Family Issues in the Workplace. New York: Russell Sage Foundation Press
- 124 *Koch P und Knöbel HG* (1988): Familienpolitik in der DDR im Spannungsfeld zwischen Familie und Berufstätigkeit von Frauen. Pfaffenweiler: Centaurus
- 125 *Kohlmann A und Kopp J* (1997): Verhandlungstheoretische Modellierung des Übergangs zu verschiedenen Kinderzahlen. *Z Soziologie* 26 (4): 258 – 274
- 126 *Kohlmann A* (2000): Value of children revisited. Ökonomische, soziale und psychologische Einflussfaktoren auf Fertilitätsentscheidungen in der BRD, Japan und der Türkei. Chemnitz: Dissertation
- 127 *Kreyenfeld M* (2001): Employment and fertility – East Germany in the 1990s, Universität Rostock.
- 128 *Kreyenfeld M* (2002): Time-squeeze, partner effect or self-selecton? An investigation into the positive Effect of women´s education on second birth risks in West Germany. MPID Working Paper No. 02
- 129 *Kreyenfeld M* (2004): Fertility decisions in the FRG and the GDR. An analysis with the data from German fertility and family survey. *Demographic Research* 11 (3): 275 – 318



- 130 *Kreyenfeld M* (2005): Economic uncertainty and fertility postponement – Evidence from German Panel Data. MPIDR Working Paper No. 2005 – 034
- 131 *Kreyenfeld M und Konietzka D* (2007): Education and fertility. In: *Hamm I, Seitz H, Werding M* (Hrg.): Demographic change in Germany: the economic and fiscal consequences: 165 – 186
- 132 *Kreyenfeld M, Spiess KC, Wagner GG* (2002): Kinderbetreuungspolitik in Deutschland. *Z Erziehungswiss* 5 (2): 201 – 221
- 133 *Kunze A und Ejrnaes M* (2004): Wage dips and drops around first birth. IZA Discussion Papers 1011. Bonn: Institute for the Study of Labor
- 134 *Laroque G und Salanié B* (2005): Does fertility respond to financial incentives? IZA Diskussionspapier 3575
- 135 *Leibenstein H* (1974): An interpretation of the economic theory of fertility: Promising path or blind alley? *J Econom Literature* 12: 457 – 479
- 136 *Leitner S* (2008): Ökonomische Funktionalisierung der Familienpolitik oder familienpolitische Funktionalisierung der Ökonomie? In: *Evers A und Heinze RG* (Hrsg.): Sozialpolitik. Aktivierung und Entgrenzung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: 67 – 82
- 137 *Leon M* (2007): Speeding up or holding back?: Institutional factors in the development of childcare provision in Spain. *Eur Societies* 9 (3): 315 – 337
- 138 *Liefbroer A und Corijn M* (1999): Who, what, and when? Specifying the impact of educational attainment and labour force participation on family formation. *Eur J Populat* 15: 45 – 75
- 139 *Lindenberg S* (1990): Homo Socio-oeconomicus: The Emergence of a General. Model of man in the social sciences. *J institut theoretic econom* 146 (4): 727 – 748
- 140 *Lipinski H und Stutzer E* (2004): Wollen die Deutschen keine Kinder? Sechs Gründe für die anhaltend niedrigen Geburtenraten. Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 6
- 141 *Math A und Meilland C* (2007): Comparaison du soutien financier apporté aux familles dans douze pays européens. *Recherches et Prévisions* 90: 55 – 68
- 142 *Maier F* (1991): Geschlechterverhältnisse in der DDR im Umbruch. Zur Bedeutung von Arbeitsmarkt und Sozialpolitik. *Zeitschrift für Sozialreform* 37: 648 – 662
- 143 *McDonald P* (2000): Gender equity, social institutions and the future of fertility. *J Populat Research* 17 (1): 1 – 16
- 144 *Malthus TR* (1977): Das Bevölkerungsgesetz (1798). München: Deutscher Taschenbuch Verlag (hrsg. und übersetzt von Christian M. Barth)
- 145 *Méda D und Pailhé A* (2008): Fertility: Is there a French model? *Jap J Social Security Policy* 7 (2): 31 bis 40
- 146 *Meyer JW* (2005): Weltkultur. Wie die westlichen Prinzipien die Welt durchdringen. Frankfurt a. M.: Suhrkamp



- 147 *Meyer BD und Rosenbaum DT* (1999): Welfare, the Earned Income Tax Credit, and the Labor Supply of Single Mothers. NBER Working Papers 7363
- 148 *Meyer JU* (1996): Bibliographische Zusammensetzung familien- und sozialpolitischer Gesetze und Verordnungen. Aachen, Shaker Verlag
- 149 *Mincer J* (1963): Market Prices, Opportunity Cost and Income Effects. In: *Christ C (ed.): Measurement in Economics: Studies in mathematical economics and econometrics in memory of Yehuda Grundfeld*, Standford: University Press: 67 – 82
- 150 *Mitterauer M und Sieder R* (1982): The European Family: Patriarchy to Partnership from the Middle Ages to the Present. Oxford, Eng: Basil Blackwell
- 151 *Mitterauer M* (1992): Familie und Arbeitsteilung. Historischvergleichende Studien. In: *Ehlat HC und Konrad H* (Hrg.): Kulturstudien (26). Wien, Köln, Weimar, Böhlau Verlag
- 152 *Moschion J* (2007): Reconciling Work and Family Life: The Effect of French Family Policies. Document de Travail du CES. Université Paris 1
- 153 *Mönninger M* (2003): Allons, les enfants. Die Zeit, Nr. 36, 28. August 2003
- 154 *Münch U* (1990): Familienpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Maßnahmen, Defizite, Organisation familienpolitischer Staatstätigkeit. Freiburg: Lambertus
- 155 *Münz R* (2009): Fertilität und Geburtenentwicklung, Berlin: Berlin Institute für Bevölkerung und Entwicklung
- 156 *Neyer GR, Andersson G, Hoem JM, Rønsen M, Vikat A* (2006): Fertilität, Familiengründung und Familienerweiterung in den nordischen Ländern. MPIDR Working Paper 022
- 157 *Obertreis G* (1986): Familienpolitik in der DDR 1945 bis 1980. Opladen: Leske + Buderich
- 158 *Olah LSZ* (2003): Gendering fertility: Second births in Sweden and Hungary. Populat Research and Policy Rev 22 (2): 171 – 200
- 159 *Omran AR* (1983): The epidemiologic transition theory. A preliminary update. J Trop Pediat 29: 305 – 316
- 160 *Omran AR* (1971): The epidemiologic transition: a theory of the epidemiology of population change. Millbank Memorial Fund Quarterly 49 (4): 509 – 538
- 161 Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD 2008)
- 162 *OECD* (2005): Babies and Bosses: reconciling work and family-life. Canada, Finland, Sweden and United-Kingdom. Paris
- 163 *Pailhé A und Solaz A* (2007): Inflexions des trajectoires professionnelles des hommes et des femmes après la naissance d'enfants. Recherches et Prévisions 90
- 164 *Parsche R, Gebauer A, Grimm C, Michler O, Nam ChW* (2003): Steuerlich induzierte Kinderlasten: Empirische Entwicklung in Deutschland. ifo Forschungsbericht 19, ifo Institut, München

- 165 *Peter W* (1997): Die amerikanische Sozialhilfereform. *iw-trends* 24 (4): 59 – 73
- 166 *Picketty T* (2005): L'impact de l'allocation parentale d'éducation sur l'activité féminine et la fécondité en France, 1982 – 2002. In: *Lefèvre C* (Hrg.): *Histoires de familles, histoires familiales*, Les Cahiers de l'INED
- 167 *Pla A* (2008): Bilan démographique 2007: Des naissances toujours très nombreuses, INSEE Première 1170
- 168 *Pla AC* (2003): Facts and Factors on Low Fertility in Southern Europe. The Case of Spain. *J Populat Social Security (Population)*, Supplement to Vol. 1: 309 – 321
- 169 *Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung* (2008): Evaluation des Gesetzes zum Elterngeld und zur Elternteilzeit. Studie im Auftrag des BMFSFJ
- 170 *Rille-Pfeiffer C* (2007): Geburtenentwicklung und Kinderwunsch im europäischen Vergleich. Eine Analyse der Länder Österreich, Schweden und Spanien (Teil 1). Working Paper Nr. 61, Wien: Österreichisches Institut für Familienforschung Universität Wien
- 171 *Rindfuss RR und Brewster KL* (1996): Childbearing and fertility. *Populat Develop Rev* 22: 258 – 289
- 172 *Robert-Bobbée I und Mazuy M* (2005): Calendriers de constitution des familles et âge de fin d'études. *Lefèvre, Filhon*: 175 – 200
- 173 *Rosenzweig MR* (1999): Welfare, Martial Prospects and Nonmartial Childbearing. *J Political Econom* 107: S2 – S32
- 174 *Rosenzweig MR und Wolpin KI* (1980): Life-Cycle Labor Supply and Fertility: Causal Inferences from Household Models. *J Political Econom* 88 (2): 328 – 348
- 175 *Ruhm CJ* (1997): Policy Watch – The Family and Medical Leave Act. *J Econom Perspec* 11 (3): 175 bis 186
- 176 *Ruhm CJ und Teague JL* (1998): Parental Leave Policies in Europe and North America. In: *Blau FD und Ehrenberg R* (eds.): *Gender and Family Issues in the Workplace*. New York: Russell Sage Foundation Press
- 177 *Rüling A* (2005): The decline of the male breadwinner model? A comparison of family models and the domestic division of labour in Britain, West-Germany and the Netherlands, Hamburg. Hamburger Univ. für Wirtschaft und Politik (HWP)
- 178 *Rürup B und Gruescu S* (2003): Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung. Gutachten im Auftrag des BMFSFJ
- 179 *Sánchez-Marcos V* (2003): Women's Employment and Fertility in Spain over the Last Twenty Years. Working Paper 6, Centro de Altísimos Estudios Ríos Pérez
- 180 *Schäpfgen K* (1998): Die Verdoppelung der Ungleichheit. Sozialstruktur und Geschlechterverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR. Berlin: Humboldt Universität
- 181 *Schmitt C* (2008): Labour market integration and the transition to parenthood – A comparison of Germany and the UK. DIW Discussion Papers No. 808

- 182 *Schneider NF, Tölke A, Nauck B* (1995): Familie im gesellschaftlichen Umbruch – nachholende oder divergierende Modernisierung? In: *Nauck B, Schneider NF, Tölke A* (Hrg.): Familie und Lebenslauf im gesellschaftlichen Umbruch. Stuttgart, Ferdinand Ende Verlag: 1 – 25
- 183 *Schwarz K* (1992): Geburtenentwicklung und Familienpolitik in der (früheren) DDR. Beispiel einer pronatalistischen Politik. *Z Familienforschung* 4: 248 – 262
- 184 *Settergren O* (2003): The Reform of the Swedish Pension System – Initial Results. *RFAS* 4
- 185 *Speigner W* (1989): Die geburtenfördernde Bevölkerungspolitik der DDR in den achtziger Jahren. *Wirtschaftswissenschaft* 37 (1): 19 – 35
- 186 *Statistisches Bundesamt* (2007): Geburten in Deutschland. Wiesbaden
- 187 *Statistisches Bundesamt* (2008): Bevölkerungsstand. ([http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Navigation/Statistiken/Bevoelkerung/GeburtenSterbefaelle/ GeburtenSterbefaelle.psm1](http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Navigation/Statistiken/Bevoelkerung/GeburtenSterbefaelle/GeburtenSterbefaelle.psm1), abgerufen August 2009)
- 188 *Sundström M und Stafford FP* (1992): Female Labour Force Participation, Fertility, and Public Policy in Sweden. *Eur J Populat* 8: 199 – 215
- 189 *Sundström M und Duwander AZ* (2002): Gender division of childcare and the sharing of parental leave among new parents in Sweden. *Eur Sociological Rev* 18 (4): 433 – 447
- 190 *Tasiran AC* (1995): Fertility Dynamics: Spacing and Timing of Births in Sweden and the United States. Elsevier, Amsterdam
- 191 *Testa MR* (2006): Childbearing preference and family issues in Europe, Report for the Eurobarometer
- 192 *Thiede R* (2005): Anforderungen an eine zukunftsfähige Rentenversicherung – Überlegungen zu Orientierungsmarken für künftige Rentenreformen. *DAngVers* 52: 149 – 155
- 193 *Tivig T und Hetze P* (2007): Deutschland im demografischen Wandel. Rostock: Rostocker Zentrum zur Erforschung des demografischen Wandels
- 194 *Toulemon L* (2003): La fécondité en France depuis 25 ans. Bericht für den Haut conseil de la population et de la famille
- 195 *Toulemon L, Pailhé A, Rossier C* (2008): France: High and stable fertility. *Demographic Research* 19: 503 – 556
- 196 *Trappe H* (1995): Emanzipation oder Zwang? Frauen in der DDR zwischen Beruf, Familie und Sozialpolitik. Berlin: Akademie-Verlag
- 197 *Vallés-Giménez J und Zárate-Marco A* (2006): Have child tax allowances affected family size? A microdata study for Spain. Documento de trabajo/ Fundación de las Cajas de Ahorros No. 265
- 198 *Vaskovics LA, Garhammer M, Schneider NF* (1994): Familien- und Haushaltsstrukturen in der ehemaligen DDR und der Bundesrepublik Deutschland 1980 bis 1989, ein Vergleich. Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

- 199 *Vila MR und Martín TC* (2007): La fécondité des étrangères dans un pays d'immigration récente: le cas de l'Espagne. *Population* 3
- 200 *Vilain A* (2008): Les interruptions volontaires de grossesse en 2006. *Études et Résultats* 659
- 201 *Wahl S* (2003): Geburtenverhalten in Deutschland und anderen ausgewählten Ländern. Bonn: Institut für Wirtschaft und Gesellschaft. ([http://www.iwg-bonn.de/uploads/tx\\_smartextendedcontent/GeburtenverhaltenD\\_EU\\_01.pdf](http://www.iwg-bonn.de/uploads/tx_smartextendedcontent/GeburtenverhaltenD_EU_01.pdf), abgerufen Juli 2009)
- 202 *Weber AM und Lauer C* (2003): Employment of mothers after childbirth. A French- German comparison. ZEW Discussion Paper No. 03 – 50
- 203 *Wendt H* (1993): Familienbildung und Familienpolitik in der ehemaligen DDR. Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung
- 204 *Whittington LA, Alm J, Peters E* (1990): Fertility and Personal Exemption: Implicit protanalists policy in the United States. *Am Econom Rev* 80 (3): 545 – 556
- 205 *Whittington LA* (1992): Taxes and the Family: The impact of the tax exemption for Dependents on martial Fertility. *Demography* 29: 215 – 226
- 206 *Wingen M* (2004): Träger der Familienpolitik. Das Online-Familienhandbuch. [www.familienhandbuch.de](http://www.familienhandbuch.de)
- 207 *Ziefle A* (2004): Die individuellen Kosten des Erziehungsurlaubs. Eine europäische Analyse der kurz- und längerfristigen Folgen für den Karriereverlauf von Frauen. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 2: 213 – 231

## 7 Lebenslauf

Mein Lebenslauf wird aus datenschutzrechtlichen Gründen in der elektronischen Version meiner Arbeit nicht veröffentlicht.

Hannover, im Februar 2010

Hans-Peter Hagenah

## 8 Eidesstattliche Erklärung

Hiermit erkläre ich eidesstattlich, die vorliegende Arbeit selbständig ohne fremde Hilfe, nur unter Nutzung der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt und weder diese noch eine andere Arbeit zuvor an einer Hochschule als Dissertation eingereicht zu haben.

Hannover, im Februar 2010

Hans-Peter Hagenah

## 9 Danksagung

Mein besonderer Dank für die kritischen Hinweise bei der Anfertigung der Arbeit gilt den Herren PD Dr. Dr. rer. med. habil. M. Voigt und Prof. Dr. med. habil. V. Hesse vom Deutschen Zentrum für Wachstum, Entwicklung und Gesundheitsförderung im Kindes- und Jugendalter, Berlin.

Herzlich danken möchte ich auch Herrn Prof. Dr. med. habil. V. Briese von der Frauenklinik der Universität Rostock für die Übernahme der Arbeit.

Hannover, im Februar 2010

Hans-Peter Hagenah